



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Government 2.0 – Neue Demokratie im Netz“

Verfasserin

Ingrid Gogl

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG.....	1
1.1 Forschungsleitende Fragestellung.....	2
1.2 Methode und Aufbau der Arbeit.....	3
1.3 Begriffsbestimmungen.....	4
1.4 Geschlechtergerechte Sprache.....	4
2 ENTWICKLUNG DES INTERNETS: VOM WEB 1.0 ZUM WEB 2.0	6
2.1 Web 1.0.....	6
2.1.1 Das ARPANET.....	6
2.1.2 Das USENET.....	7
2.1.3 Das NSFNET.....	8
2.1.4 Das World Wide Web.....	8
2.1.5 Der Boom des WWW und die dotcom-Blase	9
2.2 Web 2.0.....	11
2.2.1 Besonderheiten und Prinzipien des Web 2.0.....	12
2.3 Einige wichtige Web 2.0 Anwendungen und Dienste.....	15
2.3.1 Content-orientierte Plattformen.....	15
2.3.2 Beziehungsorientierte Plattformen	19
2.3.3 Virtuelle Welten.....	21
2.4 Öffentlichkeit im Web 2.0 und Nutzen für politische Kommunikation.....	21
3 E-GOVERNMENT, OPEN GOVERNMENT UND OPEN GOVERNMENT DATA	24
3.1 E-Government	24
3.2 Open Government.....	28
3.3 Open Government Data.....	32
3.4 Zusammenspiel von E-Govenment, Open Government und Open Government Data	35
4 INTERNET UND DEMOKRATIE: DIE DIGITALE DEMOKRATIE	38
4.1 Die kompetitive Demokratietheorie.....	39
4.2 Partizipatorische Demokratietheorie	42
4.3 Deliberative Demokratietheorie.....	44
5 DEUTSCHLAND: INTERNETNUTZUNG UND BEST PRACTICE	48
5.1 Die Web Realität in Deutschland.....	48
5.1.1 Mobiles Internet	50
5.1.2 Nutzung von Web 2.0 Angeboten in Deutschland.....	51
5.1.3 Zusammenfassung: Internet und Web 2.0 Nutzung	53

5.2 Best Practice Beispiele aus den Bereichen Open Government-Anwendungen, Open Government Data und E-Government	54
5.2.1 Solingen spart	54
5.2.2 Offener Bundeshaushalt.....	55
5.2.3 Frankfurt-gestalten.....	57
5.2.4 Mitreden-U.....	58
5.2.5 Aufbruch Bayern.....	59
5.2.6 E-Petition des deutschen Bundestages.....	60
5.2.7 Maerker Brandenburg.....	61
5.2.8 Frag den Staat.....	63
5.2.9 Berlin Open Data.....	64
5.2.10 MOGDy.....	66
5.2.11 Apps für Deutschland.....	67
5.3 Zusammenfassung.....	68
6 ÖSTERREICH: INTERNETNUTZUNG UND BEST PRACTICE	69
6.1 Die Web Realität in Österreich.....	69
6.1.1 Mobiles Internet	71
6.1.2 Nutzung von Web 2.0-Angeboten in Österreich.....	72
6.1.3 Zusammenfassung: Internet und Web 2.0 Nutzung	74
6.2 Best Practice Beispiele aus den Bereichen Open Government-Anwendungen, Open Government Data und E-Government	75
6.2.1 Bundesfinanzrahmen.....	76
6.2.2 Online Petitionen des österreichischen Parlaments.....	77
6.2.3 Reformdialog öffentlicher Dienst	78
6.2.4 Ozon Info.....	80
6.2.5 Open Government Data Katalog der Stadt Wien.....	80
6.2.6 Open Government Data in Linz.....	81
6.2.7 Amtsgeheimnis.at.....	82
6.2.8 iPhone App BürgerInnenmeldungen.....	83
6.2.9 Machmit – BürgerInnenmeldungen.....	84
6.2.10 Meine Abgeordneten.....	84
6.2.11 Toilet Map Vienna.....	85
6.3 Zusammenfassung.....	86
7 SCHATTENSEITEN.....	88
7.1 Datenschutz und Sicherheitsbedenken	88
7.2 Hierarchiefreier Raum?.....	90
7.3 Facebook – Bedenken gegen Nutzungsbestimmungen	91
7.4 Barrierefreiheit.....	92
7.5 Digitale Spaltung.....	93
8 CONCLUSIO UND AUSBLICK.....	95
8.1 Ausblick.....	98

9 LITERATUR.....	101
9.1 Wissenschaftliche Literatur.....	101
9.2 Internetquellen.....	104
ABSTRACT (DEUTSCH).....	121
ABSTRACT (ENGLISCH).....	122
LEBENS LAUF	123

DANKSAGUNGEN

Mein oberster Dank gilt meinen Eltern, Beata und Helmut, dafür, dass sie mir ermöglicht haben, meinen eigenen Weg zu gehen, die von mir gewünschte Ausbildung zu wählen und mich in allem immer unterstützt haben. Ohne ihren finanziellen und moralischen Support wäre ich nicht dort, wo ich heute bin.

Danke auch an meine ältere Schwester, Irena, die mir nicht nur mit gutem Beispiel voran gegangen ist, sondern auch immer ein offenes Ohr und gute Ratschläge in jeder Lebenslage parat hat. Auch meinem Lebensgefährten, Florian, der nun schon seit einigen Jahren sein Leben mit mir teilt, gilt ein großer Dank. Ohne ihn und seine Unterstützung wäre ich wohl in meinem Bücherchaos versunken.

Diese Arbeit wäre jedoch wahrscheinlich niemals fertig geworden, wenn es nicht das Studierzimmer gegeben hätte. Danke an diese wunderbare Gruppe von Menschen, die ich meine Freundinnen und Freunde nennen darf, die sich gegenseitig beim Schreiben unterstützt haben und immer für Fragen und gute Ratschläge offen waren. Allen voran gilt mein Dank hier Lisa, die mich besonders gegen Anfang und Ende des Prozesses dieser Diplomarbeit motiviert (und im übertragenen Sinne „getreten“) hat und Nina, für die vielen Tage des gemeinsamen Diskutierens, Lesens und Schreibens. Ich werde unsere Schreib-Sessions vermissen. Danke auch an Kathi, für die letzten Checks und die Tage in Groß Enzersdorf.

Auch Initiativen wie open3.at oder der deutschen Open Knowledge Foundation gilt es, meinen Dank auszudrücken. Danke für die vielen wunderbaren Projekte und Umsetzungen im Bereich von Open Government und Open Government Data. Diese Initiativen treiben Innovationen voran und leisten wichtige Arbeit auf dem Weg zu einer partizipatorischen Gesellschaft.

Danke auch an meinen Arbeitgeber, die datenwerk innovationsagentur GmbH und alle meine Kolleginnen und Kollegen, für die Zeit, den Raum, die Ressourcen und die Tipps fürs Fertigwerden.

Last, but definitely not least, möchte ich mich bei meinem Diplomarbeitsbetreuer, Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer, bedanken. Er war nicht nur die absolut richtige Wahl als Betreuer dieser Diplomarbeit, der mir immer wichtiges Feedback gegeben hat, sondern Dr. Wimmer war vor allem immer wieder Motivator, ohne dessen Ansporn ich diese Diplomarbeit wahrscheinlich nicht mehr im Jahr 2011 fertiggestellt hätte.

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Unterschiede Enterprise/Web 1.0 und Enterprise/Web 2.0.....	12
Abbildung 1: Zusammenspiel Open Government, Open Government Data, E- Government.....	36
Abbildung 2: Internetnutzung in Deutschland 2001 bis 2011.....	48
Abbildung 3: Ausschnitt der Startseite von bund.offenerhaushalt.de.....	56
Abbildung 4: Österreichische InternetnutzerInnen seit 1996.....	69
Abbildung 5: „Open Government Implementation Model“.....	87

1 EINLEITUNG

Die immer stärkere Nutzung des Internets durch die Bevölkerung und die schnelle Veränderung des Netzes und seiner Möglichkeiten stellen nicht nur die BürgerInnen selbst, sondern auch deren politische Vertretungen vor neue Möglichkeiten und Herausforderungen.

Barack Obama setzte mit seinem Wahlkampf 2008, der stark auf die Nutzung des Internets und seiner Möglichkeiten aufbaute, neue Maßstäbe und Beispiele für die Verwendung des Internets durch die Politik (vgl. Bieber 2010, 17-29).

Doch neben dem Einsatz des Internets im Zuge von Wahlkämpfen gibt es unzählige weitere Möglichkeiten, das Internet in der täglichen politischen Arbeit zu nutzen und somit Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen Politik und Bevölkerung voranzutreiben. Die Möglichkeiten und Ansätze bilden den Kern dieser Arbeit. Es geht also nicht vorrangig darum, ob und wie Parteien oder PolitikerInnen das Web im Rahmen von Wahlkämpfen nutzen, ebenso ist diese Arbeit keine Analyse von Social Media Auftritten von politischen Institutionen oder deren VertreterInnen. Im Vordergrund stehen hier Maßnahmen, die von Regierungen und Verwaltungen gesetzt werden können, um ihr Handeln transparent zu gestalten und mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten.

Mit der stärkeren Nutzung des Internets kommen sowohl auf die NutzerInnen selbst, als auch auf die Politik immer mehr neue Fragen und Herausforderungen zu. Allen voran Fragen der Nutzbarkeit und des Zuganges zum Internet, sowie Fragen der Sicherheit.

1.1 Forschungsleitende Fragestellung

Der Titel dieser Arbeit lautet „Government 2.0 – Neue Demokratie im Netz“. Ziel dieser Arbeit ist es, zu erläutern, welche Möglichkeiten das Internet für politische Institutionen bietet, um Transparenz zu erhöhen, Partizipation auszubauen und Zusammenarbeit zwischen Politik und Bevölkerung zu gewährleisten. Government 2.0 ist, wie es in Abschnitt 3 auch erläutert wird, die neue Generation des Regierens, in der digitale Demokratieelemente einen Zusatz und somit eine mögliche Verbesserung bestehender Praxen darstellen können.

Kernfrage der Arbeit ist also:

- Welche Maßnahmen können durch das Internet gesetzt werden, um Transparenz zu erhöhen, Partizipation auszubauen und Zusammenarbeit zwischen Politik und Bevölkerung zu gewährleisten?

Teilfragen dieser Arbeit sind:

- Welche Möglichkeiten bietet das Internet für die Effizienzsteigerungen im Verwaltungssektor?
- Welche Beispiele für digitale Partizipationsmechanismen gibt es?
- Welche Maßnahmen können gesetzt werden, um BürgerInnen verstärkt an der politischen Gestaltung mitwirken zu lassen?

Zur Klärung dieser Fragen werden einerseits theoretische Konzepte über das Web und die Bereiche Open Government, Open Government Data und E-Government herangezogen, sowie konkrete Beispiele aus Deutschland und Österreich genannt.

1.2 Methode und Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist, neben der Einleitung, in sieben Abschnitte gegliedert. Zu Beginn der Arbeit wird ein Überblick über die Entwicklung des Internets hin zum heutigen Web 2.0 gegeben und Prinzipien, Anwendungen und Paradigmen des Web erläutert.

Darauffolgend findet sich eine Erklärung der Begriffe E-Government, Open Government und Open Government Data mit einigen Beispielen für deren Anwendung, sowie eine Erklärung des Zusammenspiels dieser Begriffe im Zusammenhang mit Government 2.0.

Danach werden anhand von drei demokratiethoretischen Konzepten (kompetitive Demokratietheorie, partizipatorische Demokratietheorie, deliberative Demokratietheorie) Chancen und mögliche theoretische Einsatzgebiete digitaler Demokratieinstrumente aufgezeigt.

In den Abschnitten 5 und 6 werden zum einen Zahlen und Statistiken zur Internetnutzung und im Speziellen zur Nutzung von Web 2.0 Angeboten und Diensten, sowie der Nutzung von mobilem Internet in Deutschland und Österreich gegeben. Zum Anderen werden anhand von jeweils elf konkreten Best Practice Beispielen aus beiden Ländern Anwendungen, Webseiten, Initiativen und darauf folgend Einsatzgebiete digitaler Demokratieelemente vorgestellt und analysiert.

Der Abschnitt 7 beleuchtet negative Seiten und Herausforderungen, die im Zuge einer voranschreitenden Digitalisierung bzw. Öffnung von Regierungen, Verwaltungen und Politik im Sinne von Government 2.0 entstehen können. Allen voran können hier die Punkte Barrierefreiheit sowie Datenschutz genannt werden.

Den Abschluss dieser Arbeit bildet eine Conclusio sowie ein Ausblick über mögliche Weiterentwicklungen im Bereich des Government 2.0.

1.3 Begriffsbestimmungen

Im Großteil der Literatur zu dieser Arbeit werden im Zusammenhang mit Government 2.0 die Begriffe Partizipation, Transparenz und Kollaboration als wesentliche Chancen und Zielsetzungen genannt. Hierbei handelt es sich zumeist um eine direkte Übersetzung des Wortes aus dem englischen „Collaboration“. Beim Begriff Kollaboration handelt es sich aber eigentlich um die Bezeichnung der Zusammenarbeit mit dem Feind zu Kriegs- oder Besatzungszeiten (z.B. Zusammenarbeit der Franzosen mit den Deutschen zur Zeit des Nationalsozialismus). Die Verwendung des Begriffes in einem anderen Kontext stellt ein mangelndes Verständnis der historischen Bedeutung von Kollaboration dar. Daher wird in dieser Arbeit, außer bei wörtlichen Zitaten, der Begriff Kollaboration dezidiert nicht im Zusammenhang mit Open Government (Data) oder Government 2.0 genannt. Stattdessen wird „Zusammenarbeit“ verwendet, was sinngemäß mit Kollaboration in der Literatur eigentlich gemeint ist.

Die Begriffe Web 2.0 und Social Media werden in Abschnitt 2 umfassend erklärt. Zur Verwendung und Schreibweise der Begriffe E-Government oder E-Democracy findet sich in Abschnitt 3 dieser Arbeit ein eigener Punkt.

1.4 Geschlechtergerechte Sprache

Sprache schafft Bewusstsein und Sprache kann diskriminieren, indem bestimmte Gesellschaftsgruppen darin ausgeschlossen werden. Für diese Arbeit wurden, neben Quellen ohne AutorInnenangabe (z.B. Internetseiten), Werke von insgesamt 47 verschiedenen AutorInnen herangezogen, davon sind nur acht Frauen. Auch wer sich bewusst auf die Suche nach weiblichen AutorInnen zum Thema Government 2.0 macht, wird nur wenige Autorinnen zu diesem Bereich finden. Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum bewusst nicht verwendet

und alle personenbezogenen Substantive geschlechtergerecht formuliert. Dies gilt auch für Begriffe, die ursprünglich aus dem Englischen kommen (z.B. User – in dieser Arbeit: UserInnen). Zitate verbleiben selbstverständlich im Original.

2 ENTWICKLUNG DES INTERNETS: VOM WEB 1.0 ZUM WEB 2.0

Das Internet hat sich seit seiner Entstehung in den 60er Jahren stark verändert. Im folgenden Abschnitt werden die verschiedenen Meilensteine des Internets bis hin zu seiner Entwicklung zum Web 2.0 beschrieben. Zudem werden die wichtigsten Anwendungen des Web 2.0 und dessen Prinzipien erklärt, da diese Prinzipien Ausgangsbasis und zentrales Paradigma für die weitere Erklärung von Government 2.0 und den Potenzialen des Internets für Demokratie bilden.

2.1 Web 1.0

Welche wichtigen Schritte und Entwicklungen der „Vorgänger“ des heutigen Web 2.0 durchlief, wird auf den nächsten Seiten erklärt.

2.1.1 Das ARPANET

Das in den 60er Jahren von der Advanced Research Projects Agency (ARPA) entwickelte Netzwerk ARPANET kann als entscheidender Vorgänger des heutigen Internets und seiner Möglichkeiten bezeichnet werden. Ziel des ARPANETs war es, eine Vernetzung von einzelnen Computern über weite Strecken hinaus zu ermöglichen. Die Nutzung eines solchen Netzwerkes war in den 60er Jahren vor allem für das US-amerikanische Militär, aber auch für Forschungseinrichtungen wie Universitäten wichtig bzw. vorgesehen. Mittels des ARPANETs konnten einzelne Computer an einer Universität miteinander verbunden und so Datenaustausch ermöglicht werden. Ein Vorteil des ARPANETs gegenüber anderen, parallel entwickelten Netzwerken, war die Möglichkeit, Computer unterschiedlicher Hersteller miteinander zu verbinden. 1969 ging das ARPANET einen weiteren Schritt und ermöglichte die Vernetzung von verschiedenen ARPA-Forschungseinrichtungen und Netzwerken. Gegen Ende des Jahres 1969 waren vier Computernetze miteinander verbunden: Die Universität von

Santa Barbara, das Stanford Research Institute, die Universität von Kalifornien in Los Angeles sowie die Universität von Utah (vgl. Musch 1997, 15-20).

Nachdem es zuerst innerhalb des ARPANETs nur Programme zur Fernsteuerung anderer Rechner (Telnet – telecommunications network) und Programme zum Austausch von Dateien mit anderen Rechnern (FTP – file transfer protocol) gegeben hatte, brachte die Möglichkeit zum elektronischen Versenden von Nachrichten mittels elektronischer Post, E-Mail, eine neue Nutzungsmöglichkeit (vgl. Musch 1997, 21). Durch die Option schnell und kostengünstig Nachrichten auch über große Distanzen zu versenden, brachte das Internet nun nicht nur Computer und deren Inhalte zusammen, sondern auch Menschen und deren Ideen und Meinungen. Mittels E-Mail war der Austausch einfach und leicht nachvollziehbar.

2.1.2 Das USENET

Das USENET entstand in den späten 70er Jahren aufgrund der Anforderungen an das Netz, mehr und bessere Möglichkeiten zur Diskussion und Interaktion zwischen NutzerInnen zu bieten. Das USENET kann als „(..) *weltweites schwarzes Brett mit Diskussionsgruppen zu allen möglichen Themen*“ (Musch 1997, 26) verstanden werden. Die Teilnahme am USENET war auch für NutzerInnen möglich, die nicht in einem ARPA Projekt integriert waren. Für die Teilnahme am USENET war lediglich das Vorhandensein eines Computers mit dem Betriebssystem UNIX und ein Telefonanschluss von Nöten. Durch die Möglichkeit - auch für nicht ARPANET-NutzerInnen - sich über das USENET an Diskussionen und somit potenziellen Innovationen zu beteiligen, wurde das USENET auch als „*ARPANET des armen Mannes*“ (Musch 1997, 26) bezeichnet. JedeR TeilnehmerIn im USENET konnte veröffentlichte Beiträge anderer NutzerInnen kommentieren und eigene Beiträge veröffentlichen. Beiträge waren strukturell nach deren Inhalt gegliedert. Themen aus der Wissenschaft waren z.B. mit „sci“ gekennzeichnet, Themen, die zum Bereich der

Freizeitgestaltung zählten mit „rec“, Neuigkeiten mit „news“ etc.. Über Vorschläge zur Erstellung neuer Kategorien wurde im USENET diskutiert und abgestimmt (vgl. Musch 1997, 26-28).

Das USENET kann daher durchaus als grundlegend demokratisches Netzwerk verstanden werden, da die Erstellung der Themen nicht ausschließlich bei einzelnen Personen oder Personengruppen lag, sondern eine partizipative Diskussion und Abstimmung über neu anzulegende Diskussionsgruppen abgehalten wurde.

2.1.3 Das NSFNET

Die US-amerikanische National Science Foundation (NSF) errichtete 1984 das NSFNET, dessen Ziel es war, die fünf bestehenden Forschungseinrichtung mit besonders leistungsfähigen Computern zu vernetzen und zugänglich zu machen. Die Kapazität des NSFNET übertraf das fast 20 Jahre ältere ARPANET bei weitem. Da die ARPA bereits 1974 versucht hatte ihr Netz an private Anbieter zu übertragen und der bürokratische und finanzielle Aufwand innerhalb der ARPA immer weiter anstieg, wurde 1990 das ARPANET als überflüssig befunden. Alle Funktionen des ARPANET wurden vom NSFNET übernommen und jegliche ARPANET-Hardware deinstalliert. Nachdem sowohl das NSFNET als auch das ARPANET auf einer ähnlichen technologischen Grundlage (TCP/IP-Protokolle) verliefen, stellte sich der Wechsel relativ problemlos dar (vgl. Musch 1997, 29-31).

2.1.4 Das World Wide Web

Als Vater des World Wide Web (WWW), des „Web“ oder des „Netzes“, wird Tim Berners-Lee bezeichnet (vgl. Netzwelt.de 2008, spiegel.de 2009). 1991 stellte er am Genfer Kernforschungszentrum CERN ein System (Hypertext) mit einer einfachen BenutzerInnenoberfläche (so genannte Browser) vor, das es ermöglichte Daten und

Inhalte schnell und einfach für alle Mitglieder von Forschungseinrichtungen darzustellen. Die Webseite, auf der Informationen dargestellt wurden, war geboren (vgl. Musch 1997, 31-32, welt.de 2007).

Oftmals wird das Internet mit dem WWW gleichgesetzt. Hier ist es wichtig, diese Begriffe zu trennen. Das Internet bezeichnet allgemein die Vernetzung von Computern bzw. Computernetzwerken. Dies ergibt sich auch aus dem Wort Internet selbst, das eine Zusammensetzung der Worte „inter“ (lat. zwischen) und „network“ (engl. Netzwerk) ist. Das WWW dient demnach eher als Oberbegriff für viele Funktionen, die auf der Vernetzung von Computernetzen, also dem Internet, basieren. Das WWW ist somit nicht ident mit dem Internet, sondern beschreibt einen Dienst zur (passiven) Informationsabfrage. Als weiterer, auf dem Internet basierender Dienst, kann hier die elektronische Post, E-Mail, genannt werden (vgl. Vetter 2000).

2.1.5 Der Boom des WWW und die dotcom-Blase

Mitte der 90er Jahre boomte das Geschäft mit dem WWW. Da das Internet, respektive das WWW, nun auch für die Geschäftswelt geöffnet wurde, begannen viele Unternehmen Webseiten zu erstellen und das Web für die Bereitstellung von Informationen über das Unternehmen und dessen Produkte zu nutzen. Wenn sich das Internet mit seinen Möglichkeiten seit den 60er Jahren zu einem „*technischen Netz von Experten für Experten*“ (Zeger 2009,14) entwickelt hatte, machte das WWW „*aus dem Internet ein inhaltliches Netz von Informationsinhabern für Informationsnutzer*“ (Zeger 2009, 15). Das Internet wurde durch seine Öffnung für die Geschäftswelt einer immer breiteren Masse zugänglich gemacht und von immer mehr Menschen genutzt. Dadurch war freilich auch das wirtschaftliche Interesse am WWW und den NutzerInnen immer größer. Immer mehr Personen(-gruppen) nutzen das Web, um sich und ihre Inhalte zu präsentieren. Gleichzeitig entstanden viele neue Unternehmen, die Web Dienste zur Verfügung stellten. Diese Angebote reichten von Browsern über

Internet Provider (AnbieterInnen von Internetzugängen) bis hin zu Website-ProgrammierInnen und so genannten Web-Werbefachleuten. Dieser Hype um das Web und die vielen neu gegründeten Unternehmen mit deren Services endete 2001 im Platzen der so genannten dotcom-Blase (vgl. Zumtobel 2006).

Da immer mehr Unternehmen auch an der Börse präsent waren, kam es 2000 zu einem Börsencrash. Der Markt war mehr als übersättigt. Viele der frisch gegründeten Internet-Unternehmen, vor allem jene, die sich ausschließlich über Online-, bzw. Banner-Werbung finanzierten, mussten wieder zusperren (vgl. Zumtobel 2006). Nur besonders große Unternehmen, die umfangreiche Angebote hatten oder besonders innovative Lösungen entwickelt hatten, um die Nutzerinnen „bei Laune“ zu halten, konnten das Platzen der dotcom-Blase überstehen. Unternehmen wie beispielsweise Amazon, Google oder Ebay waren von dem Crash wenig betroffen. Das Internet war also keinesfalls tot. Man könnte überspitzt sagen, dass es zu einer „natürlichen“ Selektion kam, bei der die innovativen und zukunftsfähigen Unternehmen „überlebten“ und jene, die sich nicht weiter entwickelten, untergingen (vgl. Zumtobel 2006; Zeger 2009).

Eine Erklärung, warum Dienste wie Amazon oder Ebay das Zerplatzen der dotcom-Blase überlebt haben, könnte die Tatsache sein, dass zum Beispiel der Online-Buchhandel Amazon sehr früh auf den so genannten User Generated Content setzte (vgl. Kucera 2010). UserInnen hatten dort nämlich sehr früh die Möglichkeit, die online gekauften Waren zu bewerten, Rezensionen darüber zu verfassen und anderen UserInnen zu empfehlen. Schnell setzten sich dort jene Produkte durch, die gute Bewertungen von anderen UserInnen bekommen hatten. Andere NutzerInnen vertrauten demnach mehr auf die Meinung ihrer Peers, als auf das, was die Werbung oder der Anbieter / die Anbieterin einer Ware selbst über sein/ihr Produkt sagt.

2.2 Web 2.0

Der Begriff Web 2.0 wird zumeist Dale Dougherty und Craig Cline zugeschrieben (vgl. Zeger 2009, 13). Als „Vater des Web 2.0“ kann man aber dennoch Tim O'Reilly bezeichnen, dem der Begriff in der Literatur auch sehr oft zugeordnet wird (vgl. Stanoevska-Slabeva 2008). Durch den Artikel: „What is Web 2.0“ von Tim O'Reilly aus dem Jahr 2005 erfuhr der Begriff seine genaue Bedeutung und Ausformulierung und wurde danach von einer breiten Öffentlichkeit wahr- und aufgenommen (vgl. Schmidt 2009; Stanoevska-Slabeva 2008). Der Begriff Web 2.0 wurde aber bereits im Dezember 2003 in einem Fachmagazin für IT-Manager, dem CIO-Magazin, aufgegriffen, um den Wandel des Netzes zu beschreiben (vgl. Knorr 2003).

Die Bezeichnung 2.0 dient in diesem Falle als Anspielung auf Versionierungen bei Software. Wenn eine Softwareversion 1.0 ist, so ist deren Weiterentwicklung die Version 1.1 bzw. deren Nachfolgeversion 2.0 usw. Das Web 2.0 kann, angelehnt an diese Versionierungen, somit als neue Version des Internets bzw. des Web verstanden werden (vgl. Schmidt 2009, 11).

Tim O'Reilly bezeichnet Web 2.0 in seinem Artikel nicht nur als Veränderung der Nutzung des Internets und seiner Möglichkeiten, sondern auch als eine Veränderung der Geschäftswelt. Web 2.0 versteht das Internet als Plattform, auf der alle Nutzer und Nutzerinnen gleichberechtigt miteinander interagieren (vgl. O'Reilly 2005).

Interaktion ist es, was das Web 2.0 vom Web 1.0 unterscheidet. Waren es davor vor allem einige wenige, denen es vorbehalten war, Inhalte für das Web zu erzeugen (z.B. InhaberInnen von Webseiten), kann nun jeder und jede einzelne im Internet Inhalte erstellen und anderen zugänglich machen (vgl. O'Reilly 2005; Stanoevska-Slabeva 2008; Zeger 2009). Aus diesem Grund wird Web 2.0 auch als „Mitmach-Plattform“ (Stanoevska-Slabeva 2008, 16) oder „Mitmach-Web“ (heise.de 2007) bezeichnet.

Eine gute Übersicht über die zentralen Unterschiede von Web 1.0 und Web 2.0 findet sich auf der Website jdk.de in Anlehnungen an Ausführungen von Todd Stephens in seinem Blog, in dem er Enterprise 1.0 und Enterprise 2.0 gegenüberstellt:

Enterprise/Web 1.0	Enterprise/Web 2.0
Statischer Inhalt	Dynamischer Inhalt
Herstellerbasierte Informationen	TeilnehmerInnenbasierte Informationen
Informationen werden geliefert (push)	Informationen werden geholt (pull)
Zentrale Kontrolle	NutzerInnenkontrolle
Top-down-Informationsfluss	Bottom-up-Informationsfluss
Formale Prozesse	Informelle Interaktion
Taxonomie-fokussierte Anwendungen	Nischenanwendungen

Tabelle 1: Unterschiede Enterprise/Web 1.0 und Enterprise/Web 2.0

(Eigene Darstellung, Inhalte von: jdk.de)

2.2.1 Besonderheiten und Prinzipien des Web 2.0

Der Paradigmenwechsel vom Internet als Raum mit vielen statischen Seiten und Informationen hin zum „Internet als Plattform“ (O'Reilly 2005), in dem so gut wie jeder Inhalt miteinander verknüpfbar ist, ist der eigentliche Wandel im World Wide Web. Durch die Möglichkeiten, die verschiedene Web 2.0 Anwendungen und Services bieten, können InternetnutzerInnen einfach selbst Inhalte in Form von Text, Bild, und/oder Ton erstellen und öffentlich zugänglich machen. Der sogenannte User Generated Content, also der von den NutzerInnen erstellte Inhalt, bildet das Zentrum des Netzes (vgl. Stanoevska-Slabeva 2008, Zeger 2009). Man kann demnach durchaus behaupten, dass das Web 2.0 demokratisch ist, da Inhaltsproduktion (und somit potenzielle Grundlagen für Meinungsbildung) nicht mehr einigen wenigen, teils mit speziellen Kenntnissen ausgestatteten, Menschen vorbehalten ist, sondern dass nun auch „Anna und Otto NormalverbraucherIn“ das öffentliche Stimmungsbild beeinflussen können. Hans G. Zeger (2009, 17) bezeichnet, unter dem Aspekt der

starken Rolle der UserInnen bei der Produktion von Inhalten, Web 2.0 als „(..) *Produktion von Inhalten durch Nutzer für Nutzer auf Plattformen, die ihnen nicht gehören (..)*“. Somit hat sich das Netz nach rund 40 Jahren vom „*Netz von Experten für Experten*“ (Zeger 2009, 14) über das „*Netz von Informationsinhabern für Informationsnutzer*“ (Zeger 2009, 15) nun also zum Netz der „*Nutzer für Nutzer*“ (Zeger 2009, 17) entwickelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt und Zeichen des Internets als Plattform im Web 2.0 ist die Vernetzung und vor allem die Vernetzbarkeit verschiedener Dienste. Es gibt im Web 2.0 verschiedene Services und Möglichkeiten, Inhalte im Netz zu publizieren. Videoinhalte werden beispielsweise nicht mehr direkt auf eine Website hochgeladen, sondern auf einer Content Sharing Community (z.B. YouTube) veröffentlicht und per direktem Link in den eigenen Webauftritt integriert. Dies spart zum einen Zeit (da keine Kenntnisse in Web-Programmierung von Nöten sind, um Videos einzubetten) und zum anderen spart es (digitalen) Platz. Da das Video theoretisch auf der Seite des Netzwerkes YouTube liegt, benötigt der/die Webseiten-BetreiberIn keinen zusätzlichen Speicherplatz, um die Videodateien zu verwalten. Ähnlich ist es bei Fotos und Ton-Aufnahmen. Diese werden einfach auf spezifische Plattformen hochgeladen und dort verwaltet und in den eigenen Webauftritt mittels Web-Link eingebunden (vgl. Alby 2007).

Ein wichtiges Schlagwort, das das Web 2.0 auszeichnet und eine wichtige Unterscheidung zum Web 1.0 ausmacht, ist die Nutzung der so genannten „kollektiven Intelligenz“ (O'Reilly 2005; vgl. Stanoevska-Slabeva 2008; vgl. Zeger 2009). Der Internet-Buchhandel Amazon machte es, wie bereits weiter oben erwähnt, sehr früh für NutzerInnen möglich, Rezensionen und Bewertungen für gekaufte Artikel zu verfassen damit andere NutzerInnen von den Meinungen profitieren. Die kollektive Intelligenz spiegelte sich in diesem Fall in der durchschnittlichen Bewertung eines Produkts wieder.

Viele Anwendungen des Web 2.0 werden aufgrund ihrer Möglichkeit für alle InternetnutzerInnen, sich gleichberechtigt an Diskussionen und Inhaltserstellung zu beteiligen, als Social Media bezeichnet. Das Internet ist kein Medium für ExpertInnen mehr, in der die breite Masse nur Konsumentin von Informationen ist. Das Internet ist DAS soziale Medium für alle, unabhängig von deren Standort. Als Social Media werden vor allem Blogs, Internetforen, Videoportale oder auch Wikis bezeichnet (vgl. Weinberg 2010, 1). Informationen werden nicht mehr (nur) top-down von Webseiten-BetreiberInnen angeboten, sondern es gibt viele Informationen und Meinungen von unterschiedlichen Seiten dazu. Durch die mittlerweile weit verbreitete Möglichkeit, Beiträge und Inhalte auf Webseiten direkt zu kommentieren, müssen sich UserInnen oft gar nicht von einer Seite wegbewegen, um Meinungen, Diskussionen und andere Perspektiven über ein Thema zu finden. Auf vielen Webseiten von österreichischen Tageszeitungen gibt es unter jedem Artikel die Möglichkeit für UserInnen, darüber zu diskutieren. Unterhaltungen über tagespolitische Themen verlagern sich dadurch immer mehr ins Netz. Doch nicht nur in Foren von Tageszeitungen wird über tagesaktuelle und politische Themen diskutiert. Auch in sozialen Netzwerken wie beispielsweise Facebook oder Google+ können sich Nutzer und Nutzerinnen zu Gruppen zusammenschließen und sich dort über die unterschiedlichsten Themen informieren und austauschen.

2.3 Einige wichtige Web 2.0 Anwendungen und Dienste

Stanoevska-Slabeva (2008, 17) unterscheidet Web 2.0 Anwendungen in folgende Kategorien:

- **Content-orientierte Web 2.0 Plattformen** (Hier steht das Erstellen und Verwalten von unterschiedlichen multimedialen oder textlichen Inhalten im Zentrum.)
- **Beziehungsorientierte Web 2.0 Plattformen** (Hier geht es primär um die Verwaltung und den Aufbau von sozialen Kontakten und Netzwerken.)
- **Virtuelle Welten** (basieren auf virtuellen Abbildungen der realen Welt)

2.3.1 Content-orientierte Plattformen

Inhalte im Netz zu verbreiten wird durch das Web 2.0 um eine Wesentliches erleichtert. Brauchte man früher noch (HTML-) Programmierkenntnisse, so kann man heute fast kinderleicht Videos oder Fotos ins Netz stellen und mit anderen NutzerInnen teilen.

Video Community youtube.com

Mit über 120 Millionen Videos (ehowspace.com 2011) ist YouTube die größte Video-Sharing Seite weltweit. Täglich werden etwa 48 Stunden Videomaterial pro Minute auf der Plattform hochgeladen (internetradierer.de 2011). Hat eine Userin / ein User ein BenutzerInnenkonto auf dieser Plattform, so kann sie/er leicht ihre/seine eigenen Videos hochladen und der Masse zugänglich machen. Via direktem Link auf den Inhalt kann das Video in jeden beliebigen anderen Webauftritt oder in Communities eingebunden und somit auch auf anderen Webseiten dargestellt werden. Zum

Konsumieren von Videos braucht man kein eigenes BenutzerInnenkonto. InternetnutzerInnen können so ohne große Kenntnis von Videoerstellung oder -bearbeitung eigene Medieninhalte produzieren und theoretisch der ganzen Welt zugänglich machen. Auch für die Politik stellt YouTube einen relativ kostengünstigen Distributionskanal für Videoinhalte dar. Videos werden einfach auf der Plattform hochgeladen und im Netz verbreitet, ohne hohe Kosten für Werbeinschaltungen. Zudem kann jeder User und jede Userin das Video theoretisch verlinken bzw. weiterempfehlen und damit „Werbung“ für den Inhalt machen (vgl. Alby 2007, 108-111).

Photo Community flickr.com

flickr ist eine Photo Sharing Community. Hier können NutzerInnen kostenlos einen Account erstellen und Fotos hochladen, mit anderen teilen und verwalten. Eine flickr-Galerie lässt sich problemlos auf Webseiten automatisiert einbinden und auch einzelne Fotos können einfach auf anderen Webseiten dargestellt werden. Auch hier kann man Inhalte zentral hochladen und in andere Webauftritte einbinden, ohne viel (eigenen) Serverplatz (Speicherplatz) zu verbrauchen. Bei flickr kann theoretisch auch jeder User und jede Userin Fotos anderer NutzerInnen verlinken und somit „bewerben“ (vgl. Alby 2007, 94).

Weblogs

Weblogs, oder auch Blogs genannt, haben in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung und Popularität im World Wide Web gewonnen. Im Grunde genommen ist ein Blog nichts anderes als eine regelmäßig aktualisierte Website. Weblog setzt sich aus den Worten „Web“ und „Logbuch“ zusammen. Ursprünglich waren Weblogs als Tage- oder Logbücher für UserInnen im Internet gedacht. Die einzelnen Beiträge sind chronologisch geordnet, wobei der neueste Artikel immer ganz oben zu finden ist. Der Autor/die Autorin fügt seine/ihre Beiträge in ein einfaches Redaktionssystem ein und

veröffentlicht diese in Echtzeit online. Heute gibt es durch Anbieter von Weblog-Vorlagen inklusive Webspaces (die meist kostenlos sind), wie beispielsweise Wordpress, viele Möglichkeiten, Weblogs als eigenständige Webauftritte zu führen. Durch die verschiedenen Mittel des Web 2.0 (Möglichkeiten zur Einbindung von Videos, Fotos oder Audiodateien über simple Verlinkung) ist es für jedeN NutzerIn einfach, eine eigene kostenlose Webpräsenz zu schaffen (vgl. Zeger 2009, 24-27).

Microblogging – twitter.com

Twitter ist ein Netzwerk, das nach dem Microblogging-Prinzip funktioniert. UserInnen stehen 140 Zeichen (in den USA 160 Zeichen) zur Verfügung, um sich anderen Twitter-UserInnen mitzuteilen. Bei Twitter hat man keine Freunde wie auf anderen Seiten, sondern so genannte Follower, die Meldungen eines bestimmten Nutzers „abonnieren“. In Österreich zählt Twitter nicht zu den am meisten genutzten Netzwerken. Dennoch ist die Tendenz der Nutzung steigend: waren es im März 2011 noch rund 40.000 österreichische Accounts (Wisniewska 2011), so hatten sich zu Jahresende bereits fast 60.000 ÖsterreicherInnen registriert (socialmediaradar.at 2011b). Was jedoch bei der österreichischen Twitter-Szene beachtenswert ist: Die Top 10 Twitter Accounts in Österreich gehören fast ausschließlich JournalistInnen (vgl. Bäck 2010). Allen voran Armin Wolf, dessen Tweets (so heißen die 140-Zeichen Nachrichten auf Twitter) von 32.547 UserInnen¹ abonniert werden. Armin Wolf nutzt das Medium zum einen, um über für ihn interessante Themen zu berichten, mit KollegInnen und Interessierten zu diskutieren oder aber er kündigt seine Gäste für die ZiB 2 an und fragt, ob es von Seiten der UserInnen Fragen gibt, die er nicht selten auch tatsächlich (mit Anmerkung, dass diese Frage von Twitter-UserInnen kommt) an seine Gäste stellt. Gerade in Österreich scheint Twitter also ein wichtiges Medium zu sein, um sich mit der JournalistInnen-Szene zu vernetzen. Wichtige Funktionen sind bei Twitter die Mention-Funktion, bei der man UserInnen mit dem Zeichen @ markieren und so in Nachrichten direkt ansprechen kann. Übernimmt einE UserIn eine

¹ Twitter-Kanal von Armin Wolf: <http://twitter.com/#!/arminwolf> (Zugriff: 10.12..2011)

Meldung eines/einer anderen Twitter-Nutzers/Nutzerin und sendet diese an seine eigenen Follower, spricht man von einem Retweet. Mit dem Hashtag (#), also dem Rautezeichen, können in einer Twitter-Nachricht Themen und Schlagworte markiert werden. Zum einen ist dann auf einen Blick klar, auf welche Themengebiete der Beitrag eingeht, zum anderen kann auf Twitter nach Themen/Hashtags und allen Meldungen dazu gesucht werden (vgl. Weinberg 2010, 141-166).

Wikis - Wikipedia

Unter Wikis versteht man Webauftritte, deren einzelne Seiten von den UserInnen nicht nur gelesen, sondern auch schnell und einfach selbst verfasst oder bearbeitet werden können. Im Gegensatz zu Blogs, bei denen es meist eineN InhaberIn und InhaltserstellerIn gibt (andere UserInnen können in den meisten Fällen Beiträge kommentieren, nicht aber selbst erstellen), sind bei Wikis häufig alle NutzerInnen gleichberechtigt und können gemeinsam Beiträge, ohne technische Vorkenntnisse, verfassen und die Beiträge anderer NutzerInnen bearbeiten und/oder ergänzen (vgl. Zeger 2009, 38-39).

Wikipedia, 2001 von Larry Sager und Jimmy Wales initiiert, ist wohl das bekannteste Wiki weltweit. Wikipedia ist eine Online-Enzyklopädie, bei der alle UserInnen Artikel zu Themen erstellen und bearbeiten können. Die deutsche Version von Wikipedia zählte im April 2011 rund 1,2 Millionen verschiedene Artikel (stats.wikimedia.org 2011). In der englischen Version waren es im April 2011 rund 3,6 Millionen Artikel (stats.wikimedia.org 2011). In einem Artikel der deutschen Zeitung „Der Spiegel“ wird von einer Studie des Wissenschaftsjournals „Nature“ berichtet, die Wikipedia im Jahr 2005 fast die gleiche Qualität wie der Encyclopaedia Britannica attestierte (vgl. Spiegel.de 2005). Aufgrund der steigenden NutzerInnenzahlen ist davon auszugehen, dass sich die Qualität von Wikipedia in den letzten sechs Jahren deutlich verbessert hat (vgl. Alby2007, 90). Wikipedia ist demnach ein gutes Beispiel für die bereits zuvor

erwähnte kollektive Intelligenz im Web 2.0.

2.3.2 Beziehungsorientierte Plattformen

Beziehungsorientierte Plattformen, auch Social Networking Services, oder Social Networking Sites (SNS), sind internetbasierte soziale Netzwerke, bei denen entweder (berufliche oder private) Beziehungspflege, Eigenpräsentation, (beruflicher oder privater) Beziehungsaus- oder -aufbau oder themenspezifischer Austausch im Vordergrund stehen.

Das Web nimmt im persönlichen Leben vieler Menschen einen hohen Stellenwert ein. Es dient nicht nur der Informationsbeschaffung, sondern ist Mittel zur Pflege und zum Aufbau sozialer Kontakte und zur persönlichen Lebensorganisation (vgl. Zeger 2009 29-35).

Es gibt verschiedene Social Networking Sites mit unterschiedlichem Fokus. Xing zum Beispiel ist ein Netzwerk mit klarem Fokus auf Pflege und Ausbau beruflicher Kontakte. Das derzeit größte internationale soziale Netzwerk Facebook ist eher als Freizeit-Netzwerk zu verstehen, in dem UserInnen nicht primär nach beruflichen Kontakten suchen, sondern sich mit privaten FreundInnen vernetzen wollen (vgl. Weinberg 2010).

Facebook

Im Jahr 2004 ursprünglich als StudentInnen-Netzwerk der Universität von Harvard gegründet (vgl. Steinschaden 2010, 40) zählt Facebook mit 743 025 440 NutzerInnen (socialbakers.com 2011) heute zu den größten sozialen Netzwerken weltweit. Allein 2.572.220 UserInnen aus Österreich (socialmediaradar.at 2011a) nutzen Facebook. Facebook ist laut dem Web-Informationdienst alexa.com², nach Google und vor

² alexa.com ist ein Ranking von Webseiten gemessen an deren BesucherInnenzahl.

YouTube, die weltweit am zweithäufigsten besuchte Webseite. Durch seine starke Durchdringung in der Bevölkerung wird Facebook immer mehr auch öffentlicher Raum und Diskussionsplattform für unterschiedliche Themen. Individuen stellen sich über ein persönliches Profil auf Facebook dar. Mit anderen UserInnen kann man sich vernetzen, indem man sie als Facebook-FreundInnen hinzufügt. Interaktion findet über Statusmeldungen, die ein User / eine Userin auf seinem/ihrer Profil veröffentlicht, statt. Dann können befreundete UserInnen den Beitrag mittels Klick auf „gefällt mir“ oder „like“ honorieren/bestätigen und/oder Kommentare dazu verfassen (vgl. Weinberg 2010, 169-179).

Für Unternehmen oder in der Öffentlichkeit stehende Personen gibt es öffentliche Profile, so genannte Facebook Pages oder –Seiten. UserInnen bekennen sich über den so genannten „like“-Button oder „gefällt mir“-Knopf zu einer Page und abonnieren dadurch von der Seite veröffentlichte Inhalte. Über eine Page kann man potenziell auch mehr UserInnen erreichen, da die Anzahl der FreundInnen persönlicher Profile auf 5000 limitiert ist. Eine Facebook Page hingegen kann unbegrenzt vielen Menschen „gefallen“ (vgl. Weinberg 2010, 169-179).

UserInnen können auch so genannte „Facebook-Gruppen“ anlegen, in denen sich Interessierte miteinander austauschen können. Von Freizeitmöglichkeiten über Sport bis hin zu politischen Themen gibt es für jedeN UserIn Möglichkeiten, zu diskutieren und sich zu informieren.

Immer mehr Unternehmen, Parteien und in der Öffentlichkeit stehende Personen nutzen dieses Medium, um mit KundInnen oder potenziellen WählerInnen zu kommunizieren. Wie in der realen Welt versucht man dadurch, dort hin zu gehen, wo die Menschen sind (und auf Facebook sind das immerhin, wie weiter vorne erwähnt, über 700 Millionen Personen weltweit) und sie zu informieren und mit ihnen zu interagieren. Häufig werden auf den Facebook Pages von Unternehmen kritische

Kommentare zu Produkten und/oder Dienstleistungen hinterlassen. Setzt sich eine Firma dann mit der Kritik auseinander und beantwortet Fragen oder geht auf Beschwerden ein, so ist das eine sichtbare und transparente Form der KundInnenkommunikation und hat meist einen großen Nutzen. Denn sehen UserInnen, dass Anliegen ernst genommen werden und Kommentare oder kritische Anregungen nicht gelöscht werden, sondern es eventuell sogar im „realen Leben“ Verbesserungen an Produkten oder Serviceleistungen gibt, führt das mitunter zu einer höheren KundInnenbindung und mehr Vertrauen in das Unternehmen (vgl. Weinberg 2010, 169-179). Ähnlich ist es bei PolitikerInnen oder politischen Parteien auf Facebook. Wenn UserInnen über dieses Medium die Chance haben, sich direkt mit ihren VertreterInnen auszutauschen, ihnen Feedback auf ihre Arbeit zu geben, mit ihnen zu diskutieren und ihre Arbeit gar mitzugestalten, erhöht das möglicherweise die Identifikation mit der und das Vertrauen in die Politik und ihre(n) VertreterInnen.

2.3.3 Virtuelle Welten

Virtuelle Welten sind dreidimensionale Abbildung der Welt. UserInnen bewegen sich darin über virtuelle Repräsentationsfiguren, so genannte Avatare/Avatarinnen. Beispiele für virtuelle Welten sind das Online-Multiplayer-Spiel World of Warcraft oder die virtuelle Lebenswelt Second Life, bei der UserInnen mit ihren AvatarInnen zum Beispiel in virtuellen Filialen real existenter Unternehmen einkaufen können (vgl. Stanoevska-Slabeva 2008, 22).

2.4 Öffentlichkeit im Web 2.0 und Nutzen für politische Kommunikation

Die vielen Potenziale und Prinzipien des Web 2.0, oder von Social Media, zeigen, dass es sich dabei weniger um eine Technologie denn um eine Ideologie handelt. Web 2.0 ist die Summe seiner Möglichkeiten und Nutzungsweisen. Ebenso ist es die Nutzung

selbst, die das Medium verändert und beeinflusst (vgl. Münker 2009). Durch die verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen (Informationen sammeln, Medien konsumieren, diskutieren, sich mit FreundInnen vernetzen, Business-Kontakte suchen und pflegen ...) wird das Internet immer mehr auch öffentlicher Raum und bildet eine eigene Öffentlichkeit mit eigenen Regeln. Allen voran die Regel, dass jedeR gleichberechtigt ist, seine/ihre Meinung sagen darf und gehört wird. Nicht ohne Grund bezeichnet Zeger (2009) die virtuelle Welt als „Paralleluniversium“. Denn im Netz sind Dinge möglich, die in der analogen - oder Offline-Welt nicht möglich sind. Im heutigen Mitmach-Web sind wir es gewohnt, partizipieren und mitreden zu können. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur „realen“ Öffentlichkeit dar, in der „klassische Medien“ wie Print, TV und Radio von einigen wenigen gestaltet sind und Tagespolitik nicht von allen immer direkt beeinflusst werden kann. Und auch in seiner Masse (nicht aber zwingend in der Nutzung) ist das Web den Offline-Medien überlegen. Den Ausführungen von Hans G. Zeger (2009, 24) folgend, gibt es weltweit etwa 100 Millionen Websites mit Web 2.0 Elementen.

Die Möglichkeiten, die das Web 2.0 gerade der Politik bietet, liegen vor allem in drei Bereichen: Transparenz (Entscheidungen und Positionen transparent darstellen und kommunizieren), Partizipation (von BürgerInnen bei der Entscheidungsfindung) und Zusammenarbeit (gemeinsame Erarbeitung von Inhalten mit der Bevölkerung) (vgl. Wohlwill 2011). Inhalte können mit NutzerInnen geteilt und ihnen zugänglich gemacht werden und dadurch wird die Arbeit der Politik transparenter und in weiterer Folge nachvollziehbarer. Es geht also zum einen um die Nutzung bestehender Plattformen und deren Möglichkeiten zur Kommunikation, zum Anderen geht es aber vor allem um die Verinnerlichung der neuen Kommunikationsparadigmen (Kollektive Intelligenz, Mitmach-Web, etc.) und um die Schaffung entsprechender Angebote seitens der Politik unter dieser Prämisse.

UserInnen können aktuell Beiträge im Web 2.0 selbst erstellen oder vorhandene Beiträge kommentieren und somit einerseits an der Meinungsbildung anderer UserInnen, aber auch an der Gestaltung der Arbeit und dem Agenda-Setting der PolitikerInnen partizipieren, sofern entsprechende Angebote (z.B. in Form von Online-Konsultationen) vorhanden sind und die Anregungen der NutzerInnen auch tatsächlich in die Arbeit aufgenommen werden. Durch die vielen Möglichkeiten im Web gemeinsam (z.B. mit Wikis oder eigens geschaffenen Plattformen) an etwas zu arbeiten, könnte die Politik noch weiter gehen und Inhalte tatsächlich mit der Bevölkerung erarbeiten, also mit ihr zusammenarbeiten. Konkrete Good Practice Beispiele aus Deutschland und Österreich für den Einsatz von Web Diensten seitens der Politik bzw. Regierungen zeigen die Abschnitte 5 und 6.

3 E-GOVERNMENT, OPEN GOVERNMENT UND OPEN GOVERNMENT DATA

In der Literatur werden die Begriffe Open Government, Government 2.0 und E-Government oftmals unterschiedlich definiert und in einigen Fällen zum Teil auch synonym verwendet. (vgl. Röhler 2010; Götze/Bering Pedersen 2009; digitales Österreich 2011; Internet & Gesellschaft Co:llaboratory 2010). Um das Zusammenspiel dieser Begriffe zu definieren ist es wichtig, jeweils klare Trennungen in den Begrifflichkeiten vorzunehmen. Im Folgenden werden diese Begriffe für diese Arbeit eingegrenzt, um in späterer Folge deren Zusammenhang ableiten zu können.

Auch die Schreibweisen divergieren gerade bei den Begriffen E-Government, E-Participation oder E-Democracy. Oft wird auch die Schreibweise e-participation oder eParticipation verwendet. In dieser Arbeit werden die Begriffe jeweils mit Großem E und großem Anfangsbuchstaben nach dem Bindestrich geschrieben, da es sich um Eigennamen handelt. Genauso wird es mit den Begriffen Open Government und Open Government Data gehandhabt.

3.1 E-Government

E-Government bezeichnet allgemein die Digitalisierung innerhalb der Verwaltungsebene. Prozesse in der Verwaltung werden zunehmend digitalisiert und mittels Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) über elektronische Medien abgewickelt.

Hierbei können die drei folgenden Ebenen unterschieden werden (vgl. digitales Österreich 2011):

- **Information:** Hiermit ist das zur Verfügung stellen von Informationen gemeint

(z.B. über die Website einer Behörde).

- **Kommunikation:** Hiermit sind Möglichkeiten gemeint, die es erlauben, personalisiert Informationen abzurufen bzw. sich mit einer Behörde auszutauschen.
- **Transaktion:** Hierbei geht es um die tatsächliche Durchführung von behördlichen Dienstleistungen.

E-Government kann zu einer gesteigerten Effizienz staatlichen Handelns führen und bietet zudem Möglichkeiten, Verwaltungsprozesse für BürgerInnen einfacher und schneller abzuwickeln. BürgerInnen müssen demnach nicht immer auf ein physisches Amt gehen, um ihre Anliegen abzuwickeln, sie können dies einfach online von zu Hause aus erledigen.

Auch auf europäischer Ebene wird ein großer Stellenwert auf den Bereich E-Government gelegt. 2006 rief die EU den E-Government Aktionsplan ins Leben, der es zum Ziel hat, Verwaltungen in ganz Europa zu modernisieren und Dienste für BürgerInnen effizient und ohne große bürokratische Aufwände abzuwickeln (vgl. derstandard.at 2008). Durch die Digitalisierung der Verwaltung wird es schließlich auch einfacher, Verwaltungsprozesse über die Grenzen eines Staates hinaus durchzuführen. Auf europäischer Ebene wird E-Government folgendermaßen definiert:

Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in öffentlichen Verwaltungen in Verbindung mit organisatorischen Änderungen und der Herausbildung neuer Fähigkeiten. Ziel ist dabei, öffentliche Dienste und demokratische Prozesse zu verbessern und die Gestaltung und Durchführung staatlicher Politik zu erleichtern. (europa.eu 2006)

Um die verschiedenen Chancen und Anknüpfungspunkte im E-Government zu begreifen, ist es wichtig, die Ebenen der Beziehungen von E-Governments zu beschreiben und so genannte EndbenutzerInnen zu definieren. Als Endbenutzerin wird der- oder diejenige verstanden, der/die schlussendlich KonsumentIn von E-Government-Diensten ist. Je nach Beziehung gibt es unterschiedliche Services von- und Anforderungen an die Verwaltung. Folgenden Beziehungen können im Bereich des E-Government unterschieden werden (vgl. Internet & Gesellschaft Co:llaboratory 2010; Mehlich 2002):

- **Government-to-Citizen** (G2C. Im Zentrum der Betrachtung stehen hier Bürgerinnen und Bürger.)
- **Government-to-Business** (G2B. Im Zentrum der Betrachtung steht hier die Wirtschaft.)
- **Government-to-Government** (G2G. Im Zentrum der Betrachtung steht hier die Verwaltung intern.)
- **Government-to-NGO/NPO** (G2N. Im Zentrum der Betrachtung stehen hier Nicht-Regierungsorganisationen.)
- **Government-to-Employee** (G2E. Im Zentrum der Betrachtung stehen hier VerwaltungsmitarbeiterInnen.)

Diese verschiedenen Beziehungen spiegeln sich im Angebot von E-Government Diensten wider. Für BürgerInnen (G2C) bietet die Stadt Wien beispielsweise Möglichkeiten an, sich online einen standesamtlichen Trauungstermin zu reservieren. (vgl. wien.gv.at a) Für die Wirtschaft gibt es zum einen die Möglichkeit, online Informationen zu wichtigen Themen zu wie zum Beispiel zur Unternehmensgründung zu beziehen (vgl. digitales Österreich 2011, 48), aber auch Erklärungen zur Umsatz- oder Körperschaftssteuer können online abgewickelt werden (vgl. digitales Österreich 2011, 49).

In Österreich fällt z.B. auch die Einführung der „Bürgerkarte“ in den Bereich des E-Governments. BürgerInnen brauchen diese Karte, um gewisse Verwaltungsprozesse (z.B. Antrag auf Alterspension, Bestellung einer Bio-Mülltonne, Online-Diebstahlsanzeigen) digital abwickeln zu können (vgl. buergerkarte.at).

Auch verwaltungsintern (G2G und G2E) findet die Digitalisierung Einzug. Akte werden heute nicht mehr in analoger Form bearbeitet. Verwaltungsarbeit findet mit sogenannten „Elektronischen Akten“ (ELAK) statt. Auf diese kann jederzeit zugegriffen werden und Bearbeitungen und Änderungen werden damit leichter nachvollziehbar gemacht als bei der nicht-digitalen Form. Originaldokumente sind die digitalen Akten. Ausdrücke davon gelten nur mehr als Kopien (vgl. Besenmatter 2009).

Österreich ist im Bereich E-Government mit der Plattform help.gv.at bereits relativ weit fortgeschritten was elektronische Abwicklungen im Verwaltungsbereich angeht. 2006 wurde Österreich zum Europameister im Bereich E-Government gekürt. Im Auftrag der Europäischen Kommission nimmt eine IT-Beratungsfirma regelmäßig die Online-Angebote europäischer Staaten unter die Lupe. Österreich zeichnete sich dadurch aus, dass ein Großteil der Services vollständig elektronisch abgewickelt werden konnten (vgl. derstandard.at 2008). Bis zum Jahr 2010 konnte Österreich den Titel „E-Government Europameister“ halten und das Angebot an verfügbaren Online-Services ausbauen (vgl. Viola 2011; digitales.oesterreich.gv.at 2007; at.capgemini.com 2011).

3.2 Open Government

Im Allgemeinen kann Open Government als Öffnung von Staat und Verwaltung mit dem Ziel der erhöhten Transparenz und BürgerInnenbeteiligung verstanden werden (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 33). Es geht darum, Zugänge zu Politik und Verwaltung für BürgerInnen schneller und einfacher zu gestalten, sowie tatsächliche Angebote zu Mitgestaltung der Politik zu eröffnen. Open Government basiert demnach nicht per se auf dem Einsatz von Online-Medien und deren Möglichkeiten. Es geht viel mehr um ein neues Verständnis, eine neue Strategie und Ideologie im Bezug auf demokratisches Verständnis von Politik und Regieren. Online-Medien und allgemein „das Internet“ (im Speziellen das Web 2.0 durch seine vielschichtigen Nutzungsmöglichkeiten) bieten einen guten Rahmen für die Öffnung der Politik und bietet Raum zur Mitgestaltung. Auch im Bezug auf Open Government können drei Ebenen bzw. Zielsetzungen unterschieden werden (vgl. Lathrop/Ruma 2010):

- **Transparenz** (im Bezug auf Informationen an die Bevölkerung seitens der Politik und Verwaltung)
- **Partizipation** (z.B. Agenda-Setting)
- **Zusammenarbeit** (gemeinsames Erarbeiten von Positionen und Inhalten mit der Bevölkerung)

Im Zusammenhang mit Open Government wird auch der Begriff der „Offenen Staatskunst“ (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010) geprägt. Dieser sieht die Bereiche der Transparenz und Partizipation als Instrumente, die sowohl von der Verwaltung als auch von Regierungen eingesetzt werden sollen, um politische Handlungen zu implementieren, zu entwerfen und zu legitimieren (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010 14-17).

Zur „Offenen Staatskunst“ zählt auch die Möglichkeit zur sogenannten E-Participation, also der digitalen bzw. Online-Partizipation. Gemeint sind damit zum Beispiel Online- oder digitale Abstimmungen oder Plattformen, auf denen BürgerInnen online ihre Ideen einbringen können (z.B. Konsultationsplattformen) oder sogenannte E-Petitionen. (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 18).

In „Offene Staatskunst. Bessere Politik durch Open Government“ (2010) beschreibt die Internet & Gesellschaft Co:laboratory die „Offene Staatskunst“ anhand eines Policy-Cycles, der den Ablauf von Politiken in verschiedenen Phasen beschreibt. Diese werden unterschieden in (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 18-20):

Die Phase der Initiierung: Hier geht es um Anregung über Sachverhalte, die behandelt werden sollen. Chancen für Partizipation von BürgerInnen sieht die Internet & Gesellschaft Co:laboratory (2010) in der Verwendung von bestehenden Online-Plattformen wie beispielsweise Blogs, sozialen Netzwerke etc. oder aber der Erstellung von eigenen Plattformen, um BürgerInnen zur Beteiligung am Agenda-Setting einzuladen. Als Beispiel für E-Partizipation in der Phase der Policy-Initiierung kann an dieser Stelle das deutsche Bundesumweltministerium mit seiner Plattform mitreden-u.de genannte werden. Hier werden BürgerInnen eingeladen, ihre Ideen zum Umweltschutz und Energiemanagement einzubringen (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 18).

Die Phase der Formulierung: In der Formulierungsphase geht es darum, konkrete Lösungsansätze für Themen und Problemstellungen zu erarbeiten. Auch in diesem Bereich sieht die „Offene Staatskunst“ vor, BürgerInnen zum gemeinsamen Arbeiten einzuladen und sie nicht nur um Ideen, welche Themen angegangen werden sollen, zu bitten, sondern, konkrete Lösungsvorschläge aus den Reihen der BürgerInnen in die

politische Arbeit einfließen zu lassen. Als Beispiel kann hier die Plattform für E-Petitionen des deutschen Bundestages genannt werden, die es BürgerInnen ermöglicht, Forderungen in verschiedenen Bereichen an die Politik zu stellen. Dieses Online-Petitionssystem macht es möglich, eingestellte Petitionen nicht nur mitzuzeichnen, sondern diese auch zu diskutieren. Sobald eine Petition die nötige Anzahl an Mitzeichnungen erreicht hat, muss sie vom Petitionsausschuss des Bundestages behandelt werden (vgl. Lokaiczny/Klug/Meyer/Steinmetz 2010, 41; Internet & Gesellschaft Co:llaboratory 2010, 20).

Phase der Implementierung: In dieser Phase geht es darum, durch Öffnung die Verwaltung zu entlasten und Möglichkeiten zu bieten, auch externe ExpertInnen in die Umsetzungen von Maßnahmen der Verwaltung einzubinden. Hier ist es wichtig die Bereiche Partizipation und Zusammenarbeit zu trennen bzw. nicht gleichzusetzen. Mit Zusammenarbeit ist die tatsächliche Produktion von Inhalten durch andere Stellen als die Regierung/Verwaltung gemeint. Partizipation meint hier die Beteiligung an so einer Produktion, nicht aber die tatsächliche Auslagerung der Inhaltserstellung. Wenn eine gelungene Partizipation in der Folge auch zu einer weiterführenden Zusammenarbeit führt, wäre dies eine Weiterentwicklung im Sinne von Open Government.

Phase der Evaluation: Die Evaluationsphase sieht die Überprüfung der Implementierung in Anbetracht der in der Phase der Initiierung gestellten Anforderungen vor. Es soll also evaluiert werden, ob auch tatsächlich jene Anliegen umgesetzt wurden, die den BürgerInnen wichtig waren. Ein Mittel zu so einer Evaluierung ist zum Beispiel durch den offenen Zugang zu Regierung- und Verwaltungsdaten, also Open (Government) Data, gegeben.

Open Government, oder die „Offene Staatskunst“ (diese Begriffe können hier gleichgesetzt werden) bilden somit einen Überbegriff für Strategien und konkrete

Maßnahmen, die ein Staat bzw. eine Regierung umsetzt, um sich gegenüber der Bevölkerung zu öffnen. In diesem Zusammenhang sind Begriffe wie E-Participation, oder E-Democracy als Open Government-Anwendungen zu verstehen. Sie sind die in die Praxis umgesetzte Idee des „Offenen Staates“.

E-Participation

Unter E-Participation werden im Groben elektronische/digitale Partizipationsmöglichkeiten bzw. Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen für BürgerInnen verstanden. Diese können von Online-Konsultationsplattformen über die Möglichkeit für digitale Petitionen reichen (vgl. Lokaiczny/Klug/Meyer/Steinmetz 2010, 6 und Internet & Gesellschaft Co:llaboratory 2010). Ein weiteres Beispiel für E-Participation ist E-Voting, also die elektronische Stimmabgabe z.B. bei Wahlen.

E-Democracy

E-Deomcracy bildet einen Überbegriff für digitale Elemente einer Demokratie. Diese können über die Bereiche der Informationen bis hin zu konkreten Partizipationsmöglichkeiten reichen. Die zuvor erwähnte E-Participation ist demnach der E-Democracy untergeordnet (vgl. e-demokratie.org).

Auf e-demokratie.org werden die Begriffe E-Democracy und E-Participation dem Bereich des E-Government zu- bzw. untergeordnet. In der in dieser Arbeit genannten Definition, umfasst der Bereich des E-Government aber ausschließlich die Ebene der Verwaltung. Aus diesem Grund werden hier E-Democracy und E-Participation zu Open Government gezählt, da sie einen faktischen Anwendungsbereich der theoretischen Idee des „Offenen Staates“ darstellen. Auch David Röhler (2010) setzt in „Government 2.0. Chancen und Herausforderungen“ die Begriffe anders ein. Er schreibt, dass E-Democracy und E-Participation synonym mit Government 2.0 verwendet werden. (vgl. Röhler, 2010). Wie Government 2.0 in dieser Arbeit zu

verstehen ist, wird in Abschnitt 3.4 „Zusammenspiel von E-Government, Open Government und Open Government Data“ erklärt.

3.3 Open Government Data

Open Data bedeutet die Öffnung des Zugangs zu Daten für die Allgemeinheit. Mit Open Government Data ist die Öffnung von nicht personenbezogenen Daten aus der öffentlichen Verwaltung oder anderen staatlichen Stellen (z.B. Archiven), oder die Öffnung von erhobenen Daten aus den Bereichen der öffentlich finanzierten Forschung und Wissenschaft gemeint. Die dem zugrunde liegende Idee besagt, dass die Erhebung dieser Daten mit Steuergeldern, also von der Öffentlichkeit, finanziert wurde, demnach auch jeder Bürger In Anrecht auf Zugang zu diesen Daten haben sollte. Gemeint sind hier „Rohdaten“, also nicht veränderte oder ausgewertete bzw. interpretierte Daten. Das Ziel von Open Government Data soll das Vorantreiben der Forschung sein. Jeder sollte Zugang zu erhobenen Daten haben und damit selbst die Möglichkeiten diese Daten zu interpretieren, zu verknüpfen und neue Forschungsergebnisse oder Anwendungen zu erstellen (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 51; Röhler 2010).

Das deutsche Open Data Network (opendata-network.org 2010) identifiziert acht Prinzipien für offene Regierungsdaten. Die acht Prinzipien sind (vgl. opendata-network.org 2010):

- **Vollständigkeit**

Hiermit ist gemeint, dass alle öffentlichen Daten, sofern sie nicht berechtigten Sicherheits-, Datenschutz- oder Zugangbeschränkungen unterliegen, verfügbar gemacht werden sollen.

- **Primärquelle**

Daten sollen an ihren Ursprungsorten gesammelt werden und nicht in

modifizierter Form dargestellt werden.

- **Zeitnah**
Daten sollen so bald als möglich nach deren Erhebung verfügbar gemacht werden.
- **Zugänglich**
Daten sollen so vielen NutzerInnen wie möglich für unterschiedliche Verwendungszwecke zugänglich sein.
- **Maschinenlesbar**
Maschinenlesbarkeit ermöglicht die automatisierte Weiterverarbeitung der Daten.
- **Nicht diskriminierend**
Daten sollen ohne Registrierung verfügbar sein.
- **Nicht proprietär**
Daten sollen in Formaten bereit gestellt werden, die standardisiert sind und über die keine juristische Person die alleinige Kontrolle hat.
- **Lizenzfrei**
Diesem Prinzip folgend sollen die zur Verfügung gestellten Daten keinem Urheberrecht oder Patent unterliegen.

Die US-amerikanische Sunlight Foundation definiert sogar zehn Prinzipien für die Öffnung von Regierungsdaten. In den Prinzipien der Sunlight Foundation finden sich zusätzlich zu den oben genannt acht Prämissen, die Bereich der Dauerhaftigkeit („Permanence“) und der Nutzungskosten („Usage Costs“). Diese Prinzipien besagen, dass Daten langfristig/dauerhaft zur Verfügung stehen müssen und kostenfrei nutzbar sein sollen. Als Argument wird hier angeführt, dass BürgerInnen ohnehin bereits durch Steuern für diese Daten bezahlt haben (vgl. sunlightfoundation.com 2010).

Als Beispiele für Bereiche von Daten, die offen zugänglich gemacht werden sollen,

nennt Internet & Gesellschaft Co:llaboratory (2010, 52-53): Daten aus dem Umweltbereich (z.B. Feinstaubbelastung), Daten aus dem Bereich Wohnen (z.B. Grundstückspreise), Daten aus dem Bereich der Infrastruktur (z.B. Toiletten, Radwege, Bankomaten), Verkehrsdaten (Baustellen, Verspätungen aus dem Nahverkehr), Daten aus dem Gesundheitsbereich (Krankenhäuser, Apotheken), etc..

Sind diese Daten also zugänglich, so können sie von der Forschung, der Wirtschaft oder Individuen genützt werden. Beispiele sind neben der Verarbeitung der Daten in wissenschaftlichen Arbeiten (z.B. Analyse darüber, wie die Verteilung von Apotheken nach Wohngebieten ist und ob gewisse Gebiete eventuell benachteiligt sind) auch beispielsweise Anwendungen (Applikationen, Applications, Apps) z.B. für mobile Endgeräte. Mit sogenannten Smartphones können NutzerInnen jederzeit von unterwegs auf das Internet zugreifen. Applikationen, oder kurz Apps, erlauben es dann dem Nutzer / der Nutzerin, bestimmte Services direkt über sein/ihr Handy zu nutzen. Beispiele sind hier Applikationen im Bereich des elektronischen Abwickelns von Bankgeschäften (NutzerInnen können von ihrem Handy aus, mittels einer App, ihren Kontostand erfragen und Überweisungen tätigen) oder Applikationen von Tageszeitungen, mit denen Smartphone-BesitzerInnen von ihrem Handy aus die aktuellen (und auch vergangene) Ausgaben von Tageszeitungen lesen können.

Durch die Öffnung des Zugangs zu Daten ist es somit für jeden und jede, der/die über die nötigen Kenntnisse verfügt, möglich, Applikationen aus diesen Daten zu Basteln. Eine Idee hierfür wäre zum Beispiel die Gestaltung einer Landkarte, in der alle öffentlichen Trinkbrunnen verzeichnet sind. Ein konkretes Beispiel, das an dieser Stelle genannt werden kann, ist eine Applikation, die öffentliche Toiletten in der Nähe des aktuellen Standortes anzeigt: die „Toilet Map Vienna“. Diese App wurde 2011 sehr bald nach Veröffentlichung des Open Data Kataloges der Stadt Wien (data.wien.gv.at) erstellt. Im Datenkatalog der Stadt Wien waren die Geokoordinaten der öffentlichen WC-Anlagen angegeben und konnten so vom Netzwerk Open3 in eine mobile

Anwendung eingebunden werden (vgl. Harm 2011).

Durch die Verfügbarkeit von öffentlichen Daten nutzt eine Regierung, in Anlehnung an die Prinzipien des Web 2.0, die kollektive Intelligenz ihrer BürgerInnen. Denn die Interpretation und Verknüpfung der Daten und somit potenziell neue Erkenntnisse und Innovationen, werden nicht mehr nur für einige wenige ExpertInnen möglich, sondern einer breiten Gruppe an Menschen zugänglich gemacht.

3.4 Zusammenspiel von E-Government, Open Government und Open Government Data

Die Begriffe E-Government, Open Government und Open Government Data sind eng miteinander verknüpft und bauen auf einander auf. Das Ergebnis dieses Zusammenspiels ist dann Government 2.0. Wenn mit Web 2.0 die neue Generation oder Version des Internets beschrieben wird, so beschreibt Government 2.0 die neue Generation beziehungsweise Version von Regierung respektive des Regierens, basierend auf E-Government, Open Government und Open Government Data.

E-Government stellt in dieser Theorie den Unterbau von Government 2.0 dar. Ohne Digitalisierung und Öffnung in der Verwaltung ist es fast unmöglich, Digitalisierung und Öffnung auf anderen politischen Ebenen umzusetzen, da die Verwaltung meist direkt oder indirekt an Politikprozessen beteiligt ist.

Open Government kann in diesem Zusammenspiel als Strategie bzw. Ideologie verstanden werden. Ohne dem Selbstverständnis von Open Government, also der Öffnung politischer Tätigkeiten unter den Aspekten Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit, können keine Maßnahmen umgesetzt werden, die Government 2.0 entsprechen. Konkrete Maßnahmen werden, wie weiter oben erwähnt, als sogenannte Open Government-Anwendungen (z.B. Online-Konsultationen oder E-Petitionen)

bezeichnet.

Die Rolle von Open Government Data in diesem Zusammenspiel ist einerseits ein Schritt in Richtung mehr Transparenz, andererseits bereits eine konkrete Anwendung des Prinzips bzw. der Ideologie von Open Government, demzufolge Daten, die im öffentlichen Interesse (z.B. von einer Regierung) erhoben worden sind, auch öffentlich zugänglich, verfügbar und verwendbar sein sollen. Der offene Zugang zu Daten ermöglicht außerstaatliche Innovationen und bietet eine Möglichkeit für BürgerInnen an der Erforschung und Entwicklung von Theorien über eine Gesellschaft zu partizipieren.

Die folgende Abbildung zeigt das Zusammenspiel von E-Government als Basis oder Unterbau, Open Government (-Anwendungen) und Open (Government) Data als tragende Elemente des Überbaus bzw. des „Daches“ Government 2.0:

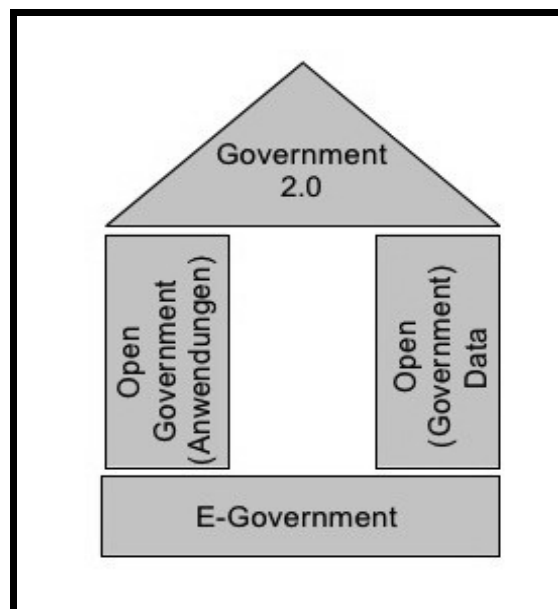


Abbildung 1: Zusammenspiel Open Government,
Open Government Data, E-Government
(eigene Darstellung)

Government 2.0 bedeutet in diesem Zusammenhang also nicht nur den Einsatz von Web 2.0 Tools seitens Regierungen (wie beispielsweise eine Facebook-Seite für ein Ministerium oder ein Weblog einer Politikerin), sondern geht noch weiter und bedeutet eine Öffnung von zuvor geschlossenen Prozessen und ein Umdenken von Regeln die Innovation zuvor möglicherweise gehemmt haben (vgl. Götze/Bering Pedersen, 16-17). Diese neue Generation von Regierung setzt in allen Bereichen auf Öffnung und bietet Partizipationsmöglichkeiten für BürgerInnen.

Wenn das Web 2.0 als „Mitmach-Web“ bezeichnet wird (vgl. Stanoevska-Slabeva 2008), kann Government 2.0 als „Mitmach-Regierung“ verstanden werden. Government 2.0 ist somit auch eine neue Art und Weise, Demokratie zu denken. Diese neue Denkweise und der Paradigmenwechsel von geheim (also der Sichtweise, dass alles, was nicht ausdrücklich als öffentlich gekennzeichnet ist, geheim ist) zu öffentlich und somit offen (also der Sichtweise, dass alles was nicht ausdrücklich als geheim gekennzeichnet ist, offen und öffentlich ist), betrifft alle Ebenen (regierungs-)politischen Handelns (vgl. Internet & Gesellschaft Co:llaboratory 2010, 54-55). Welche demokratietheoretischen Erfordernisse beziehungsweise Ansätze und Denkweisen hinter Government 2.0 stehen, erläutert der nächste Abschnitt.

4 INTERNET UND DEMOKRATIE: DIE DIGITALE DEMOKRATIE

Welche demokratischen Potenziale im Internet bzw. dessen Einsatz für die Politik liegen, soll dieses Kapitel erörtern. Es geht darum, anhand von verschiedenen Demokratietheorien aufzuzeigen, wo das Internet zum Einsatz kommen kann und welche Möglichkeiten und Veränderungen von demokratischem Handeln in Bezug auf politische Kommunikation, Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit sich daraus ergeben.

Hierzu wird das Konzept der digitalen Demokratie herangezogen. Beim Konzept der Digitalen Demokratie geht es in erster Linie darum, die moderne repräsentative Demokratie um die Ebene von internetbasierten Strukturen und Prozessen zu erweitern. Digitale Demokratie ist somit als ein Überbegriff für internetbasierte Konzepte und deren Potenziale für demokratische Prozesse zu verstehen. Es geht bei digitaler Demokratie nicht darum, bestehende Politik-Praktiken zu ersetzen, sondern sie durch den Einsatz von netzbasierten Kommunikationsmitteln und Anwendungen zu erweitern und zu verbessern (vgl. Meißelbach 2009, 75-76).

Neben der Ergänzung der „realen“ Demokratie um digitale Elemente, geht es aber auch um eine Transformation eben dieser. Die virtuelle Welt wird immer mehr realer Bestandteil menschlichen Lebens und Handelns (vgl. Meyer 2009, 24). Daher ist es wichtig, die Ebene der „Parallelgesellschaft“ (Zeger 2009) im Web bzw. die „virtuelle Gesellschaft“ (Meyer 2009, 24) mit der realpolitischen Ebene zu verbinden und das Virtuelle zum Realen zu machen (vgl. Meyer 2009:23-29). Jene Regeln und Ideen, die in der virtuellen Welt gelten und jene Prämissen, die dort gelebt werden, müssen auf dem Weg zu Government 2.0, auch in der realen Welt Einklang finden. Offenheit, die Nutzung der kollektiven Intelligenz und die Möglichkeit für alle, sich am Diskurs zu

beteiligen, dürfen nicht nur Teil der Parallelgesellschaft im Netz bleiben, sondern müssen auch in der Offline-Kommunikation berücksichtigt werden.

Um die Potenziale der digitalen Demokratie herauszuarbeiten, ist es wichtig, verschiedene demokratische Konzepte zu beleuchten und ausgehend von dieser Analyse Ableitungen für die digitale Demokratie zu treffen. Denn unterschiedliche Theorien von Demokratie bringen auch unterschiedliche Anknüpfungspunkte und Einsatzmöglichkeiten für die digitale Demokratie mit sich (vgl. Meißelbach 2009). Im Folgenden werden Potenziale des Internets anhand von drei Demokratietheorien beleuchtet: der kompetitiven Demokratietheorie, der partizipatorischen Demokratietheorie und der Theorie der deliberativen Demokratie.

4.1 Die kompetitive Demokratietheorie

Die kompetitive Demokratietheorie sieht moderne repräsentative Demokratien als Wettbewerb zwischen rationaler politischer Eliten, um die Zuteilung von Macht durch das Volk. KandidatInnen und Parteien werben mit Angeboten (Problemlösungen) um die Stimmen der KonsumentInnen der Politik, also des stimmberechtigten Wahlvolkes. Unter diesem Aspekt betrachtet ist die eigentliche Aufgabe der BürgerInnen mit Abgabe ihrer Stimme bei Wahlen getan. Am restlichen, oder der Wahl nachfolgenden Politikprozess ist dieser Theorie zufolge der Bürger / die Bürgerin nicht mehr beteiligt. Der Wille der Mehrheit bestimmt die politische Repräsentation und somit Führung, welche die politischen Entscheidungen zu treffen hat (vgl. Meißelbach 2009, 78).

AkteurInnen in diesem Modell sind die konkurrierenden politischen Eliten (Parteien und deren VertreterInnen). Daher dreht sich die Kommunikation der konkurrierenden Parteien um dem Wahlkampf. Hierbei verfolgen die KonkurrentInnen das Ziel, das demokratische Element, nämlich den Akt der Wahl, bzw. die Wahlentscheidung der (stimmberechtigten) BürgerInnen, zu beeinflussen (vgl. Meißelbach 2009, 79).

Das Internet bietet hierbei viele Potenziale, diesen Kommunikationsfluss umzusetzen. Durch Websites der wahlwerbenden Parteien können deren Inhalte und Konzepte im Zuge einer Massenkommunikation an die Bevölkerung gebracht werden (vgl. Meißelbach 2009). Wahlwerbende Parteien und KandidatInnen sind demnach nicht mehr nur auf klassische Medien und deren Berichterstattung (bzw. den Kauf von Inseraten in Tageszeitungen oder Magazinen) angewiesen, sondern können mithilfe des Internets Informationen selbst verbreiten und zur Verfügung stellen. Neben Webseiten stellt auch die Möglichkeit der Kommunikation via E-Mail ein großes Potenzial des Internets dar. Informationen können so theoretisch auch zielgruppengerecht kommuniziert werden, indem man beispielsweise spezielle Online-Newsletter für einzelne Gruppen (z.B. für StudentInnen, PensionistInnen, etc.) verschickt. Voraussetzung dafür ist aber das Vorhandensein der Daten über die Wählerinnenschaft, also deren E-Mail-Adressen und Informationen über Alter, Berufsgruppe etc..

Voraussetzung für die Konsumation dieser Inhalte ist aber auch die Bereitschaft der Bevölkerung auf diese Angebote zurückzugreifen. Denn wer kein Interesse an den Positionen der einzelnen Parteien hat, wird sich auch nicht im Internet auf die Suche nach den Webauftritten der Parteien machen. Wer sich aber in die Newsletter-Listen der Parteien eingetragen hat, oder die Kommunikation der KandidatInnen via Social Media verfolgt (z.B. über den Blog eines Politikers / einer Politikerin, die Facebook Page einer Partei etc.) hat die Möglichkeit, relativ zeitnah, ortsunabhängig und kostengünstig Informationen über die Wahlwerbenden Parteien zu beziehen (vgl. Meißelbach 2009 79-80). Diese Variante der kostengünstigen und Standort-unabhängigen Informationsbeschaffung kann zudem aber durchaus auch Anreiz für BürgerInnen sein, die Informationen über klassische (Offline-) Medien nicht, oder nur in geringerem Maße beziehen würden, sich auf diesem Wege (online) zu informieren.

Weitere AkteurInnen sind neben den Parteien und WählerInnen auch jene Instanzen, die in späterer Folge mit der politischen Führung beauftragt sind, nämlich die Verwaltung und die Regierung. Auch für diese bietet das Internet eine gute Möglichkeit Informationen für die BürgerInnen leicht zugänglich zu machen (vgl. Meißelbach 2009). Anstatt Informationen nur in analoger Form am Amt zu verwahren, können Informationen von öffentlichem Interesse online zur Verfügung gestellt werden (E-Government). Dies führt einerseits zu erhöhter Transparenz und erlaubt es andererseits BürgerInnen Entscheidungen unter Einbeziehung mehrerer Informationen (z.B. darüber in welche Schule ein Kind gehen soll) zu treffen (vgl. Eggers 2005, 16). Die Bewertung der seitens einer Regierung angebotenen Informationen durch die BürgerInnen kann in weiterer Folge wiederum auch zur rationalen Wahlentscheidung (nach Downs 1968) bei der nächsten Wahl beitragen. Anhand der Bewertung der zur Verfügung gestellten Informationen und der Transparenz kann die Entscheidung getroffen werden, diese Regierung wieder zu wählen (wenn die Informationen für den Bürger / die Bürgerin gut und brauchbar sind) oder sich für die Opposition zu entscheiden (wenn die Informationen nicht brauchbar sind) bzw. erst gar nicht zur Wahl zu gehen (vgl. Fuchs 2011, 14).

Auch der politische Prozess kann durch Digitalisierung effizienter gestaltet werden. Einerseits können interne Kommunikationsflüsse erheblich erleichtert werden (z.B. über Intranets, oder auch E-Government bzw. elektronische Akte), andererseits können potenziell auch BürgerInnen effizienter verwaltet werden. Aus der Perspektive der kompetitiven Demokratietheorie wäre nämlich auch die digitale Abwicklung der Stimmabgabe bei Wahlen (E-Voting) eine Effizienzsteigerung. Dadurch könnten beispielsweise Personal- und Infrastrukturstellen (z.B. bei der Auszählung der Stimmen) eingespart werden. Auch auf die Entscheidung der BürgerInnen, überhaupt an einer Wahl teilzunehmen, könnte theoretisch durch die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe beeinflusst werden, da der relativ geringe Aufwand (BürgerIn muss nicht ins Wahllokal gehen) die rationale Entscheidung zur Wahl zu

gehen positiv beeinflussen könnte (vgl. Meißelbach 2009, 81).

Zusammenfassend gesagt, liegen die Potenziale der digitalen Demokratie für die kompetitive Demokratie vor allem im Bereich der Übermittlung und Bereitstellung von Informationen. Es geht weniger darum, interaktiv zu sein und sich mit den BürgerInnen auszutauschen. Den Kernnutzen des Internets bildet hier die Möglichkeit, schnell und relativ kostengünstig eigene Informationen an potenziell sehr viele Menschen zu vermitteln (vgl. Meißelbach 2009, 82).

4.2 Partizipatorische Demokratietheorie

Die partizipatorische Demokratietheorie bringt im Vergleich zur kompetitiven Demokratietheorie einen wesentlichen Punkt zusätzlich ein, nämlich wie der Theorienname schon sagt, die Partizipation, also Teilhabe und Miteentscheidung seitens der Bevölkerung. Meißelbach (2009, 87) beschreibt partizipatorische Demokratie nicht nur als Regierungs- sondern auch als „(...) eine 'Lebensform' (Barber, 1999, S. 99), in der Bürger als Mitglieder des Gemeinwesens eine zentrale Rolle spielen“. Daher ist es auch zentraler Fokus der partizipatorischen Demokratie, möglichst viele Anknüpfungspunkte für die Beteiligung der BürgerInnen zu schaffen. Die „erzieherische Wirkung“ (Meißelbach 2009, 87; vgl. Röthler 2010, 11) dieser Form der demokratischen Partizipationselemente soll dazu führen, BürgerInnen zu verantwortlichen StaatsbürgerInnen auszubilden (vgl. Röthler 2010, 11; Meißelbach 2009, 86-87).

Die politische Repräsentationsfunktion wird im Modell der partizipatorischen Demokratie keineswegs abgelehnt, Meißelbach formt den Begriff der Repräsentation viel eher zu „Delegation“ um (Meißelbach 2009, 87 nach Zittel 2003, 264ff). Demnach ist Legitimation nicht mit dem Wahlakt als abgeschlossen zu betrachten, sondern es geht viel mehr um Weisungsgebundenheit der Abgeordneten gegenüber den

WählerInnen und deren Willen. Auch, oder eher vor allem, nach der Wahl (die Wahl an sich stellt den Ausgangspunkt dieses Verhältnisses und nicht dessen Ende dar). Die Ebene der Kommunikation wird also neben der Information auch um die Interaktion erweitert. Es sollen demnach Möglichkeiten geschaffen werden, BürgerInnen nicht mehr nur zu informieren, sondern mit ihnen zu interagieren, um die Wünsche der Bevölkerung in die Arbeit der Politik einfließen zu lassen (vgl. Meißelbach 2009, 86-87).

Das Internet bietet eine Vielzahl an Instrumenten um mit BürgerInnen in Interaktion zu treten. Sei es die Möglichkeit eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten per E-Mail kontaktieren zu können, die Kommentarfunktion im Blog eines Politikers / einer Politikerin zu nutzen und dadurch Stellung zu seinen/ihren Vorhaben beziehen zu können, oder aber die Möglichkeit über die Facebook Page eines Politikers oder einer Politikerin mit ihm oder ihr zu diskutieren. Durch die oben erwähnten (oder auch in Kapitel zu Web 2.0 beschriebenen) Angebote im Web, können BürgerInnen aber nicht nur mit Abgeordneten oder PolitikerInnen im Allgemeinen in Interaktion treten. Die Möglichkeiten des Internets und allem voran die des Web 2.0 bieten auch vielzählige Anknüpfungspunkte für Interaktionen und Diskussionen zwischen den BürgerInnen selbst. Diese Diskussionen können von der Politik angestoßen werden (zum Beispiel über eigene Diskussionsplattformen zu bestimmten politischen Themen auf den Webauftritten von Parteien oder der Regierung), können von der Politik mitgestaltet werden (indem sich PolitikerInnen zum Beispiel an Diskussionen in Blogs, sozialen Netzwerken etc. beteiligen) oder aber auch lediglich beobachtet werden. Dadurch bietet das Internet mannigfaltige Möglichkeiten den Auftrag nach Miteinbeziehung der Wünsche und Anliegen der Bevölkerung bei der Politikgestaltung zu verwirklichen.

Ein wichtiger Bestandteil der partizipatorischen Demokratietheorie sind direktdemokratische Elemente. Moderne Demokratie soll zu einem „*Regieren (..) von und durch die Menschen*“ (Barber 1995, 921 in Meißelbach 2009, 88) werden, wobei

StaatsbürgerInnen Entscheidungsmacht über politische Fragen übergeben wird (vgl. Meißelbach 2009, 88). Auch hier bringt die digitale Demokratie viele Möglichkeiten, direktdemokratische Elemente umzusetzen. Sei es beispielsweise über online-Konsultationsverfahren, bei denen Ideen aus der Bevölkerung eingeholt werden, oder auch Online-Petitionsverfahren (wie beispielsweise die E-Petitionen des deutschen Bundestages; siehe Abschnitt 5 zu Best Practice in Deutschland). Selbstverständlich kann eingewendet werden, dass BürgerInnen mit diesen Partizipationsmechanismen überfordert sein könnten, aber genau hierin liegt auch die Aufgabe der Politik. Nämlich durch die Schaffung von (neuen) Interaktionsformen, den/die verantwortlich partizipierenden BürgerIn überhaupt erst hervorzubringen (vgl. Buchstein/Pohl, 2005, 286). Denn durch die Schaffung von digitalen Partizipationsmöglichkeiten kann durchaus auch der Anreiz zur Partizipation an sich geschaffen werden. Ähnlich wie es am Beispiel der kompetitiven Demokratietheorie mit der Informationsbeschaffung der Fall war, kann auch in diesem Fall die Gelegenheit der zeitlich, örtlich und räumlich barrierefreien Mitgestaltung ein Grund sein, überhaupt zu partizipieren.

4.3 Deliberative Demokratietheorie

Die deliberative Demokratietheorie betont ebenfalls die aktive Mitwirkung der Bevölkerung und erweitert die Theorie der partizipatorischen Demokratie um einen wesentlichen Aspekt: den Diskurs. Kernthese der deliberativen Demokratie ist das Ideal der Legitimation. Dieses Ideal besagt, dass alle politischen Entscheidungen und Handlungen nur dann als legitim zu betrachten sind, wenn alle von diesen Entscheidungen Betroffenen die Möglichkeit haben, am Diskurs darüber teilzunehmen (vgl. Habermas 1992a).

Diskurse werden in diesem Sinne als Diskussionen und Beratungen verstanden. In diese Beratungen werden Informationen eingebracht, die in weiterer Folge geprüft und bewertet werden. Diese Diskurse sollen dem Ideal folgend möglichst öffentlich sein,

damit niemand, der von Beschlüssen potenziell betroffen ist, ausgeschlossen werden kann. Zudem ist es wichtig, dass diese Diskurse in möglichst herrschaftsfreien Räumen stattfinden. Kein Teilnehmer und keine Teilnehmerin darf Zwängen oder Diskriminierungen ausgesetzt werden, die ihn oder sie daran hindern, sich einzubringen (vgl. Habermas 1992b). Es geht also, mehr als bei der partizipatorischen Demokratie, um Mitgestaltung der Politik durch die Zivilgesellschaft (NGOs, Verbände, etc.) und die Bevölkerung, also um Zusammenarbeit. Ebenso geht es darum, Entscheidungen zu treffen, die dem Wohl der Gemeinschaft dienen. Individuelle Interessen sollen dabei nicht über Bord geworfen werden, sondern vielmehr „*gemeinwohlorientiert*“ (Meyer 2009, 78) transformiert werden (vgl. Meyer 2009, 77-79).

Angelehnt an das Prinzip der kollektiven Intelligenz im Internet (vgl. Kapitel zu Web 2.0), ist es eben diese kollektive Intelligenz, oder die „*civic intelligence*“ (Schuller 2011, 17) der Bevölkerung, die Entscheidungen innerhalb einer Gesellschaft legitim oder „gut“ macht. Denn je mehr Menschen sich am Diskurs beteiligen, desto legitimer (oder eben gesamtgesellschaftlich „besser“) werden diese Entscheidungen dann auch sein.

Auch im Bezug auf Deliberation bieten sich viele digitale Demokratieelemente zur Gestaltung politischer Diskurse an. Zum einen können diverse Online Medien genutzt werden, um mit der Politik und/oder der Bevölkerung in Diskurs zu treten. Sei es beispielsweise über einen persönlichen Blog in dem ein Bürger / eine Bürgerin oder ein Verein die eigene politische Haltung zum Ausdruck bringt. Unter diesem Aspekt kann nämlich das gesamte Internet, allem voran das Web 2.0 mit seinen Angeboten, als Raum für politischen Diskurs gesehen werden. Diskurse finden dann dezentral und auch zeitlich unabhängig voneinander statt. Zum anderen kann freilich auch eine Plattform zur Diskussion über politische Themen, die von einer Partei oder Regierung zur Verfügung gestellt wird, Raum für diese Diskurse sein.

Gerade was den Anspruch eines herrschaftsfreien Raumes für einen Diskurs betrifft, kann das Web diesen Anspruch im weitesten Sinne erfüllen. Denn im Grunde ist jedeR einzelne dazu berechtigt und befähigt seinen/ihren Beitrag zu einem politischen Diskurs einzubringen. Sei es über das Versenden einer Nachricht im Netzwerk Twitter, das Hochladen eines Videos mit einem Statement auf die Video-Plattform YouTube oder das Verfassen eines Beitrages auf einem (eigenen) Blog (siehe Abschnitt 2). Abseits von den „üblichen Verdächtigen“ (Wirtschaft, Sozialpartner, etc.) haben so auch individuelle BürgerInnen die Gelegenheit, Themen aufs Tableau zu bringen (vgl. Schuler 2011). Einzige Voraussetzung für die Teilhabe am Diskurs ist in diesem Fall ein Zugang zum Internet.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist es zentral, dass bei der Nutzung von Online-Medien oder Anwendungen durch die Politik die Möglichkeit zur Diskussion nicht unterbunden wird. Hat ein Politiker / eine Politikerin eine Facebook-Seite, verbietet es den UserInnen aber Kommentare dort zu hinterlassen oder Fragen zu stellen, so entspricht das einem Verstoß gegen das Prinzip der Deliberation und dem Ausschluss bestimmter Gruppen vom Diskurs.

Ebenso wie bei den Beschreibungen zur kompetitiven und zur partizipatorischen Demokratietheorie kann auch bei der deliberativen Demokratietheorie das Angebot selbst die Nutzung beeinflussen und BürgerInnen zum Mitgestalten animieren.

Wie in Abschnitt 2 bei Web 2.0 beschrieben: Erst die Nutzungsmöglichkeiten machen den Wandel. Ähnlich verhält es sich hier: Wer noch nie eingeladen wurde, politische Agenden mitzubestimmen, wer noch nie gefragt wurde, was ihm/ihr eigentlich wichtig ist und ob er/sie eine bestimmte Entscheidung für gut befindet, kann demnach nicht wissen, ob er/sie mitgestalten will. Wer jedoch die Möglichkeit hat, an der Politik mitzuwirken und die Ergebnisse dieses gemeinsamen Arbeitens in der täglichen Politik

(also auch außerhalb der virtuellen Welt) in tatsächlichen politischen Entscheidungen und Umsetzungen widergespiegelt sieht, kann entscheiden, ob er/sie wieder mitgestalten will oder dies nicht (mehr) tun möchte.

5 DEUTSCHLAND: INTERNETNUTZUNG UND BEST PRACTICE

Im folgenden Abschnitt sollen Beispiele deutscher Behörden und Politikinstanzen aus den Bereichen Open Government-Anwendungen, Open Government Data und E-Government gebracht werden. Zu Beginn des Kapitels wird eine Analyse der Internetnutzung, im speziellen der Nutzung von Web 2.0 Anwendungen und Social Media durchgeführt, um zu erläutern, welche Potenziale und Reichweiten sich daraus für die Anwendungen ergeben.

5.1 Die Web Realität in Deutschland

Der Anteil der InternetnutzerInnen in Deutschland ist seit dem Jahr 2001 kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2001 waren nur 37 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung online, 2011 sind es bereits rund 74% wie Abbildung 2 zeigt (de.statista.com 2011a):



Abbildung 2: Internetnutzung in Deutschland 2001 bis 2011 (de.statista.com 2011a)

Geordnet nach dem Alter ist die Internetnutzung in der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen am weitesten verbreitet. Hier nutzen 95% (de.statista.com 2011e) das Internet. Im Vergleich sind es bei den 30- bis 39-Jährigen 89% bei 50- bis 64-Jährigen 68% und bei den über 65-Jährigen nur 24%, die das Internet nutzen (de.statista.com 2011e).

Betrachtet man nun den Anteil der NutzerInnen, die auch über einen Breitband-Internetzugang verfügen, so sind es in Deutschland aktuell rund 52% der Wohnbevölkerung. Im Jahr 2005 verfügten zum Vergleich erst rund 22% der deutschen Wohnbevölkerung über einen Breitband-Internetzugang (de.statista.com 2011b). 2010 entspricht die Verbreitung von Breitband-Zugängen etwa 2/3 aller Haushalte (bitkom.org 2010). Ein Breitband-Internetzugang erlaubt es NutzerInnen größere Datenmengen in schnellerer Zeit zu Übertragen als es mit früheren Schmalbandüberträgern (z.B. ISDN- oder Telefonmodem) möglich war.

Im Breitband Atlas 2007, der im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellt wurde, wird ein Breitband-Anschluss als solcher bezeichnet, wenn er über eine Übertragungsrate von mehr als 128 KB/Sekunde verfügt. Zudem ist für einen Breitband-Zugang auch charakteristisch, dass eine Verbindung meist ohne zuvorige Einwahl möglich ist (im Vergleich zu früheren Zugängen, bei denen man sich über das Telefonnetz einwählen musste) und daher theoretisch ständig eine Internetverbindung besteht (vgl.: PLAN online GmbH 2007). Demzufolge können über 50% der Deutschen theoretisch ständig ins Internet und dort große Datenmengen übertragen.

Betrachtet man die Zusammensetzung der „OfflinerInnen“, also jener Menschen, die keinen Internetzugang haben, waren das in Deutschland im Jahr 2009 insgesamt 33% der Wohnbevölkerung. Davon waren 40% Frauen und 26% Männer (de.statista.com 2011c). Nach Berufstätigkeit betrachtet, war 2009 der größte Teil der OfflinerInnen Menschen, die nicht berufstätig waren, nämlich 65%. Die Gruppe mit dem geringsten

Anteil an OfflinerInnen waren in Ausbildung befindliche Menschen. Diese bildeten 2009 mit nur 2% der OfflinerInnen (de.statista.com 2011d) den kleinsten Wert.

Zusammenfassend kann nun gesagt werden, dass fast drei Viertel der deutschen Wohnbevölkerung das Internet nutzt. Bei den Nicht-InternetnutzerInnen gibt es einen leicht höheren Wert bei Frauen und einen relativ geringen Wert bei Menschen, die sich in Ausbildung befinden. Abgeleitet aus den oben genannten Statistiken lässt sich sagen, dass das Internet wahrscheinlich nicht das wichtigste Medium ist, um PensionistInnen, bzw. Menschen über 65 Jahren, zu erreichen. Dass das Internet ein rein jugendliches Medium ist, kann aber im Gegenzug auch nicht behauptet werden, da zwar die Gruppe der Unter 30 Jährigen fast zu 100% Internetzugang haben, aber auch die Gruppe der 30-bis 50 Jährigen zu über 50% online ist (de.statista.com 2011e).

5.1.1 Mobiles Internet

Heute ist Internetnutzung nicht mehr ausschließlich auf einen Standcomputer oder Laptop beschränkt. Viele Menschen nutzen das Internet immer mehr auch über ihr Mobiltelefon. Mit so genannten Smartphones, die eher einem kleinen Computer gleichen, lassen sich Programme (so genannte Applikationen, Applications oder Apps) auf dem Gerät installieren, die es den NutzerInnen so erlauben ihr Gerät mit vielen verschiedenen Funktionen auszurüsten (vgl. mobilfunk-talk.de). Viele dieser Apps greifen auch auf das Internet zu, weshalb die meisten Telekommunikationsanbieter auch Internetpakete für Mobiltelefone anbieten, die es NutzerInnen erlauben, auch über ihr Handy große Datenmengen zu übertragen. Vodafone Deutschland bietet zum Beispiel einen Tarif mit dem Namen „SuperFlat Internet Spezial“, mit dem NutzerInnen, im Rahmen einer so genannten Flatrate, für etwa 30 Euro pro Monat, unbegrenzt von ihrem Telefon/Smartphone auf das Internet zugreifen können (vgl. vodafone.de). Im Jahr 2011 besitzt in Deutschland etwa jeder vierte Haushalt mindestens ein Smartphone und 28% der deutschen OnlinerInnen nutzen 2011 das Internet mobil (vgl. de.statista.com 2011; socialmedia-blog.de 2011).

Durch das mobile Internet können sich NutzerInnen überall von unterwegs im Netz an Diskussionen beteiligen oder Web-Anwendungen nutzen. Sie können also sofort ihren Unmut im Netz ausdrücken, Lob abgeben oder ihre Erfahrungen schildern, beispielsweise Erfahrungen mit einem Produkt, das gerade gekauft wurde, Unmut über einen Zug der Verspätung hat, Warnungen zur Fahrscheinkontrollen oder ein Lob bzw. ein Tadel für das Service auf einer Behörde.

5.1.2 Nutzung von Web 2.0 Angeboten in Deutschland

Die ARD/ZDF-Onlinestudie aus dem Jahr 2011 erforschte die Nutzung von Web 2.0 Angeboten in Deutschland. Die Ergebnisse daraus zeigen, dass die Online-Enzyklopädie

Wikipedia das am häufigsten genutzte Web 2.0 Angebot ist. Es wird von 70% der Deutschen InternetnutzerInnen zumindest gelegentlich genutzt, täglich von 6%) (vgl. ard-zdf-onlinestudie.de 2011). Soziale Netzwerke mit privatem bzw. Freizeitcharakter, wie beispielsweise Facebook, werden von 42% der Online-Bevölkerung genutzt, dabei geben rund 23% an, soziale Netzwerke täglich zu nutzen (vgl. ard-zdf-onlinestudie.de 2011). Facebook ist das meistgenutzte Social Network in Deutschland mit knapp 18 Millionen NutzerInnen (socialmedia-blog.de 2011). Der Studie „Soziale Netzwerke“ (BITKOM 2011) zufolge, liegt die aktive Nutzung von Sozialen Netzwerken sogar bei 73% (94% bei unter 30-Jährigen InternetnutzerInnen).

Videoportale wie beispielsweise YouTube werden von 58% der UserInnen genutzt³, berufliche soziale Netzwerke von 6%, Weblogs von 7% und das Microblogging-Netzwerk Twitter wird von 3% der deutschen OnlinerInnen genutzt (ard-zdf-onlinestudie.de 2011). Einer Studie des EARSandEYES GmbH Institut für Markt- und Trendforschung zufolge gaben 29% der Befragten an, mehrmals pro Monat in Blogs zu lesen (de.statista.com 2011f), 45% stimmten der Aussage *"Wenn ich mich mit einem Thema genauer auseinandersetze, lese ich hierzu auch Informationen in Blogs"* (de.statista.com 2011h) zu und nur rund 33% der InternetnutzerInnen erachteten im Jahr 2009 Blogs als nicht glaubwürdig (vgl. de.statista.com 2011g).

38 Millionen Menschen haben 2010 online etwas gekauft, 86% der InternetnutzerInnen haben sich zuvor über eine Online-Suchmaschine zu Produkten informiert (vgl. socialmedia-blog.de 2011). Hier ist hinzuzufügen, dass etwa 25% der Suchergebnisse zu den 20 größten Marken weltweit aus User Generated Content bestehen (vgl. Scheffert 2010). Ein Viertel der Suchergebnisse sind also Erfahrungen bzw. Meinungen der NutzerInnen zu einem Produkt oder einer Marke. 59% der

³ YouTube wird nur von 19% der NutzerInnen auch aktiv (also Upload von Videos) genutzt. Der Anteil regelmäßiger passiv-NutzerInnen liegt bei 31% (de.statista.com 2011i). 73% der deutschen Jugendlichen sehen sich laut socialmedia-blog.de (2011) regelmäßig online Videos an.

deutschen InternetnutzerInnen buchen Flüge, Hotels oder Reisen im Internet, 56% nutzen das Internet sogar zur Abwicklung ihrer Bankgeschäfte mittels Online-Banking (vgl. de.statista.com 2011j).

Nutzung von Web 2.0 und Social Media durch Politik und Verwaltung in Deutschland

In dieser Arbeit geht es zwar nicht konkret um die Nutzungsintensität von Social Media durch den öffentlichen Sektor, dafür umso mehr darum, welche Chancen sich aus den neuen Nutzungsmöglichkeiten und Paradigmen im Web für die Weiterentwicklung einer demokratischen Politik ergeben. Dennoch ist es interessant, zumindest kurz aufzuzeigen, wie und ob öffentliche Institutionen soziale Medien als Kommunikationskanäle nutzen. Denn dies sei vorangestellt: Soziale Netzwerke wie Facebook eignen sich vor allem für die Kommunikation mit den BürgerInnen, wenn sie dort beispielsweise PolitikerInnen über deren Auftritte erreichen können. Ein Profil oder eine Page auf Facebook kann digitale Demokratieinstrumente, wo es um aktive Mitgestaltung oder Ideenfindung geht, nicht ersetzen, sondern höchstens zum Hinweis auf solche Mitbestimmungsplattformen benutzt werden. Sie sind demnach Erweiterungen zu bestehenden Massenkommunikationsmitteln wie TV, Print oder Radio (vgl. Mambrey/Dörr 2011).

Eine Erhebung zur Nutzung von Social Media durch den öffentlichen Sektor wie für Österreich (siehe Abschnitt 6) gibt es für Deutschland nicht, dennoch kann an dieser Stelle ein Beispiel genannt werden: In Mambrey/Dörr (2011) wird zum Beispiel Duisburg als Good Practice genannt. Denn neben einem Auftritt auf Facebook nutzt Duisburg auch aktiv die Netzwerke Twitter, YouTube und die Photo Community flickr. Es ist davon auszugehen, dass die Situation betreffend Präsenzen in sozialen Netzwerken ähnlich wie in Österreich ist. Grundsätzlich gibt es aber gerade in Deutschland größere Bedenken zur Nutzung von sozialen Netzwerken durch öffentliche Institutionen. Näheres dazu in Abschnitt 7.

5.1.3 Zusammenfassung: Internet und Web 2.0 Nutzung

Die Internetnutzung in Deutschland ist, wie die oben genannten Statistiken zeigen, relativ hoch. Zudem besteht eine hohe Bereitschaft zur Nutzung von Web 2.0 Angeboten. Das Internet wird der ARD/ZDF-Online-Studie (2011) zufolge allem voran fürs Lesen und Versenden von E-Mails genutzt, gleich darauf folgt die Nutzung von Suchmaschinen und die direkte Suche nach bestimmten Angeboten. Auch für die Information über Politik wird das Internet bzw. das Web genutzt. 68% der 18-34-Jährigen Männer und 56% der Frauen gaben bei einer Studie im Jahr 2011 an, das Internet zum Abruf von Informationen zu Politik zu nutzen (de.statista.com 2011k). Beste Voraussetzungen für die Politik also, UserInnen im Web mit entsprechenden Angeboten zu konfrontieren, bzw. das Internet auch verstärkt für die Kommunikation zu nutzen.

5.2 Best Practice Beispiele aus den Bereichen Open Government-Anwendungen, Open Government Data und E-Government

Im Folgenden werden elf Beispiele aus Deutschland gebracht, die Chancen von Open Government-Anwendungen und Open Government Data zeigen sollen. Die BetreiberInnen der Beispiel-Anwendungen sind sowohl staatliche, als auch nicht-staatliche AkteurInnen.

5.2.1 Solingen spart

Auf der Plattform www.solingen-spart.de wurde im Jahr 2010 im Rahmen eines sogenannten BürgerInnenhaushaltes⁴ das Budget der deutschen Stadt Solingen

⁴ BürgerInnenhaushalte sind partizipatorische Formen der (kommunalen) Budgeterstellung. Bei Online-BürgerInnenhaushalten werden BürgerInnen mittels E-Participation in den Prozess der Planung eines öffentlichen Haushaltes eingebunden (vgl. Röhler 2008, 18-19).

gestaltet. Um der drohenden Überschuldung der Stadt entgegenzuwirken, wurde ein Online-Portal eingerichtet. Dort konnten interessierte BürgerInnen, nach Angabe einer gültigen E-Mail Adresse, Vorschläge der Verwaltung, wo eingespart werden kann und wo investiert werden soll, kommentieren und bewerten und selbst eigene Vorschläge einbringen. Lediglich 15 der insgesamt 78 von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge (darunter Steuererhöhungen und beispielsweise die Schließung des Schwimmbades) wurden von der Bevölkerung in einer Beteiligungsphase zwischen 4. und 25. März 2010 abgelehnt (vgl. Röthler 2008, 21).

Nach der Online-Beratungsphase wurden die erbrachten Vorschläge und die Bewertungen der BürgerInnen in einem Bericht für die Ratsfraktionen bewertet und auch im Web veröffentlicht. Anschließend traf der Stadtrat die Entscheidungen darüber, welche der Vorschläge umgesetzt werden sollten. Alle TeilnehmerInnen erhielten anschließend Meldung darüber, wo das Votum der BürgerInnen befolgt wurde und in welchen Punkten der Rat anders entschieden hatte (vgl. Röthler 2008, 21).

Insgesamt beteiligten sich 3.595 registrierte NutzerInnen mit 4.752 Kommentaren (Röthler 2008, 21), bzw. rund 2,2% der Bevölkerung (solingen-spart.de) an dem Konsultationsverfahren. Die drohende Pleite der Stadt Solingen konnte abgewendet- und ein Sparpaket in der Höhe von rund 44 Millionen Euro beschlossen werden (vgl. Kob 2010).

Mit diesem partizipatorischen Verfahren bei der Budgeterstellung nahm die Stadt Solingen deutschlandweit eine VorreiterInnenrolle ein (vgl. Kob 2010) und plant auch für den nächsten Haushalt ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren und eine verstärkte Diskussion mit der Bevölkerung (vgl. solingen-spart.de).

5.2.2 Offener Bundeshaushalt

Die Webseite bund.offenerhaushalt.de ist ein Projekt der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., die es zum Ziel hat, den Haushalt des Bundes zu visualisieren und Möglichkeiten zu schaffen, darüber zu diskutieren. Auf der Seite soll transparent und leicht verständlich dargestellt werden, wie öffentliche Ausgaben zusammengesetzt sind, welche Ressorts welches Budget zur Verfügung haben und für welche Kernbereiche Finanzmittel dort aufgewendet werden (vgl. bund.offenerhaushalt.de, a).

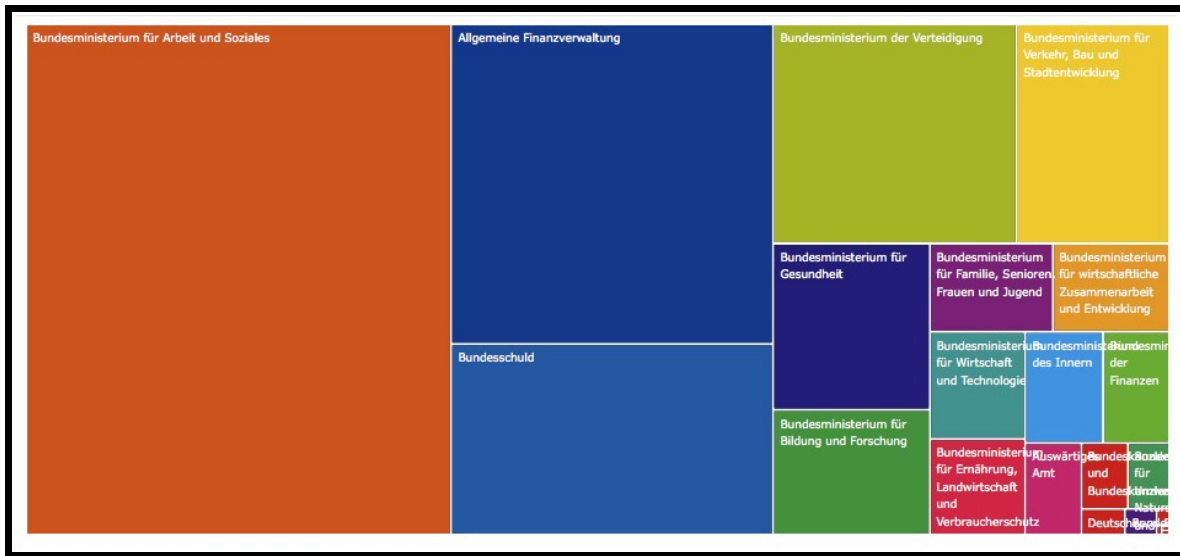


Abbildung 3: Ausschnitt der Startseite von bund.offenerhaushalt.de
(Quelle: <http://bund.offenerhaushalt.de>)

Auf der Startseite sieht man die einzelnen Bundesministerien und deren Anteil am Gesamtbudget (ersichtlich durch die Größe der Kästchen, siehe Abbildung 3). Klickt man z.B. auf das Kästchen „Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ so öffnet sich eine Unterseite, auf der ersichtlich ist, dass sich die Ausgaben dieses Ministeriums auf 131.293.000.000 Euro belaufen, wie sich die Ausgaben in den letzten Jahren entwickelt haben, für welche Bereiche (z.B. „Sozialversicherung“) wieviel aufgewendet wurde und wie die prozentuelle Entwicklung der Ausgaben zum Vorjahr aussieht. Zudem kann man die Daten zur Weiterverarbeitung- und -verwendung (z.B. zu Forschungszwecken) exportieren (vgl. bund.offenerhaushalt.de, b).

Die Daten für die Erstellung der Visualisierungen selbst werden von der Webseite des Bundesministeriums für Finanzen entnommen, die dort selbst nicht in einem maschinenlesbaren, offenen Format zur Verfügung gestellt werden, sondern in einem mehrseitigen Fachdokument verpackt sind. Das macht es für BürgerInnen oft schwierig, schnell und unkompliziert herauszufinden, wofür welche öffentlichen Mittel verwendet werden (vgl. bund.offenerhaushalt.de, a). Deklariertes Ziel der nicht-

kommerziellen Seite und deren BetreiberInnen ist es, „(..) *Transparenz darüber schaffen wie der Staat die Mittel seiner Bürger einsetzt.*“ (bund.offenerhaushalt.de, a).

5.2.3 Frankfurt-gestalten

www.frankfurt-gestalten.de, eine Plattform der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. nach einer Idee des Politologen Christian Kreuz, bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten für BürgerInnen das Geschehen in der Stadt zu verfolgen und mitzugestalten. Das Projekt ist eine Mischung aus Open Government Anwendung und Open Government Data. Würde die Seite direkt von der Kommune mitgestaltet, könnte man auch von E-Government Leistungen und Elementen sprechen.

Beispielsweise können BürgerInnen einzelne Anträge und Entscheidungen, z.B. ihr Viertel oder sogar einzelne Straßen betreffend, „abonnieren“. So können BürgerInnen direkt über geplante Vorhaben (z.B. die Entfernung von Radaranlagen) informiert werden. Zusätzlich haben sie die Möglichkeit diese Anträge online zu kommentieren und darüber zu diskutieren (vgl. Kreuz 2010).

Auf der Startseite⁵ von frankfurt-gestalten.de sieht man eine Karte der Stadt, auf der anhand von verschiedenfarbigen Punkten dargestellt wird, in welchen Stadtvierteln gerade welche Diskussionen stattfinden (z.B. aus dem Bereich „Initiativen“, „Nahverkehr“ oder Ortsbeirats-Anträge).

Die Daten und Informationen werden von den SeitenbetreiberInnen dank Open Government Data von Webseiten und Informationsdiensten der Stadt ausgelesen und in die Webseite frankfurt-gestalten.de integriert (frankfurt-gestalten.de, a). Würde diese Seite direkt von der Stadt selbst angeboten, wäre sie ein schöner Mix aus E-Government (Information seitens der Stadtverwaltung) und Open Government

⁵ <http://www.frankfurt-gestalten.de/> (Zugriff am 29.11.2011)

(Angebote zur Diskussion) also Transparenz und Partizipation in einem Service. Die Stadt Frankfurt hat zwar mit ihrem Parlamentsinformationssystem⁶ eine Datenbank, in der nach Protokollen und Beschlüssen, z.B. der Stadtverordnetenversammlung, gesucht werden kann, dieses ist aber relativ unübersichtlich und bietet keine Möglichkeiten zu diskutieren.

Eine weiteres Angebot von frankfurt-gestalten ist die Vernetzung und der Austausch von Ideen. So können BürgerInnen ihre Ideen für die Stadtgestaltung einbringen und sich mit anderen interessierten BürgerInnen zusammenschließen und diese weiterentwickeln (beispielsweise der Wunsch nach einem Kinderspielplatz). frankfurt-gestalten.de fördert also auch den Austausch zwischen den BürgerInnen oder bestimmten Initiativen (vgl. Kreuz 2010).

Ziel von frankfurt-gestalten ist es, den Bereich Open Government Data voranzutreiben und die Stadt Frankfurt dazu zu bringen, weitere öffentliche Daten zur Verfügung zu stellen, „(..) *um lokalpolitische Geschehnisse differenziert darzustellen und weitere Anwendungen zu entwickeln.*“ (Kreuz 2010).

5.2.4 Mitreden-U

www.mitreden-u.de ist eine BürgerInnenkonsultation zum Fortschrittsbericht 2012 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung. Betrieben wird die Seite vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Zwischen 15. Februar und 26. März 2011 konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger über diese Plattform mitteilen, welche Themen aus dem Umweltbereich ihrer Ansicht nach mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Beiträge konnten nicht nur online eingebracht werden, sondern es gab auch die Möglichkeit Ideen und Vorschläge per Post einzureichen (vgl. mitreden-u.de).

⁶ <http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/index.htm> (Zugriff am 29.11.2011)

Die vorgebrachten und online diskutierten Ideen wurden in einem weiteren Schritt im Rahmen von Fachdialogen des Bundesumweltministeriums besprochen. Zu diesen Fachdialogen waren auch einige BürgerInnen, die sich zuvor am Online-Dialog beteiligt hatten, eingeladen (vgl. mitreden-u.de).

Die Statistik auf der Startseite www.mitreden-u.de zeigt, dass zwischen 17. Februar und 26. März 2010 insgesamt 1022 Beiträge, 4456 Kommentare und 8337 „Unterstützungen“ auf der Seite verfasst wurden.

Mit dem Online-Konsultationsverfahren war der Dialog mit den BürgerInnen jedoch noch nicht abgeschlossen. Auf der Website www.dialog-nachhaltigkeit.de konnten BürgerInnen bis zum 30. September 2011 den aktuellen Entwurf zum Nachhaltigkeitsbericht, bevor dieser Anfang 2012 verabschiedet wird, noch einmal kommentieren und diskutieren.

Mitreden-U ist ein gutes Beispiel, wie Politik Partizipationsmöglichkeiten im Sinne von Open Government für Bürgerinnen und Bürger gestalten kann und so einerseits von der kollektiven Intelligenz der Bevölkerung (wenn ein Vorschlag z.B. von mehreren BürgerInnen gemacht wird, bzw. oft unterstützt wird) profitiert und andererseits den Weg des Agenda-Setting und der Entscheidungsfindung transparent gestalten kann.

5.2.5 Aufbruch Bayern

Die Plattform aufbruch-bayern.de wurde von der Bayrischen Staatsregierung initiiert und bestand aus einem acht-wöchigen Online-Dialog, der mit 15. August 2010 endete, bei dem Ideen eingebracht werden konnten, damit Bayern das „(..) *familienfreundlichste Land in Deutschland werden* (..)“ (archiv.aufbruch-bayern.de)

kann. Auf der Online-Plattform konnten Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen, Ideen und Vorschläge zu den Bereichen Familie, Innovation und Bildung einbringen und online diskutieren (vgl. archiv.aufbruch-bayern.de).

Die innovativsten Ideen wurden von der Staatsregierung ausgezeichnet. Darunter waren zum Beispiel die Initiative ArbeiterKind.de, ein Projekt, das Kinder mit nicht-Akademischem Hintergrund zum Studium motivieren und dabei unterstützen soll, oder der Vorschlag zur Umstellung der Behörden PKW-Flotte auf Hybrid oder Elektrofahrzeuge (vgl. bayern.de 2010).

5.2.6 E-Petition des deutschen Bundestages

Seit dem Jahr 2005 können in Deutschland auf der Webseite epetitionen.bundestag.de online Petitionen an den deutschen Bundestag gestellt werden. Ursprünglich startete die Seite in einem Probelauf, seit 2008 läuft die endgültige Version (vgl. Rath 2009).

Petitionen können entweder öffentlich gestellt, oder als individuelle Anfrage an den Bundestag gerichtet werden (Einzelpetitionen mit nicht-öffentlichem Charakter). Bei öffentlichen Petitionen, die „(..) *Bitten oder Beschwerden von allgemeinem Interesse an den Deutschen Bundestag* (..)“ (bundestag.de 2009, 2.2. (4)) beinhalten, gibt es die Option zur Mitzeichnung der Petition. Andere auf der Plattform registrierte NutzerInnen können so eingebrachte Anliegen unterstützen bzw. aufwerten und zudem in einem Forum über den Inhalt der Petition diskutieren.

Hat eine Petition mehr als 50.000 UnterstützerInnen/MitzeichnerInnen, so wird der Petent/die Petentin im Zuge einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses gehört (vgl. bundestag.de 2009, 8.4 (4)). Waren es anfänglich vor allem Einzelpersonen, die Petitionen eingereicht haben, so wurden immer öfter auch Vereine und Verbände darauf aufmerksam und begannen dieses Mittel für ihre Zwecke zu nutzen (vgl. Rath

2009).

Die Petition mit den meisten Unterstützungen bisher, war eine Petition des Deutschen Hebammenverbands. Inhalt der Petition, die insgesamt von 186.000 UnterstützerInnen, davon 105.300 online und etwa 80.970 auf Papier, mitgezeichnet wurde, waren die steigenden Haftpflichtprämien und die allgemein schlechte Bezahlung von freiberuflichen Hebammen (vgl. hebammenverband.de 2010).

Petitionen beim deutschen Bundestag sind nach wie vor auch in analoger Form, also auf dem Papier, möglich. Durch die Schaffung des Internetportals wurde aber ein zusätzlicher, unterstützender Kanal für Bürger und Bürgerinnen kreiert, ihre Anliegen einzubringen. Durch die Möglichkeit, direkt auf der Plattform über die Inhalte zu diskutieren, wurde zudem etwas geschaffen, das bei Papier-Petitionen nicht möglich ist, nämlich ein direkter Austausch und Raum zur Auseinandersetzung zwischen Interessierten zu den Inhalten der Petitionen.

5.2.7 Maerker Brandenburg

Der Maerker Brandenburg ist ein vom Land Brandenburg initiiertes Dienst, bei dem BürgerInnen die Kommune bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen sollen. Über diese Plattform wird es BürgerInnen aus Berlin und Brandenburg ermöglicht, Infrastrukturprobleme, wie beispielsweise Schlaglöcher oder Barrieren im Stadtraum für Menschen mit Behinderung, direkt zu melden (vgl. maerker.brandenburg.de, a).

Ähnlich wie bei dem britischen Vorzeigeportal *fix my street*⁷ können BürgerInnen Meldungen über Schäden oder Hindernisse direkt an die zuständige Behörde melden. Die eingetragenen Anliegen werden dann mit einem Ampelsymbol gekennzeichnet. Rot steht für den Status „eingetragen“, gelb für den Status „in Arbeit“ und grün für den Status „erledigt“ (vgl. maerker.brandenburg.de, b). BürgerInnen sehen so auf

⁷ <http://www.fixmystreet.com/> (Zugriff am 29.11.2011)

einen Blick, ob das von ihnen berichtete Problem (wie z.B. ein totes Tier auf der Straße) von der Fachverwaltung gesichtet, behandelt oder bereits gelöst wurde.

Auch der Maerker Brandenburg oder das britischen Pendant fix my street machen sich die BürgerInnen und deren Beobachtungen zu Nutze (Partizipation). Verwaltungen können so einerseits schneller über Missstände oder Probleme informiert werden und andererseits kann auf diesen Plattformen verfolgt werden, ob und wie sich mit den Anliegen der BürgerInnen auseinandergesetzt wird (Transparenz). Aktuell gibt es insgesamt 6947 Hinweise auf der Seite (maerker.brandenburg.de, a).

Gerade solche Services wären auch idealer Inhalt für eine mobile Applikation (für Smartphones). So könnten BürgerInnen überall von unterwegs Meldungen über kaputte Straßenlampen, überfüllte Mülleimer, etc. machen. Vom Maerker Brandenburg selbst gibt es zum aktuellen Zeitpunkt (Ende 2011) keine mobile Anwendung. Die „wer denkt was GmbH“ hat mit ihrer mobilen Applikation „Mängelmelder“ aber ein Service geschaffen, mit dem genau das möglich ist. BürgerInnen können Anliegen über die Anwendung melden und ein Foto hinzufügen. Die Position wird dann vom System automatisch mittels GPS ermittelt die Meldung an die zuständige Behörde weitergeleitet (vgl. itunes.apple.com 2011). Auf der Website maengelmelder.de können NutzerInnen, die kein Smartphone besitzen, Meldungen auch direkt auf der Homepage eintragen.

5.2.8 Frag den Staat

Die Plattform fragdenstaat.de ist eine von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. errichtete Webseite, die es UserInnen erleichtern soll, Anfragen nach den deutschen Informationsgesetzen (Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, Umweltinformationsgesetz und Verbraucherinformationsgesetz) zu stellen. Auf der Webseite können Anfragen eingesehen werden und der Stand von deren Beantwortung nachvollzogen werden. NutzerInnen sollen so einerseits bestehende Anfragen durchsuchen können und so sehen, ob eigene Fragen bereits von anderen Menschen gestellt wurden. Andererseits gibt es über die Webseite die Möglichkeit direkt Anfragen in ein Online-Formular einzutragen und an die zuständige Behörde zu übermitteln (vgl. fragdenstaat.de, a).

Will man selbst eine Anfrage stellen, so kann man zuerst die zuständige Behörde auf der Webseite auswählen. Weiß man nicht, welche Behörde zuständig ist, so kann man die Option wählen, dass andere UserInnen die zuständige Behörde vorschlagen können (vgl. fragdenstaat.de, b). Danach hat man drei Auswahlmöglichkeiten um die benötigten Informationen zu erheben. Hier kann zwischen drei Optionen gewählt werden (vgl. fragdenstaat.de, b):

- Informationen, die persönlich benötigt werden
- Begründungen für politische Entscheidungen
- Informationen aus Dokumenten oder Akten (Informationsfreiheitsanfrage)

Danach kann man direkt über die Webseite die Anfrage verfassen und an die zuständige Behörde versenden (vgl. fragdenstaat.de, b).

Will man zuerst sehen, welche Anfragen bereits gestellt wurden, so kann man das über

den Menüpunkt „Anfragen“⁸ tun und bekommt eine Übersicht der zuletzt gestellten Anfragen und deren Status zu sehen. Abgesehen von der Auflistung der letzten Anfragen kann man gezielt nach bestimmten Themen (z.B. Arbeit und Soziales) oder aber nach Status der Anfrage (z.B. Anfrage erfolgreich) suchen (vgl. fragdenstaat.de, c).

Frag den Staat ist ein gutes Beispiel wie aus einem Recht, nämlich dem Recht auf Information, ein Service gemacht werden kann. In diesem Fall hat eine innovative Gruppe von Menschen, eben jene aus der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., ein Service gestartet, mit dem es BürgerInnen erleichtert wird, ihre Rechte auf Informationen einzufordern. Online Anfragen zu stellen ist bei den meisten Behörden zwar möglich, jedoch müsste man immer genau wissen, an welche Behörde man sich wenden muss, dann den jeweiligen Kontakt recherchieren und dann die Anfrage verfassen. Auf fragdenstaat.de hat man einerseits Vorlagen für Anfragen (z.B. auch mit Angaben auf welche Paragraphen der Informationsgesetze man sich genau berufen kann), andererseits unterstützen die UserInnen (kollektive Intelligenz) wenn man nicht genau weiß, welche Behörde für ein jeweiliges Anliegen zuständig ist.

5.2.9 Berlin Open Data

Unter der Web-Adresse <http://daten.berlin.de/> findet man den offiziellen Open Government Data Katalog von Berlin, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Das im September 2011 veröffentlichte Datenportal, das erste dieser Art in Deutschland, bietet Daten aus den Bereichen Wahlen, Umwelt, Stadtplanung, Bildung, Demografie, Handel und Dienstleistungen, sowie kommunale Dienstleistungen. Die meisten dieser Daten wurden durch das statistische Landesamt zur Verfügung gestellt (vgl. heise.de 2011).

⁸ <https://fragdenstaat.de/anfragen/> (Zugriff am 29.11.2011)

Nach der Auswahl der Kategorie (z.B. Bildung) sieht man eine Übersicht der vorhandenen Datensätze (z.B. Abschlussprüfungen Hochschulen 2009). Danach sieht man von welcher Stelle diese Daten veröffentlicht wurden, unter welcher Lizenz die Daten stehen (ob sie also beispielsweise weiter verwendet werden können) und in welcher Form (z.B. xls) die Daten zur Verfügung stehen. Zusätzlich gibt es eine Kommentarfunktion mit der NutzerInnen ihre Meinung über die Datensätze, deren Qualität und etwaige Wünsche oder Verbesserungsvorschläge abgeben können (vgl. daten.berlin.de, a).

Unter dem Menüpunkt „Anwendungen“ bekommen NutzerInnen eine Übersicht über Anwendungen und Webseiten, die auf Daten des Open Data Kataloges von Berlin aufbauen. Darunter findet sich zum Beispiel der „Ozon Sonar“, der aus den zur Verfügung gestellten Daten den aktuellen Ozon-Wert für Berlin anzeigt. Eine andere Anwendung, die in dieser Rubrik vorgestellt wird, ist die „Berlin Wahlkarte“. Hier werden die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl 2011 grafisch in einer Karte dargestellt (vgl. daten.berlin.de, b).

Die Plattform wurde von vielen Seiten sehr positiv aufgenommen. Kritisiert wurde aber, beispielsweise von Stefan Wehrmeyer, der hinter fragdenstaat.de steht, dass viele der Daten nicht den Open Government Data Prinzipien (siehe Abschnitt 3.3) entsprechen, vor allem, was die Maschinenlesbarkeit betrifft. Weiters wird bemängelt, dass viele der Datensätze nicht unter einer Creative Commons Lizenz⁹ stehen und daher nur bedingt weiterverwendbar sind (vgl. heise.de 2011).

⁹ Creative Commons Lizenzen bezeichnen Lizenzen für Daten und Inhalte mit denen ein Urheber/eine Urheberin der Öffentlichkeit Nutzungsrechte an seinen/ihren Werken ermöglicht. Die aktuellen Creative Commons Lizenzen sind: CC-BY (Weiterverwendung, Veränderung und Verbesserung erlaubt, aber Name des Urhebers/der Urheberin muss genannt werden), CC-BY-SA (Weiterverwendung, Veränderung und Verbesserung erlaubt, Name des Urhebers/der Urheberin muss genannt werden, das Werk in dem die Daten verwendet wurden muss allerdings unter der gleichen Lizenz weitergegeben werden), CC-BY-ND (Weiterverwendung ohne Veränderung erlaubt, Name des Urhebers/der Urheberin muss genannt werden), CC-BY-NC (Weiterverwendung erlaubt aber nicht zur kommerziellen Nutzung, Name des Urhebers/der Urheberin muss genannt werden), CC-BY-NC-SA (Weiterverwendung, Veränderung und Verbesserung erlaubt, aber nicht zur kommerziellen Nutzung, Name des Urhebers/der Urheberin muss genannt werden und das Werk, in dem die Daten verwendet werden, muss unter der gleichen Lizenz weitergegeben werden), CC-BY-NC-ND (Weiterverwendung ohne Veränderung und nicht zur kommerziellen Nutzung erlaubt, Name des Urhebers/der Urheberin muss genannt werden) (vgl. creativecommons.org).

5.2.10 MOGDy

MOGDy, Munich Open Government Day, ist der Name eines Pilotprojekts, das von 1. Dezember 2010 bis 30. Juni 2011 in München stattfand. Das Projekt MOGDy, das ausgesprochen wurde das bayrische „I mog di“ („Ich mag dich“), beschäftigte sich mit der Frage nach dem Nutzen einer Verwaltungsöffnung für BürgerInnen (vgl. muenchen.de, a). Bei MOGDy ging es also darum, dass München, bevor es den Schritt zu Open Government (Data)-Anwendungen tätigt, einen Beteiligungsprozess gestartet hat, um zu erheben, welche Bereiche für die BürgerInnen interessant sind.

Folgende Ergebnisse sind aus dem MOGDy-Projekt entstanden (muenchen.de, b):

- ein Blog rund um das Projekt, in dem aktuelle News, wie auch nächste Treffen der Community angekündigt werden (blog.muenchen-mogdy.de)
- eine Mailing-Liste, über die Interessierte mit Neuigkeiten versorgt werden (muenchen-mogdy.de/listen/listinfo/community)
- ein Wiki zur gemeinsamen Projektarbeit; In diesem Wiki sollen nach eigenen Angaben sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Angestellte der Stadt München gemeinsam an Ideen arbeiten können (wiki.muenchen-mogdy.de)
- Links zu GewinnerInnenapplikationen beim MOGDy-Programmierwettbewerb (apps.muenchen-mogdy.de)
- eine Plattform für Ideen und Anregungen sowie Diskussionen zur digitalen Weiterentwicklung Münchens – (Ende 2011 noch nicht online: ideen.muenchen-mogdy.de)

Das MOGDy-Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine Regierung nicht nur Anwendungen für die BürgerInnen zur Verfügung stellen kann, sondern wie die Bevölkerung auf dem Weg zu einer Öffnung der Regierung und der Verwaltung in

Richtung Government 2.0 aktiv eingebunden werden kann und so die Regierung und Verwaltung wiederum von einer lebendigen und interessierten Community profitiert.

5.2.11 Apps für Deutschland

Apps für Deutschland ist ein am 8. November 2011 gestarteter Wettbewerb, bei dem EntwicklerInnen, DesignerInnen, JournalistInnen, ForscherInnen sowie die breite Öffentlichkeit eingeladen sind, vorhandene öffentliche Daten nutzbar zu machen, indem daraus (oder darauf basierend) Anwendungen geschaffen werden. Der Wettbewerb wurde initiiert vom Open Data Network, dem Government 2.0 Netzwerk Deutschland und Open Knowledge Foundation e.V. und steht unter der Schirmherrschaft des Deutschen Bundesministeriums des Innern (vgl. apps4deutschland.de, a).

Für diesen Wettbewerb werden Daten des Bundesministerium des Innern, dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie in einem Datenkatalog unter einer offenen Lizenz zur Verfügung gestellt. Zudem können die Aufzeichnungen aus dem Open Data Katalog der Stadt Berlin sowie aus dem Open Data Portal der Freien Hansestadt Bremen (daten.bremen.de) verwendet werden. Zusätzlich stellen auch andere Behörden Daten, die zuvor nicht öffentlich waren, auf Anfrage zur Verfügung. Hierzu gibt es auf der Webseite ein Formular, mit dem Anfragen an Behörden gestellt werden können (vgl. apps4deutschland.de, b). Die Preise in den einzelnen Kategorien (z.B. „Applikationen Unternehmen“ oder „Applikationen Einzelentwickler“) reichen von Pokalen und Urkunden bis hin zu Geldpreisen von bis zu 4.000 Euro (vgl. apps4deutschland.de, c).

Wettbewerbe wie diese, ein ähnlicher Wettbewerb wurde auch beim Projekt MOGDy abgehalten, ermöglichen außerstaatliche Innovationen, da interessierte Menschen eingeladen werden, Anwendungen zu gestalten, die auf öffentlichen Daten, also auf

Informationen von öffentlichem Interesse basieren, die wiederum der Öffentlichkeit nutzen sollen.

5.3 Zusammenfassung

Die starke Internetnutzung und die große Bereitschaft der deutschen Bevölkerung Web 2.0 und im speziellen Social Media-Angebote zu nutzen, ist eine gute Voraussetzung für die Entwicklung digitaler Demokratieelemente.

Die Fülle an Beispielen aus Deutschland zeigt, dass offensichtlich große Bereitschaft für die Erstellung von Open Government-Anwendungen besteht. Auch die Inanspruchnahme von Angeboten wie beispielsweise Solingen spart oder Mitreden-U zeigt, dass der Wille mitzugestalten relativ hoch ist. Im Bereich Open Government Data gibt es allerdings noch vergleichbar wenig öffentliche Angebote. Lediglich Berlin und Bremen haben offizielle, eigene Open Data Portale.

Wichtig hervorzuheben ist allerdings, dass viele der oben genannten Beispiele von Privatpersonen, Vereinen oder Organisationen initiiert, erstellt und betreut wurden und werden. Grundsätzlich ist dies kein negativer Punkt, denn Government 2.0 lebt auch von einer aktiven, interessierten und innovativen Bevölkerung. Jedoch wäre es für den Weiterbestand und die fortwährende Entwicklung solcher Initiativen wichtig, mehr öffentliche Unterstützung zu erhalten. Sei es im Zuge von Öffentlichkeitsarbeit, monetär oder in Form von (mehr) Datensätzen, die den Open Data Prinzipien entsprechen.

6 ÖSTERREICH: INTERNETNUTZUNG UND BEST PRACTICE

Im folgenden Abschnitt werden Beispiele österreichischer Behörden und Politikinstanzen aus den Bereichen Open Government-Anwendungen, Open Government Data und E-Government gebracht. Den Anfang des Kapitels macht eine Analyse der Internetnutzung in Österreich, im Speziellen der Nutzung von Web 2.0 Anwendungen und Social Media. Dies dient als Ausgangsbasis zur Erläuterung über Potenziale und Reichweiten, die sich daraus für Anwendungen ergeben.

6.1 Die Web Realität in Österreich

In Österreich ist die Internetnutzung, wie in Deutschland, in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Nutzten 1996 nur 4% der ÖsterreicherInnen das Internet regelmäßig, also mehrmals pro Woche, waren es 2001 bereits 38%. Im Jahr 2011 verwendet 80% der österreichischen Bevölkerung das Internet, 71% sogar regelmäßig (Integral 2011). Laut Statistik Austria nutzten rund 78% der ÖsterreicherInnen 2011 das Internet (Statistik Austria 2011a)¹⁰.

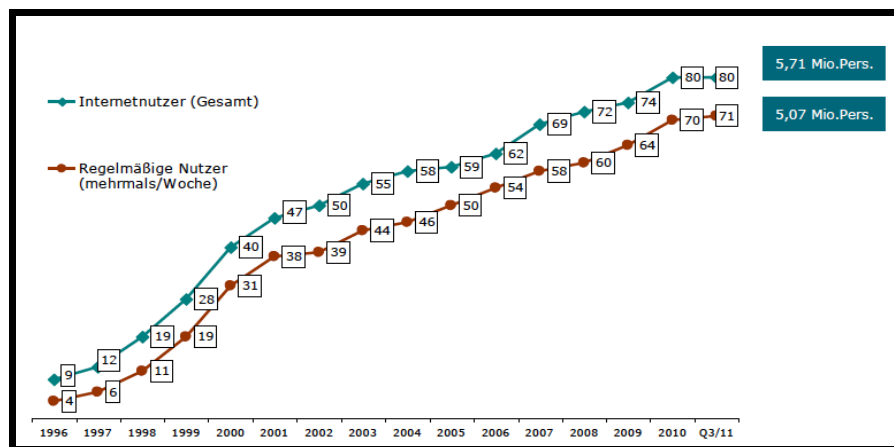


Abbildung 4: Österreichische InternetnutzerInnen seit 1996 (Quelle: Integral 2011)

¹⁰ Der Erhebungszeitraum bei Statistik Austria (2011a) für die Zahlen des Jahres 2011 war Mai und Juni 2011, bei Integral (2011) waren es Juli bis September 2011, weshalb die Zahlen zur Internetnutzung bei Integral etwas höher ausfallen. Ebenso weist Integral (2011) zusätzlich noch regelmäßige InternetnutzerInnen aus.

Nach Geschlecht geordnet nutzten Männer mit 86% das Internet etwas häufiger als Frauen (74%). Bei den Altersgruppen nutzen die 20- bis 29-Jährigen das Internet am häufigsten, hier sind es 98% dieser Altersgruppe. Doch auch die Gruppen der 14- bis 19- Jährigen (97%), die 30- bis 39-Jährigen (96%), die 40- bis 49-Jährigen (91%) weisen eine sehr starke Internetnutzung auf. Die Gruppen der 50- bis 59-Jährigen mit 78% Internet-NutzerInnen und die 60-69-Jährigen mit 64% Prozent sind auch relativ starke NutzerInnengruppen. Die einzige Gruppe, bei der das Internet von weniger als 50% der Altersgruppe genutzt wird, sind die Über-70-Jährigen. Hier sind es nur 27 (Integral 2011). Der Wert ist also geringfügig höher als bei den deutschen NutzerInnen, wo es bei der Gruppe der Über-65-Jährigen nur 24% waren (de.statista.com 2011e). Gemessen an Haushalten haben 2011 rund 75% der österreichischen Haushalte einen Internetzugang (Statistik Austria 2011a). Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts IFES vom Jänner 2011, die in einem Artikel auf help.orf.at erwähnt wird, herrscht in Österreich ein leichtes Stadt-Land-Gefälle bei Internetzugängen. Gegenüber 78% NutzerInnen aus urbanen Räumen, hatten der Studie zufolge nur 69% der Befragten aus ländlichen Räumen einen Internetzugang (Hack 2011).

Im Jahr 2011 nutzen 72% der österreichischen Haushalte das Internet über eine Breitbandverbindung. Im Vergleich dazu waren es 2005 insgesamt rund 23% und 2010 rund 63% der Haushalte (Statistik Austria 2011a). In Deutschland ist dieser Wert im Jahr 2010 mit etwa zwei Drittel aller Haushalte etwas geringer (bitkom.org 2010). Daher verfügt in Österreich ein Großteil der Haushalte, der einen Internetzugang hat auch über einen Breitband-Zugang und kann daher schneller größere Datenmengen übertragen.

Die Zusammensetzung der OfflinerInnen, also der Nicht-Internet-NutzerInnen, unterscheidet sich laut „Offliner-Studie“ (ISA 2011), basierend auf Daten von Integral

und GfK, kaum von jenen aus Deutschland. Auch in Österreich ist der größte Teil der OfflinerInnen über 60 Jahre alt. Bei den Über-70-Jährigen sind es knapp 70%, bei 14- bis 19-Jährigen hingegen nur zwei Prozent. Zudem sind OfflinerInnen auch in Österreich vermehrt Frauen (64% der OfflinerInnen sind weiblich) (ISA 2011, 6).

6.1.1 Mobiles Internet

Die mobile Internetnutzung, also die Internetnutzung über das Mobiltelefon, liegt mit 42% der österreichischen OnlinerInnen klar über der Nutzung in Deutschland mit nur 28%. In der Schweiz liegt der Anteil sogar bei 44% (de.statista.com 2011). Tarife, speziell für Smartphones, mit großem Datenvolumen gibt es auch in Österreich bei allen Mobilfunkanbietern.

Ein Drittel der österreichischen HandynutzerInnen, das sind insgesamt 2,2 Millionen Menschen, besitzt laut einem Artikel der Wiener Zeitung über die Ergebnisse des Austrian Internet Monitors, 2011 ein Smartphone. Smartphones werden häufiger von Männern als von Frauen genutzt, am stärksten in den Altersgruppen der 14- bis 19-Jährigen, hier nutzten 71% ein Smartphone. Die zweitstärkste Gruppe sind die 20- bis 29-Jährigen mit 60% Smartphone-Nutzung. Smartphones, die vergleichsweise teurer sind als andere Mobiltelefone, kommen verstärkt in Haushalten mit Einkommen von über 2.000 Euro vor. Auch besitzen mit 39% der MaturantInnen, gegenüber 32% der Personen mit Mittelschulabschluss, Personen mit einem höheren Bildungsabschluss geringfügig öfter ein Smartphone (wienerzeitung.at 2011).

Gerade Österreich wäre, durch die starke Nutzung von mobilem Internet und Smartphones, besonders geeignet für mobile Applikationen im Bereich Open Government.

6.1.2 Nutzung von Web 2.0-Angeboten in Österreich

90% der österreichischen InternetuserInnen nutzt im Jahr 2011 (drittes Quartal) die Möglichkeit zum Versenden und Empfangen privater E-Mails. 58% sehen online Filme oder Videos an (Integral 2011) und 73% der InternetuserInnen verwenden explizit die Plattform YouTube, wobei 14% sogar aktiv beisteuern und Videos hochladen (Cleffmann/Feuerabend/Howland/Kollman 2010, 13). 58% der InternetnutzerInnen greifen online auf Ausgaben von Zeitschriften zu und 58% aller Österreicherinnen und Österreicher ab 14 Jahren hat bereits im Internet etwas gekauft. Dieser Wert lag im Jahr 2005 noch bei 35%. Am liebsten werden online Bücher (56%) gekauft, gefolgt von Kleidung oder Schuhen mit 44% der Online-Käufe. Hotelbuchungen werden immerhin von 44% der Online-ShopperInnen im Web durchgeführt (vgl. Integral 2011).

Laut Statistik Austria (2011b) nutzen rund 44% der österreichischen InternetnutzerInnen Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter. Knapp 68% der InternetnutzerInnen aus Österreich verwenden Wikis wie beispielsweise die Online-Enzyklopädie Wikipedia (Statistik Austria 2011b). Die durchschnittliche Nutzungsdauer bei Social Networks liegt in Österreich mit 3,8 Stunden pro Woche leicht über jener von Deutschland mit 3,1 Stunden pro Woche (de.statista.com 2011m).

Facebook ist, wie in Deutschland, auch in Österreich das beliebteste soziale Netzwerk (de.statista.com 2011n) und zählt 2.572.220 NutzerInnen aus Österreich (socialmediaradar.at 2011a).

Auch ÖsterreicherInnen sind, ähnlich wie die Deutschen, gegenüber Online-Diensten wie beispielsweise Internet-Banking sehr aufgeschlossen. Rund 56% der InternetnutzerInnen tätigt Bankgeschäfte über das Internet (Statistik Austria 2011b).

39% der österreichischen Bevölkerung gaben im Jahre 2008 an, bereits online mit der Verwaltung kommuniziert zu haben. Im Vergleich: 33% waren es in Deutschland (de.statista.com 2011p). Mehr als 50% der ÖsterreicherInnen gaben im Rahmen einer Erhebung der Statistik Austria (2011c) an, in den letzten zwölf Monaten E-Government-Dienste genutzt zu haben. Eine deutliche Steigerung dieses Wertes also. Davon haben knapp 44% Informationen auf Webseiten von Ämtern oder Behörden gesucht, etwa 38% Formulare von Webseiten der Behörden heruntergeladen und rund 24% Formulare an Behörden rückgesendet (Statistik Austria 2011c). Österreich liegt im Bereich E-Government-Angebote europaweit an erster Stelle (siehe Abschnitt 3.1). Bei einer Untersuchung der Online-Verfügbarkeit der 20 grundlegendsten öffentlichen Dienste aus dem Jahr 2007 erreichte Österreich einen Wert von 100%, Deutschland hingegen nur 74% (de.statista.com 2011o).

Nutzung von Web 2.0 und Social Media durch Politik und Verwaltung in Österreich

In „Soziale Medien im Öffentlichen Sektor. Bestandsaufnahme.“ (Krabina/Molin/Rainer 2011) werden die Präsenzen von öffentlichen Institutionen auf sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter analysiert.

Die Erhebung hat ergeben, dass Twitter im öffentlichen Sektor eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt. Als einzige Landesverwaltung ist das Land Steiermark dort vertreten. Facebook-Seiten haben hingegen alle Bundesländer außer Vorarlberg. Wien ist das einzige Bundesland, das seinen Facebook-Auftritt direkt über die eigene Webseite verlinkt. Auf Bundesebene nutzt nur das Bundesministerium für Unterricht Kunst und Kultur (BMUKK) Facebook im Rahmen einer Seite für das Ministerium. Als andere Bundesbehörde wird das Bundeskriminalamt genannt, das ebenso einen Facebook-Auftritt hat und als Vorreiter gilt. Das Bundesministerium für europäische

und internationale Angelegenheiten (BmeiA) nutzt als einziges Ministerium Twitter. 31 Gemeinden mit über 10.000 EinwohnerInnen (das entspricht 43%) sind auf Facebook vertreten und können dort im Schnitt 20% der EinwohnerInnen erreichen (vgl. Krabina/Molin/Rainer 2011).

6.1.3 Zusammenfassung: Internet und Web 2.0 Nutzung

Sowohl die Nutzung des Internets als auch die Nutzung von Web 2.0-Angeboten und Social Media ist in Österreich und Deutschland ähnlich hoch. Auch die Bereitschaft, online sensiblere Services wie Online-Banking zu nutzen, ist bei über 50% der ÖsterreicherInnen vorhanden.

Die Online-Kommunikation mit der Verwaltung ist in Österreich geringfügig höher als in Deutschland, was aber vor allem auf das stärkere Angebot an Online-Verwaltungsdiensten in Österreich zurückzuführen ist. Allein bei den Nutzung von mobilem Internet hat Österreich prozentuell gesehen fast doppelt so viele NutzerInnen. Auch Politik ist ein Thema, das im Internet relevant ist. Bei einer Befragung durch GfK Austria/IFES (2011) gaben 47% der Befragten an, sich täglich bzw. mehrmals die Woche, im Internet über Politik zu informieren (GfK Austria/IFES 2011, 7). Bei den unter 29-Jährigen gaben gar 40% an, sich täglich im Internet über Politik zu informieren, hingegen nur 14% der über 60-Jährigen (GfK Austria/IFES 2011, 8).

Beste Voraussetzungen also, auch in Österreich für Regierungen und Verwaltungen das Internet für die Kommunikation und Interaktion mit BürgerInnen zu verwenden. Wie die Erhebung „Soziale Medien im Öffentlichen Sektor. Bestandsaufnahme.“ (Krabina/Molin/Rainer 2011) gezeigt hat, nutzen viele öffentliche Institutionen bereits soziale Medien zur Kommunikation mit der Bevölkerung. Hier handelt es sich aber um die Verwendung externer Dienste (wie z.B. Facebook), die eigene Nutzungsbedingungen haben und sich im Sinne von Open Government nur bedingt

einsetzen lassen. Diese Netzwerke sind zwar wichtige Kommunikationsmittel, über das sehr viele Menschen erreicht werden können, dennoch ist es für eine Politik im Sinne von Government 2.0 wichtig, eigene offizielle Mitbestimmungsplattformen zu haben, die nicht den Nutzungsbedingungen eines Unternehmens unterliegen. Beispiele für exakt solche unabhängigen Plattformen werden auf den nächsten Seiten gebracht.

6.2 Best Practice Beispiele aus den Bereichen Open Government-Anwendungen, Open Government Data und E-Government

Wie in Abschnitt 3 bereits erwähnt, ist Österreich in Europa, was E-Government-Angebote betrifft, führend. Die meisten Dienste und Formulare sind online verfügbar und viele Verwaltungsschritte können komplett online abgewickelt werden. Mit der Plattform help.gv.at gibt es in Österreich eine gute Übersicht über alle Online-Angebote von österreichischen Verwaltungen. Ein Artikel von Claudia Glechner auf science.orf.at titelt: „*Open-Government-Data: Österreich hinkt nach*“ (Glechner 2011). In dem Artikel wird darauf eingegangen, dass Österreich zwar im Bereich E-Government führend ist, was Open Government Data betrifft aber bundesweite Strategien fehlen. Einzig Linz und Wien sind Vorzeigebispiele für offene Datenkataloge (vgl. Glechner 2011).

Im Folgenden werden, wie beim Abschnitt zu Deutschland, elf Beispiele für Anwendungen und Initiativen genannt, wie öffentliche Institutionen aber auch Vereine und Organisationen in Österreich, durch Mittel der digitalen Demokratie, Österreich den Weg zum Government 2.0 vorbereiten.

6.2.1 Bundesfinanzrahmen

Unter der Webadresse www.open3.at/sparpaket findet man eine Visualisierung des österreichischen Bundesfinanzrahmens 2011-2014. Die Visualisierung wurde von der initiative open3 umgesetzt und soll auf Unausgewogenheiten des Budgetentwurfs aufmerksam machen (open3.at). Auf der Seite werden in verschiedenen Grafiken sowohl die Budgetobergrenzen, als auch Budgetkürzungen als interaktive Grafik und mit einem Balkendiagramm visualisiert.

Ähnlich wie bei der deutschen Budgetvisualisierung auf bund.offenerhaushalt.de werden einzelne Themenressorts als Kästchen angezeigt, deren Größe je nach Finanzrahmen variiert. Durch Klicken auf eines der Kästchen kann man ein Themengebiet näher betrachten. Klickt man beispielsweise auf das Kästchen „Sozialversicherung“ bei den Budgetkürzungen 2011-2014, so sieht man Einsparungsmaßnahmen im Detail, also z.B. „Aussetzung der Pensionsanpassung“ oder „Partnerleistung Bund“ (open3.at). Zudem gibt es die Möglichkeit, die Grafiken downzuloaden bzw. die Daten als Excel-File zu exportieren. Außerdem gibt es auf der Seite eine Kommentarfunktion, über die UserInnen Fragen, Anregungen und Wünsche einbringen können.

Der große Unterschied zu bund.offenerhaushalt.de ist, dass alle Grafiken und Visualisierungen auf nur einer Seite einsehbar sind, es gibt also keine eigenen Unterseiten für die einzelnen Ressorts. Auch gibt es nur die Möglichkeit auf dieser einen Seite zu diskutieren. Möchte man z.B. nur über den Bereich „Soziales und Konsumentenschutz“ diskutieren, so gibt es, da keine eigene Web-Unterseite dafür existiert, auch kein eigenes Diskussionsforum zu diesem Ressort.

6.2.2 Online Petitionen des österreichischen Parlaments

Seit Anfang Oktober 2011 können Petitionen und BürgerInneninitiativen auch online auf der Seite des österreichischen Parlaments unterstützt werden. Beim österreichischen E-Petitionssystem gibt es aber grundlegende Unterschiede zu den E-Petitionen des deutschen Bundestages. Petitionen können in Österreich nun zwar online unterstützt werden, eingereicht werden können sie aber, anders als beim deutschen Bundestag, nach wie vor nur in analoger Form (vgl. Sokolov 2011). Aus diesem Grund kann man nicht von klassischen E-Petitionen sprechen, sondern eher von einer Online-Petitionsunterstützung, was aber auch eine Form der E-Democracy darstellt.

Zudem können Petitionen und Bürgerinitiativen, in der österreichischen Variante theoretisch nur von österreichischen StaatsbürgerInnen, die mindestens 16 Jahre alt sind, unterzeichnet werden. Auch dies ist beim deutschen Bundestag nicht der Fall. Die Angabe der Daten erfolgt über ein Eingabefeld auf der Webseite, auf der man E-Mail-Adresse, Postleitzahl, Wohnort und Land angeben, sowie bestätigen muss, dass man österreichischer Staatsbürger oder österreichische Staatsbürgerin ist und mindestens 16 Jahre alt ist. Theoretisch kann also geschummelt werden, da keine weiteren Nachweise von Nöten sind (vgl. Sokolov 2011). Zusätzlich kann man angeben, ob man mit der Veröffentlichung seiner Daten (Name, PLZ, Ort) einverstanden ist. Danach bekommt man per E-Mail einen Link zur Überprüfung zugeschickt und kann Petitionen unterstützen. Zum 30.11.2011 konnte man 22 Petitionen zustimmen¹¹.

Warum Petitionen, die an den Bundesrat gerichtet sind, nicht online unterstützt werden können, ist nicht klar (vgl. Sokolov 2011).

¹¹ http://www.parlament.gv.at/PAKT/BB/index.shtml?jsMode=&xdocumentUri=&NRBR=NR&BBET=PET&ZUSTIMM=ZU&SUCH=&listId=104&LISTE=Anzeigen&FBEZ=FP_004 (Zugriff am: 30.11.2011)

Die Seite, auf der die aktuellen Petitionen aufgelistet sind¹² ist relativ übersichtlich und man sieht nach Klick auf einzelne Petitionen, wann sie in welchem Ausschuss besprochen wurden. Jedoch ist diese Unterseite auf der Startseite des Parlaments unter www.parlament.gv.at nur durch ein kleines Kästchen rechts gekennzeichnet und daher nicht besonders auffällig. Eine eigene Webadresse, wie sie der deutsche Bundestag mit epetitionen.bundestag.de hat, wäre eine sinnvolle Weiterentwicklung dieser Beteiligungsmöglichkeit.

Zudem sollte die Plattform um eine Kommentarfunktion (siehe E-Petitionen des deutschen Bundestages), sowie um die Möglichkeit, direkt online Petitionen einzureichen, erweitert werden.

6.2.3 Reformdialog öffentlicher Dienst

Der Reformdialog für den öffentlichen Dienst ist eine Initiative der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, Gabriele Heinisch-Hosek. Von 28. November 2011 bis 27. Jänner 2012 gibt es die Möglichkeit für alle Interessierten, online Ideen für die Verbesserung des öffentlichen Dienstes einzubringen. Danach werden die Ideen und Vorschläge in insgesamt vier physischen Dialogforen von Expertinnen und Experten aus der Praxis diskutiert. Anschließend werden die gesammelten Vorschläge online präsentiert. In diesem Rahmen startet im Herbst 2012 eine weitere Online-Beteiligung, bei der interessierte BürgerInnen die Vorschläge je nach Wichtigkeit priorisieren können (vgl. reformdialog.at 2011a).

Vorschläge können auf der Webseite von allen Interessierten gemacht werden. Dazu gibt es zwei Fragen, die beantwortet werden können. Die erste Frage lautet: „*Damit ich dem öffentlichen Dienst das Prädikat "ausgezeichnet" gebe, müsste was passieren?*“ (reformdialog.at 2011b). Die zweite Frage, die optional beantwortet

¹² Siehe Fußnote 2 (Zugriff am: 30.11.2011)

werden kann ist: „*Welche konkrete Maßnahme(n) müssten dafür gesetzt werden?*“ (reformdialog.at 2011b). Danach muss man seine E-Mail Adresse bekanntgeben und kann freiwillig weitere Angaben zu seiner Person machen. Zum Beispiel Angaben zu Geschlecht, Geburtsjahr, Bundesland und ob man selbst im öffentlichen Dienst beschäftigt ist (reformdialog.at 2011b).

Ein ähnliches Online-Beteiligungsverfahren hat auch der Bundesminister für Gesundheit mit der Plattform gesundheitsziele-oesterreich.at durchgeführt. In einer Beiteiligungsphase zwischen 20. Mai und 31. August 2011 konnten interessierte BürgerInnen ihre Vorschläge für die wichtigsten Themen und Zielsetzungen im Gesundheitsbereich online abgeben. Bis zum Frühjahr 2012 sollen von ExpertInnenkommissionen konkrete Ziele ausformuliert werden und diese Vorschläge sollen dann in einem weiteren Online-Konsultationsverfahren wieder von den BürgerInnen diskutiert werden (vgl. gesundheitsziele-oesterreich.at 2011).

Sowohl auf reformdialog.at als auch auf gesundheitsziele-oesterreich.at sind die Vorschläge, die von Interessierten online eingebracht werden, im Web nicht dargestellt. Es gibt zwar die Option, online Ideen einzubringen, aber es ist nicht möglich, die bereits vorgebrachten Vorschläge einzusehen bzw. sie direkt online zu diskutieren. Dies anzubieten wäre eine vernünftige Weiterentwicklung im Sinne von mehr Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit im Sinne von Open Government. Nichtsdestotrotz sind der Reformdialog für den öffentlichen Dienst und die Online-Konsultation für die Rahmengesundheitsziele gute erste Schritte und Vorzeigeprojekte von österreichischen Ministerien, wie digitale Demokratieelemente eingesetzt werden können, um BürgerInnenbeteiligung voranzutreiben und sich in Richtung Government 2.0 zu entwickeln.

6.2.4 Ozon Info

Die Ozon Info ist eine Anwendung, die sowohl als Webseite als auch als Smartphone-App zur Verfügung steht. Darin wird aus Daten, die im Sinne von Open Government Data vom Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt werden, der aktuelle Ozon-Wert für den jeweiligen Standort des Users / der Userin angezeigt. Zudem werden die Schwellenwerte gemäß Ozongesetz (Informationsschwelle und Alarmschwelle) angegeben. Die Anwendung wurde von Web-Entwickler Sindre Wimberger in Kooperation mit dem Netzwerk open3.at entwickelt (vgl. ozon-info.at).

6.2.5 Open Government Data Katalog der Stadt Wien

Auf der Webseite data.wien.gv.at wird der offizielle Open Government Data Katalog der Stadt Wien präsentiert. Alle dort vorhandenen Daten stehen unter einer eigenen österreichischen Creative Commons Lizenz mit Namensnennung (CC-BY) Lizenz¹³ und können daher weiterverarbeitet und verändert werden, sofern die Quelle „Stadt Wien – data.wien.gv.at“ angegeben wird.

Zur Verfügung gestellt werden zum Beispiel Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Freizeit, Soziales, Umwelt, Verkehr, etc. Die Aufzeichnungen können direkt über die Plattform in verschiedenen maschinenlesbaren Formaten heruntergeladen werden. So können zum Beispiel die Geodaten aller Museen in Wien oder die Wiener Bevölkerungszahlen nach Geschlecht und Bezirk von der Plattform heruntergeladen und z.B. für Forschungszwecke verwendet werden (data.wien.gv, a).

Unter dem Menüpunkt „Anwendungen“ stellt die Stadt Wien verschiedene Webseiten, Visualisierungen und (mobile) Apps vor, die ausgehend von den Wiener Open Government Daten entwickelt wurden. Darunter findet sich zum Beispiel die mobile

¹³ <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/at/deed.de> (Zugriff am 01.12.2011)

Webapplikation „idump“, die über ein Smartphone Altstoffsammelstellen der MA 48 anzeigt. Auch die Applikation CleanWien-wegwerfen.at beschäftigt sich mit Müll im weitesten Sinne. Je nach Abfalltyp zeigt die Applikation dem Nutzer / der Nutzerin auf einer Karte, wo sich der nächste Entsorgungsstandort (z.B. für Glas) befindet. Die meisten der dort vorgestellten Applikationen wurden von privaten EntwicklerInnen(-gruppen), nicht aber direkt von der Stadt Wien entwickelt (vgl. data.wien.gv.at, b).

6.2.6 Open Government Data in Linz

Die oberösterreichische Stadt Linz startete am 5. Oktober 2011 ihr Open Government Data Portal unter data.linz.at und war damit die zweite Stadt nach Wien mit einem eigenen Online-Datenkatalog (vgl. Fröhlich 2011). Ähnlich wie beim Wiener Datenkatalog, findet man dort frei verfügbare Daten über die Linzer Bevölkerung, Geo-Daten (z.B. Standorte von Apotheken), Daten über öffentliche Verkehrsmittel (z.B. Haltestellen) oder aus dem Bildungsbereich (vgl. data.linz.at, a).

Zusätzlich stellt Linz ein Open Data Wiki¹⁴ zur Verfügung, das interessierten BürgerInnen, EntwicklerInnen, ForscherInnen etc. Gelegenheit gibt, sich auszutauschen und miteinander zum Beispiel über die Datenbestände und deren Qualität zu diskutieren. Ein ähnliches Service hat die Stadt Wien nicht.

Zudem startet auch Linz mit dem Wettbewerb Apps 4 Linz (ähnlich wie Apps für Deutschland) den ersten österreichischen Wettbewerb für (mobile) Anwendungen, die auf dem Open Data Katalog basieren. Die Preise reichen auch dort von Urkunden und Pokalen bis hin zu Geldpreisen von bis zu 3.000 Euro (vgl. data.linz.at, b).

Neben dem offenen Datenkatalog und dem Wettbewerb, startete Linz mit der Initiative „Open Commons Region Linz“, noch vor Veröffentlichung des Datenkataloges eine

¹⁴ <http://open.data.public1.linz.at/index.php?title=Hauptseite> (Zugriff am 01.12.2011)

europaweit einzigartige Aktion. Ziel der Initiative ist es, nicht nur offene Daten, sondern auch offene (lizenzfreie) Software und Internetnutzung voranzutreiben. In Linz gibt es derzeit 118 Hotspot-Standorte, über die NutzerInnen gratis, im Rahmen einer Drahtlosverbindung, ins Internet einsteigen können. Zudem wird allen interessierten LinzerInnen ab 14 Jahren im Zuge des „Public Space Server“ unter anderem fix definierter Speicherplatz zur Verfügung gestellt. Außerdem bietet die Stadt dort auch lizenzfreie Software, wie beispielsweise die freie Software „Open Office“ (das internationale lizenzfreie Pendant zu Microsoft Office) an. Diese Software wurde in Linzer Pflichtschulen bereits 950 mal als Bürosoftware genutzt (vgl. linz.at).

Die Stadt Linz setzt mit dieser einzigartigen Initiative also nicht nur auf die Öffnung von Stadt und Verwaltung, sondern sieht es ebenso als ihre Aufgabe, möglichst vielen NutzerInnen Zugang zum Internet und digitalen Services (Software, Speicherplatz) zur Verfügung zu stellen, um so die Bevölkerung zu unterstützen und den Offenheits-Gedanken auf alle Ebenen auszuweiten.

6.2.7 Amtsgeheimnis.at

Amtsgeheimnis.at ist eine Transparenz-Plattform ähnlich der deutschen Initiative „Frag den Staat“, die unter dem Motto „*Was Österreichs Bürger nicht wissen dürfen*“ (amtsgeheimnis.at, a) vom Politikwissenschaftler Hubert Sickinger und dem ehemaligen Journalisten Josef Barth initiiert wurde (vgl. konsument.at 2011).

Auf der Plattform können NutzerInnen bereits eingetragene Anliegen anderer UserInnen einsehen und selbst Beiträge erstellen, in denen sie schildern, wie ihnen wo, von welcher Behörde Informationen verwehrt wurden. Zudem gibt es einen Blog, auf dem die SeiteninhaberInnen von neuesten Aktivitäten berichten. Im Vergleich zur deutschen Plattform „Frag den Staat“ ist es aber nicht möglich, direkt über die Seite

Anfragen an Behörden zu stellen. Zudem gibt es keine eigene Kommentarfunktion auf der Seite bzw. bei den Anfragen. Es wird von den SeitenbetreiberInnen darauf verwiesen, die Kommentarfunktion auf der gleichnamigen Facebook-Seite¹⁵ sowie zum Kommentieren der Blogbeiträge die Foren von derstandard.at zu verwenden, da die Blogbeiträge dort veröffentlicht werden (vgl. amtsgeheimnis.at, b).

Die Seite ist demnach weniger als direktes Service zur Anfragestellung (wie fragenstaat.de) zu verstehen denn als Informationsplattform über mangelnde Transparenz seitens österreichischer Behörden. Zur Diskussion wird, wie bereits weiter oben erwähnt, eine eigene Facebook-Seite genutzt, die mit 01. Dezember 2011 bereits 927 UserInnen gefällt.

6.2.8 iPhone App BürgerInnenmeldungen

Die Online-Plattform vivomondo.com, vom gleichnamigen Tiroler Unternehmen geführt, bietet eine Webplattform und eine mobile Applikation¹⁶ für Städte und Gemeinden an, mit der NutzerInnen Schäden, Wünsche oder Beschwerden direkt an ihre Gemeinde senden können (vgl. Röhler 2010, 15).

Derzeit sind über die mobile Applikation die Gemeinden Ramsau im Zillertal¹⁷, Kundl, Kirchbichl, Bad Häring, Langkampfen und Wörgl erreichbar. BürgerInnen, die sich auf der Plattform registrieren, können so direkt von unterwegs Meldungen (z.B. über defekte Holzbrücken, Schlaglöcher, gefährliche Kreuzungen, etc.) an die Gemeinde machen und mit ihr kommunizieren. Die Meldungen sind sowohl in der Applikation als auch auf der Webplattform einsehbar. Die Antworten der Gemeinde wie auch Kommentare der UserInnen sind in der mobilen Applikation nachvollziehbar (vgl. Röhler 2010).

¹⁵ <https://www.facebook.com/amtsgeheimnis.at> (Zugriff am 01.12.2011)

¹⁶ <http://itunes.apple.com/at/app/vivomondoburgermeldungen/id379885815?mt=8> (Zugriff am 01.12.2011)

¹⁷ Bei Röhler (2010) noch nicht erwähnt. Durch eine Nutzung der App am 01.12.2011 durch die Autorin aber sichtbar.

6.2.9 Machmit – BürgerInnenmeldungen

Auch die Applikation „Mach Mit“ von der Initiative buergerplattform.at ist eine mobile Applikation¹⁸ zur Meldung von Missständen an zuständige Gemeinden. Mithilfe einer Karte, die den aktuellen Standort der BenutzerInnen errechnet, können Meldungen mit Foto und Ortsangabe einfach von unterwegs versendet werden. Zusätzlich ist die Applikation durch eine eigene Funktion („Karte Wien“) mit einer Schnittstelle des Kartenmaterials der Stadt Wien versehen. Dort kann man sich öffentliche Verkehrsmittel, Baustellen, Radwege, Citybike-Standorte oder Polizeistationen in der Stadt anzeigen lassen (vgl. data.wien.gv.at, c).

6.2.10 Meine Abgeordneten

„Meine Abgeordneten“ ist eine Transparenz-Plattform, die unter der Web-Adresse www.meineabgeordneten.at öffentliche Daten zu österreichischen Abgeordneten zum Nationalrat, EU-Abgeordneten, Mitgliedern des Bundesrats und Regierungsmitgliedern zur Verfügung stellt. Neben aktuellen OTS-Meldungen von politischen VertreterInnen kann man dort auch die Parlamentsreden der letzten Sitzungen einsehen und verfolgen. „Meine Abgeordneten“ ist ein Projekt von Respekt.net, das durch 200 SpenderInnen und InvestorInnen über die Projektplattform www.respekt.net realisiert wurde (vgl. meineabgeordneten.at, a).

Sucht man nach einzelnen Abgeordneten, so sieht man zum Beispiel, welche politischen Funktionen und Mandate diese Person inne hat und hatte, welchen beruflichen- oder Vereinstätigkeiten die Person nachgegangen ist und wie man den Abgeordneten / die Abgeordnete erreichen kann. Im Profil der SPÖ-Abgeordneten Sonja Ablinger kann man beispielsweise einsehen, dass die Abgeordnete von 01. Juli

¹⁸ <http://itunes.apple.com/at/app/mach-mit/id435473708?mt=8> oder https://market.android.com/details?id=at.dt_i.mach_mit (Zugriff am 01.12.2011)

1991 bis 30. September 1992 Bundessekretärin der Sozialistischen Jugend Österreich war oder dass sie seit 24. Februar 2010 Obfrau der Kulturausschusses im Nationalrat ist (vgl. meineabgeordneten.at, b).

Viele der auf der Plattform enthaltenen Information sind auf der Website des österreichischen Parlaments einsehbar, der Vorteil von meineabgeordneten.at ist die Möglichkeit, zentral mehrere Informationen zu einzelnen Abgeordneten direkt auf einer Website recherchieren zu können.

6.2.11 Toilet Map Vienna

Die Toilet Map Vienna war die erste aus dem offenen Datenkatalog der Stadt Wien entwickelte mobile Applikation. Sie zeigt BenutzerInnen je nach aktuellem Standort die nächstgelegene öffentliche Toilette an und gibt zudem auch Informationen darüber, ob es sich zum Beispiel um eine barrierefreie bzw. behindertengerechte WC-Anlage handelt (vgl. futurezone.at 2011c).

Entwickelt wurde die Applikation von der Initiative Open3 bzw. dem Programmierer Robert Harm (vgl. futurezone.at 2011c). Die Toilet Map Vienna ist ein gutes Beispiel für außerstaatliche Innovation, bei der aus öffentlichen Daten, nachdem sie auch für die Allgemeinheit zugänglich gemacht wurden, nützliche Services für BürgerInnen (in diesem Fall aber auch Wien BesucherInnen, TouristInnen) erstellt werden können. Die Toilet Map Vienna wurde 2011 sogar mit dem mit 5.000 Euro dotierten „Open Data Sonderpreis“ der Technologieagentur der Stadt Wien ausgezeichnet (vgl. futurezone.at 2011c).

6.3 Zusammenfassung

Österreich stellt mit seiner starken Internet und Web 2.0-Nutzung eine gute Ausgangsbasis für die Entwicklung und den Einsatz digitaler Demokratieelemente.

Wie auch bei den Beispielen aus Deutschland, ist ein großer Anteil der vorgestellten Anwendungen und Services Ergebnis von zivilgesellschaftlichem Engagement. Um solche Innovationen weiter voranzutreiben und zu unterstützen, ist es wichtig, eigene öffentliche Fördertöpfe oder Wettbewerbe (siehe z.B. Apps 4 Linz) zu etablieren, um Vereine und EntwicklerInnen mehr zu unterstützen. Zudem sollte es in Österreich mehr Initiativen und Plattformen aus den Bereichen Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit geben, die direkt von einer Politikinstanz oder Behörde kommen, wie beispielsweise reformdialog.at oder der gute erste Versuch der Online-Petitionsunterstützung des österreichischen Parlaments.

Das Zentrum für Verwaltungsforschung (vgl. Krabina/Prorok 2011) hat in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien einen Leitfaden erstellt, in dem ein Umsetzungsmodell für Open Government vorgeschlagen wird. Die Phasen der Umsetzung gliedern sich hierbei in die erste Phase der Öffnung der Verwaltungsdaten, die zweite Phase der Verbesserung der Partizipation, die dritte Phase der Öffnung zur Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und schließlich die vierte Phase der umfassenden Miteinbeziehung, wie Abbildung 5 zeigt (Krabina/Prorok 2011).

Diese Vorgehensweise ist durchaus sinnvoll und sie wird auch in den Schritten der Stadt Wien widerspiegelt. Der Open Data Katalog unter data.wien.gv.at bildete offensichtlich den ersten Schritt, dem weitere folgen sollen (vgl. wien.gv.at 2011b). Welche konkreten Maßnahmen für die verstärkte Zusammenarbeit mit der Bevölkerung die Stadt Wien setzen wird, kann zum gegebenen Zeitpunkt aber noch nicht gesagt werden.

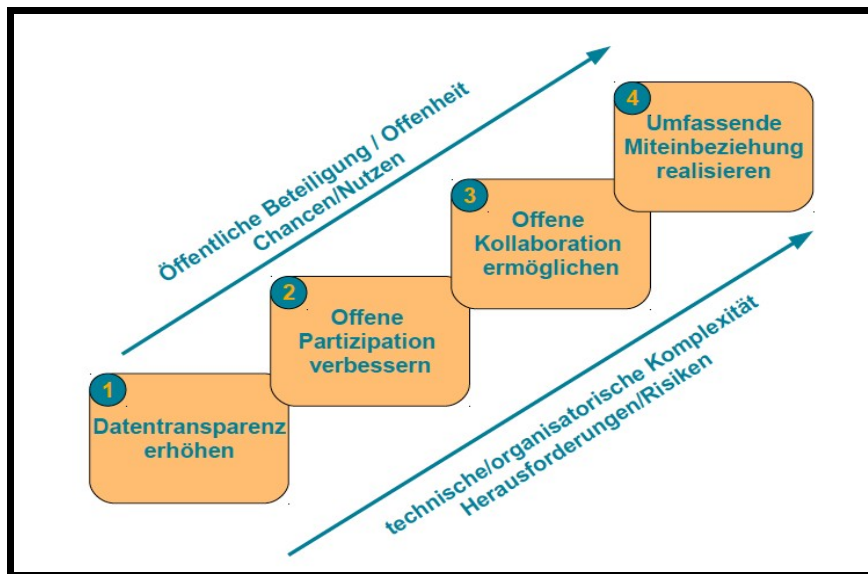


Abbildung 5: „Open Government Implementation Model“ (Quelle: Krabina/Prorok 2011)

7 SCHATTENSEITEN

Bis zu diesem Abschnitt wurden die Chancen und Möglichkeiten des Internets für Regierungen und demokratische Prozesse überwiegend positiv betrachtet. Grundsätzlich bergen das Internet und die Potenziale der digitalen Demokratie viele neue Chancen, aber auch Herausforderungen. Welche Schattenseiten die Digitalisierung mit sich bringen kann wird auf den nächsten Seiten erläutert.

7.1 Datenschutz und Sicherheitsbedenken

Open Government Data ist ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz. Doch es gibt auch einige Argumente gegen offene Daten. Ein Problem ist hier beispielsweise der Schutz personenbezogener Daten. Zwar geht es grundsätzlich darum, ausschließlich Daten ohne Personenbezug zu veröffentlichen, dennoch weisen DatenschützerInnen darauf hin, dass durch die Kombination verschiedener Datensätze durchaus Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden können. Ebenso gibt es Grundsätze, die besagen, dass Daten nur zu dem Zwecke verwendet werden dürfen, für welchen sie erhoben wurden, was wiederum dem Open Data Konzept der Freigabe für alle zu jedem Zweck widerspricht (vgl. Internet & Gesellschaft Co:llaboratory 2010, 59).

Daten über bestimmte Wohnbezirke, bzw. die Zusammenführungen mehrerer Datensätze, können dazu führen, dass bestimmte Wohngegenden negativ stigmatisiert werden. So könnte beispielsweise offengelegt werden, dass ein Bezirk neben einer hohen Kriminalitätsrate auch noch über wenige Schulen und wenig Angebote an ärztlicher Versorgung verfügt. Dies kann wiederum dazu führen, dass der Bezirk oder die Wohngegend als weniger attraktiv empfunden wird (vgl. Matzat 2011).

Dennoch kann aus solchen Zusammenführungen auch etwas Positives gezogen werden, wenn die zuständige Regierung diese Erhebungen als Aufforderung für die Verbesserung z.B. der Infrastruktur in dieser Region wahrnimmt und Schritte setzt, der Stigmatisierung entgegen zu wirken.

Zusätzlich wird argumentiert, dass bestimmte Daten gewissen Sperrfristen unterliegen, um den Staat und seine BürgerInnen zu schützen. Archivierte Daten werden demnach erst nach einer gewissen Zeit für die Öffentlichkeit zugänglich. Diese sensiblen Informationen sind jedoch von der Forderung nach Datenöffnung ausgenommen, weswegen es hier keine Bedenken geben sollte (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 59).

Vorbehalte werden auch gegenüber der Möglichkeit zur kommerziellen Nutzung öffentlicher Daten genannt. Die Frage, ob diese mit öffentlichen Geldern erhobene Angaben kostenlos für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden sollen, steht hierbei im Mittelpunkt der Diskussion (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 61).

Der kommerziellen Nutzung könnte durchaus über die Art der Lizenzierung entgegengewirkt werden, wenn Daten beispielsweise unter einer Creative Commons Lizenz ohne kommerzielle Nutzung stünden. Dennoch ist dem entgegenzuhalten, dass durch die Veröffentlichung von Informationen und die Erlaubnis der kommerziellen Nutzung durchaus Geschäftsmodelle entstehen können, von denen wiederum Regierungen und Verwaltungen profitieren können (vgl. Internet & Gesellschaft Co:laboratory 2010, 61). Als Beispiel hierfür sind unter anderem mobile Applikationen z.B. aus dem Bereich der BürgerInnenmeldungen zu nennen. Hierbei werden die Applikationen selbst von Unternehmen oder Organisationen aus offenen Geo-Daten erstellt und Verwaltungen für die Nutzung angeboten.

7.2 Hierarchiefreier Raum?

Arne Rogg (2003, 62-63) argumentiert gegen die Bezeichnung des Internets als hierarchiefreier Raum nach Habermas. Zwar sind Regeln und Gesetze im Netz eher informeller Natur, dennoch gibt es auch dort bestimmte Hierarchien und Positionen, die oftmals relativ intransparent sind. Zum Beispiel ModeratorInnen in Foren, die Beiträge anderer UserInnen löschen können. Demnach kann also nicht jedeR NutzerIn, und schon gar nicht jedeR neue UserIn in einem Netzwerk, unter den gleichen Voraussetzungen am Diskurs partizipieren (vgl. Rogg 2003, 63).

Zusätzlich zu (informellen) Hierarchien in einzelnen Netzwerken, besteht auch eine Hierarchie unter den Netzwerken selbst. Zwar gibt es über 100 Millionen Web 2.0 Anwendungen, bzw. mehrere hundert soziale Netzwerke, dessen ungeachtet sind es nur einige wenige, die besonders häufig und intensiv genutzt werden. Es besteht also auch eine Hierarchie zwischen den einzelnen Angeboten selbst (vgl. Rogg 2003, 151-145).

Dem ist entgegenzuhalten, dass das Internet grundsätzlich doch die Möglichkeit für alle NutzerInnen bietet, sich einzubringen. Denn jede und jeder kann theoretisch z.B. ihren/seinen eigenen Blog starten und dort zum (politischen) Diskurs Stellung beziehen. Das Problem liegt also nicht bei der Gelegenheit, im Netz seine Meinung abzugeben, sondern vielmehr darin, ob und von wem sie wahrgenommen wird. Gerade in diesem Punkt ist die Politik im Sinne von Government 2.0 aufgerufen, (online) Partizipations- und Diskussionsmöglichkeiten zu schaffen, um so die Angebote zur Partizipation besonders vielen Menschen zugänglich zu machen.

7.3 Facebook – Bedenken gegen Nutzungsbestimmungen

Wie in Abschnitt 5 bereits erwähnt, gibt es, gerade von deutscher Seite, große Bedenken gegenüber der Nutzung von Facebook durch Ministerien. Hier geht es vor allem um die Kritik an den BetreiberInnen von Facebook selbst, da dort Daten über NutzerInnen gesammelt und für kommerzielle Zwecke genützt werden. Die deutsche Ministerin für Verbraucherschutz Ilse Aigner ruft daher dazu auf, auf Facebook zu verzichten (vgl. futurezone.at 2011a).

Nach einer Anzeige aus Österreich unterzieht sich Facebook aktuell einer Datenschutzüberprüfung. Denn die Speicherung von Daten (z.B. Fotos), die von den NutzerInnen selbst gelöscht wurden, verstoße zum Beispiel gegen europäisches Datenschutzrecht. Da Facebook selbst seinen europäischen Hauptsitz in Irland hat und alle UserInnen aus Europa den Nutzungsbestimmungen von Facebook Irland untergeordnet sind, wäre so den DatenschützerInnen zufolge, auch das europäische Datenschutzrecht anzuwenden (vgl. futurezone.at 2011b).

Auch in Österreich bildet der Hauptgrund für die Nicht-Nutzung von Facebook unter anderem die Sorge über den Umgang von Facebook mit persönlichen Daten. 70% der Nicht-Facebook-NutzerInnen erachten das soziale Netzwerk zudem als unnützlich (orf.at 2011).

Der Einsatz von Facebook ist zwar, aufgrund seiner großen Beliebtheit in der Bevölkerung, ein naheliegender Kommunikationskanal für die Politik, dennoch kann dieser Kanal eigene Angebote seitens der Politik nicht ersetzen. Facebook eignet sich eher für den persönlichen Kontakt mit einzelnen PolitikerInnen, als zur Kommunikation mit einer Behörde. Datenschutzrechtliche Bedenken müssen angesprochen werden und es muss auch Aufgabe der Politik und ihrer VertreterInnen

sein, die Medienkompetenz in der Bevölkerung zu steigern und auf mögliche Risiken bei der Nutzung bestimmter Dienste hinzuweisen.

7.4 Barrierefreiheit

Auch das Netz ist, wie der reale öffentliche Raum, nicht gänzlich barrierefrei. Für Menschen mit Behinderung, z.B. mit einer Sehschwäche, ist das Internet nicht gleichermaßen nutzbar wie für andere UserInnen.

Das World Wide Web Consortium (W3C) hat es sich zur Aufgabe gemacht, im Rahmen der Web Accessibility Initiative (WAI) Richtlinien zu entwickeln, die das Internet und dessen Dienste, den die so genannten Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) folgend, möglichst barrierefrei nutzbar machen sollen. Diese Regelungen reichen von Art, Farbe und Größe der Schriften über Länge von Texten bis hin zu Angeboten von Audio-Inhalten und Videos in Gebärdensprache (vgl. w3.org).

Der in Artikel 7, Abs. 1 der österreichischen Bundesverfassung formulierte Gleichheitsgrundsatz, mit einem ausdrücklichen Diskriminierungsverbot gegen Menschen mit Behinderung, kommt auch im Internet zur Anwendung. Für Menschen mit Einschränkungen müssen auch laut Paragraph 1, Abs. 3 des österreichischen E-Government Gesetzes behördliche Internetauftritte zugänglich gemacht werden.

Österreich hat sich dazu verpflichtet, WAI-Leitlinien¹⁹ umzusetzen und so Ungleichheiten bei der Nutzbarkeit im Internet abzubauen (vgl. bka.gv.at).

Gerade dieses Bekenntnis und die Verpflichtung öffentlicher Instanzen, sich an

¹⁹ Richtlinien für barrierefreie Webinhalte (WCAG) 2.0 <http://www.w3.org/Translations/WCAG20-de/> (Zugriff am: 06.12.2011)

Richtlinien zur Barrierefreiheit zu halten, ist ein wesentliches Argument für eigene Online-Auftritte und Partizipationsmöglichkeiten der Politik. Denn Fremd-Auftritte, wie beispielsweise das soziale Netzwerk Facebook unterliegen diesen Richtlinien prinzipiell nicht. Demnach käme es eher einem Verstoß gegen dieses Bekenntnis sowie den Gleichheitsgrundsatz nahe, wenn österreichische Behörden ausschließlich Netzwerke nutzen, die keinen Richtlinien für Barrierefreiheit unterliegen.

7.5 Digitale Spaltung

Arne Rogg (2003) spricht von der digitalen Spaltung der Gesellschaft (Rogg 2003, 145) und meint damit das Ungleichgewicht beim Zugang zum Internet. Wie in den Abschnitten 5 und 6 dieser Arbeit bereits erwähnt, ist die Internetnutzung in Deutschland und Österreich zwar relativ hoch, dennoch sind einige Gruppen über- bzw. unterrepräsentiert. Einerseits unterscheidet sich die Internetnutzung nach Alters- und Berufs- sowie Einkommensgruppen, andererseits ist auch ein gewisses Gefälle nach Geschlecht und eine Ungleichheit zwischen ruralen und urbanen Gebieten erkennbar (vgl. Rogg 2003 145-149).

Selbstverständlich kann niemand dazu gezwungen werden, das Internet zu nutzen, dennoch können durchaus Schritte gesetzt werden, Menschen das Internet und seine Angebote näher zu bringen. Allen voran geht es allgemein hierbei um den Zugang zum Internet. Ziel und Aufgabe der politischen Vertretung muss es sein, möglichst allen BürgerInnen Teilhabe am Netz zu ermöglichen. Dies umfasst „(..) *die Hardware, die Zugangsmöglichkeiten und auch die Kompetenzvermittlung* (..)“ (Rogg 2003, 148). Aufgabe eines Staates muss es also sein, nicht nur die nötigen Kabel zu verlegen, damit auch BürgerInnen in ländlichen Regionen einen Zugang zum Internet haben können, sondern auch die Vermittlung der nötigen Kompetenzen (z.B. in Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen) zur (sicheren) Nutzung des Internets.

Die Stadt Linz geht mit ihrem Projekt der Open Commons Region (vgl. Teil 6.2.6 dieser Arbeit) einen guten Weg. Durch so genannte öffentliche Hot Spots sollen Schnittstellen geschaffen werden, die es BürgerInnen erlauben, ohne eigenen Zugang, auf das Internet zuzugreifen. Ein flächendeckendes Angebot an Internetzugängen (wie beispielsweise drahtlose Hot Spots) sowie die Sicherstellung der Leistbarkeit von internetfähigen Geräten muss deklariertes Ziel einer Regierung im Sinne von Government 2.0 sein.

8 CONCLUSIO UND AUSBLICK

Die Kernfrage dieser Arbeit lautete: „Welche Maßnahmen können durch das Internet gesetzt werden, um Transparenz zu erhöhen, Partizipation auszubauen und Zusammenarbeit zwischen Politik und Bevölkerung zu gewährleisten?“ Diese Frage wird besonders in den Abschnitten 4 bis 6 geklärt.

Government 2.0 bedeutet die Öffnung von Staat und Verwaltung unter dem unterstützenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie Digitalisierung im Allgemeinen. Digitale Elemente sollen hier, wie in Abschnitt 3 dieser Diplomarbeit erklärt, bestehende Instrumente nicht ersetzen, sondern stellen viel mehr eine moderne Unterstützung dazu dar. Die „Neue Demokratie im Netz“ wie ein Teil des Titels dieser Arbeit auch lautet, umfasst also Anwendungen und Angebote an digitalen Partizipationselementen und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Neu sind hierbei auch die Regeln und Paradigmen im Web 2.0, wie es in Abschnitt 2 beschrieben wird. So wie das Web 2.0, das sogenannte Mitmach-Web ist, muss auch Politik im Sinne von Government 2.0 eine Mitmach-Politik werden. Partizipationsbarrieren müssen zum einen abgebaut werden, zum anderen bietet das Internet mannigfaltige Möglichkeiten, neue innovative Lösungen für Mitgestaltung zu schaffen. Beispiele für solche innovativen Ansätze, sowohl von Regierungen und Verwaltungen, als auch von der interessierten Zivilgesellschaft, finden sich in den Abschnitten vier und fünf. Vergleicht man nun die Begriffe Web 2.0 und Government 2.0, kann folgendes gesagt werden:

Was Facebook, Twitter und Co. für das Web 2.0 sind, das sind Plattformen und Anwendungen wie reformdialog.at, die E-Petitionen des deutschen Bundestages, etc. für Government 2.0.

Zusätzlich bedarf es für die neue Generation des Regierens umfassender Strategien in den Bereichen E-Government, Open Government-Anwendungen und Open Government Data. Denn diese drei Bereiche sind auf dem Weg zum Government 2.0 untrennbar miteinander verknüpft, wie es auch in Abschnitt 3 dieser Arbeit erläutert und dargestellt wird. Es braucht zur Umsetzung von Open Government Anwendungen und Open Government Data die digitale Vorbereitung auf Verwaltungsebene, um Daten und Abläufe digital, bzw. online abwickeln und zur Verfügung stellen zu können.

Auch auf die Frage der Effizienzsteigerung in der Verwaltung werden Antworten in den Abschnitten 3 und 4 gegeben. Die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe durch E-Government kann diese Prozesse effizienter, schneller und einfacher gestalten und so eher nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger organisiert werden. Wenn diese Abläufe von unterwegs, z.B. über das Mobiltelefon, oder einfach von zuhause aus, ohne Besuch auf einem Amt, abgewickelt werden können, so ist das eine Modernisierung der Verwaltung im Sinne von Government 2.0 und im Sinne der Bevölkerung.

Beispiele für die konkrete Umsetzungen und bestehende Anwendungen zur digitalen Mitgestaltung, so wie es die zweite Unterfrage dieser Arbeit vorsieht, werden in den Abschnitten 5 und 6 gegeben.

Maßnahmen, die gesetzt werden können, um Partizipationsbarrieren abzubauen, liegen vor allem in den Bereichen der barrierefreien Gestaltung von öffentlichen Internetauftritten sowie in den Bereichen der Strategie im Bezug auf Zugang zum Internet für alle Teile der Bevölkerung. Ebenso stellen die genannten Beispiele für Mitgestaltung konkrete Maßnahmen dar, wie die Bevölkerung in das politische Geschehen eingebunden werden kann und sowohl am Agenda-Setting, wie auch an der konkreten Ausformulierung von Zielen und Strategien, mitwirken kann.

Politik muss, um Government 2.0 zu sein, dorthin gehen, wo die Menschen sind. Online wie offline. Da ein Großteil der Bevölkerung mittlerweile einen Großteil ihres Lebens auch online organisiert, kann es sich die Politik nicht leisten, diese Menschen nicht auch auf digitalem Wege anzusprechen und mit ihnen zu interagieren. Nichtsdestotrotz müssen, da nach wie vor noch nicht alle Teile der Bevölkerung online erreichbar sind, auch abseits der Online-Welt Partizipationsmöglichkeiten ausgebaut werden. Denn die Web-Welt darf nicht Paralleluniversum bleiben. Was im Web möglich ist, nämlich teilzuhaben, zu diskutieren und mitzugestalten, muss auch in der realen Welt möglich sein und werden. Dies bedeutet für die Politik und ihre VertreterInnen, dass auch abseits von Online-Foren und Plattformen der Kontakt mit den BürgerInnen gesucht werden muss, Feedbackmöglichkeiten gegeben werden müssen und BürgerInnen aktiv mitgestalten sollen. Sei es durch vermehrte öffentliche Anhörungen oder verstärkte Informationskampagnen für mehr Transparenz seitens der politischen Institutionen. Im Sinne des offenen Government 2.0 muss es die kollektive Intelligenz der Bevölkerung und nicht jene von LobbyistInnen oder der Wirtschaft sein, die das politische Geschehen maßgeblich beeinflusst und kontrolliert.

Dennoch gibt es nach wie vor Herausforderungen und Schattenseiten, die im Zuge der Entwicklung zu Government 2.0 und der verstärkten Digitalisierung auftreten können. Diese werden in Abschnitt 7 dieser Arbeit angesprochen. Auch hier müssen Politik und Verwaltung auf etwaige Sorgen und Ängste reagieren und ihre Anwendungen und Services möglichst sicher und barrierefrei nutzbar gestalten um die Bevölkerung, ihre (persönlichen) Daten und die Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu schützen und sicher zu machen.

8.1 Ausblick

Es ist, wie bereits in Abschnitt 4 dieser Arbeit erwähnt, unter anderem Aufgabe der Politik, informierte und partizipationsbereite BürgerInnen hervorzubringen. Dazu ist es auch Aufgabe der öffentlichen Institutionen und deren VertreterInnen, neben dem Angebot an Partizipationsmöglichkeiten auch Bildungsarbeit zum sicheren Umgang z.B. mit dem Internet und seinen Anwendungen zu leisten. In Bildungsinstitutionen wie Schulen oder Einrichtungen zur Erwachsenenbildung muss daher der Bereich der Medienkompetenz stärker Eingang finden. So werden Voraussetzungen geschaffen, damit BürgerInnen die (digitalen) Mitgestaltungsmöglichkeiten auch kennen und auf sicherem Wege zu nutzen wissen.

Neben dem Angebot von diesen digitalen Demokratieelementen selbst, ist es für ein funktionierendes Government 2.0 unabdingbar, die Vorschläge und Wünsche der Bevölkerung, die auf diesen Wegen eingebracht werden, auch tatsächlich umzusetzen. Sind digitale Konsultationsplattformen wie reformdialog.at lediglich Online-Briefkästen, in die BürgerInnen ihre Ideen einwerfen, aus denen aber letztendlich nichts gemacht wird, so ist das weder eine Entwicklung im Sinne von Government 2.0, noch wird es langfristig zu weiterer Partizipation der Bevölkerung kommen. Vorschläge aus der digitalen Welt müssen also, auch um das Netz aus dem Paralleluniversum zu heben, in der realen Welt sichtbar gemacht und umgesetzt werden.

Ein gutes Beispiel ist hier die deutsche Stadt Solingen. Dort wurden im Rahmen eines Online-BürgerInnenhaushaltsverfahren auf solingen-spart.de BürgerInnen miteinbezogen. Im Anschluss daran wurde transparent dokumentiert und kommuniziert, was mit den Vorschlägen der BürgerInnen und deren Votum passiert ist und welchen Einfluss die Online-Konsultation auf reale Politikentscheidungen hatte.

Freilich macht es keinen Sinn, digitale Demokratiemechanismen schnell und

unüberlegt umzusetzen. Hierzu braucht es neben Zeit vor allem eine umfassende Strategie. Der in Abschnitt 6 erwähnte, vom Zentrum für Verwaltungsforschung vorgeschlagene Leitfaden zur Umsetzung von Open Government Maßnahmen ist ein sinnvoller Weg. Zuerst sollte, möglichst immer unter Einbeziehung der Bevölkerung, die Öffnung in Richtung Open Government Data beschriftet werden, danach können Mittel und Wege zur Partizipation und zur Zusammenarbeit umgesetzt werden. Ähnlich beschreibt es auch das Zusammenspiel von Open Government Data, Open Government-Anwendungen und E-Government (siehe Abschnitt 3). Hierbei wird einzig der Ausbau des E-Government als erste Voraussetzung für die Umsetzung von Open Government Data und Open Government-Anwendungen gesehen.

In Österreich sind bereits viele gute erste Schritte in Richtung Öffnung im Sinne von Government 2.0 getätigt worden. Die Städte Wien und Linz bilden mit ihren Open Data Katalogen wichtige Vorzeigeprojekte, die richtungweisend für ähnliche Umsetzungen auf Landes- wie auch auf Bundesebene sein sollen.

Auch das österreichische Parlament geht mit dem Angebot zur Online-Unterstützung von Petitionen und BürgerInneninitiativen einen sehr guten ersten Schritt. Eine Ausweitung dieses Verfahrens, angelehnt an die E-Petitionen des deutschen Bundestages, auf die Möglichkeiten, Petitionen nicht nur online zu unterstützen, sondern sie auch online einbringen zu können und die Darstellung der Petitionsplattform unter einer eigenen Web-Adresse, können weitere Schritte in Richtung Government 2.0 sein.

Die Beispiele zu Online-Konsultationsverfahren wie gesundheitsziele-oesterreich.at oder der aktuelle Reformdialog für den öffentlichen Dienst (reformdialog.at) sind erste Beispiele für Online-Konsultationen in Österreich. Auch hier kann Österreich von deutschen Initiativen lernen. In Zukunft wäre es im Sinne von mehr Transparenz und Möglichkeit zur Diskussion sinnvoll, die vorgebrachten Vorschläge auf diesen

Plattformen auch online einsehen, diskutieren und so eventuell abändern oder verbessern zu können.

Österreich befindet sich, ähnlich wie Deutschland, noch relativ am Anfang was Open Government Data und Open Government-Anwendungen betrifft. Hier kann die Politik noch viel vom jeweils anderen Land lernen. Vor allem sind es aber Initiativen aus der Bevölkerung, wie die deutsche Open Knowledge Foundation e.V. oder die österreichische Initiative open3, von denen die Politik, was die Umsetzung von Open Government (Data) betrifft, viel lernen kann. Diese Initiativen müssen stärker gefördert und unterstützt werden. Gute Beispiele sind hierfür die Wettbewerbe apps4Deutschland oder apps4Linz, in denen Entwicklungen aus diesen Bereichen gefördert und vorangetrieben werden.

Der Weg zum Government 2.0 ist noch lange nicht abgeschlossen, aber wichtige erste Schritte wurden in Deutschland wie auch in Österreich gesetzt, um Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten sowie das politische Geschehen zu öffnen und für die Bevölkerung gestaltbar zu machen. In Anbetracht der stetig sinkenden Wahlbeteiligung und der oft verorteten Politikverdrossenheit, braucht es dringend neue, innovative Ansätze zur BürgerInnenpartizipation, um einen lebendigen, von der Bevölkerung gestalteten Staat aufrecht zu erhalten. In diesen Bereichen bietet, wie diese Arbeit beschreibt, gerade das Internet (mit WWW, E-Mail, mobilen Anwendungen) viele Ansätze und Möglichkeiten, diese Innovationen zu realisieren und umzusetzen und die Bevölkerung, deren Wissen und Ideen aktiv in die Politik einzubinden.

9 LITERATUR

9.1 Wissenschaftliche Literatur

Alby, Tom: Web 2.0. Konzepte, Anwendungen, Technologien, 2., aktualisierte Auflage, München 2007

Besenmatter, Wolfgang: Verwaltungsinnovationen durch E-Government. Dargestellt und analysiert am Beispiel des BMLV. Diplomarbeit, Wien 2009.

Bieber, Christoph: politik digital. Online zum Wähler. Salzhemmendorf, 2010

Buchstein, Hubertus/ **Pohl**, Kerstin: Benjamin Barber. In: **Massing**, Peter/ **Breit**, Gotthard (Hg.): Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Bonn, 2005, 280-287

Cleffmann, Lutz/**Feuerabend**, Anja/**Howland**, Fred/**Kollmann**, Christian (Hg.): ECCO Social Media Report. Die Integration von Social Media in die Unternehmenskommunikation. London, 2010

digitales Österreich: Behörden in Netz. Das österreichische E-Government ABC. Wien 2011.

Downs, Anthony: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen 1968 1-49; 111-138

Eggers, William D.: Government 2.0. Using technology to improve education, cut red tape, reduce gridlock and enhance democracy. Maryland 2005

Fuchs, Lisa: Digitalisierung studentischer Partizipation. Moderne Demokratietheorien und hochschulpolitische Praxis in Österreich. Master Thesis, Krems 2011.

Gøtze, John/ **Bering** Pedersen, Christian: State of the eUnion. Government 2.0 and Onwards. 2009

Habermas, Jürgen (1992a): Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie. In: Herfried Münkler (Hg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. München und Zürich 1992, 11-24.

Habermas, Jürgen (1992b): Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main, 1992

Internet & Gesellschaft Co:llaboratory: „Offene Staatskunst“. Bessere Politik durch „Open Government“? Abschlussbericht 1.Auflage 2010

Lathrop, Daniel/**Ruma**, Laurel: Open Government. Collaboration, Transparency and Participation in Practice. Sebastopol, 2010

Lokaiczkyk, Robert/**Klug**, Thomas/**Meyer**, Marek/**Steinmetz**, Ralf: E-Partizipation 2.0. Gegenwärtige politische Meinungsbildung im Web 2.0. Technical Report, Darmstadt 2010

Mambrey, Peter/**Dörr**, Romy: Local Government and Social Networking Technologies ind Germany: The Example of Twitter. In: **Parycek**, Peter/**Kripp**, Manuel J. /**Edelmann**, Noella (ed.): CeDEM11. Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government. Krems, 2011 249-259

Mehlich, Harald: Electronic Government. Die elektronische Verwaltungsreform.

Grundlagen – Entwicklungsstand – Zukunftsperspektiven, 1.Auflage Wiesbaden 2002.

Meißelbach, Christoph: Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potenziale des Internets. Baden-Baden, 2009

Meyer, Thomas: Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden, 2009

Münker, Stefan: Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0. Frankfurt am Main 2009

Rogg, Arne: Demokratie und Internet. Der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit. Opladen 2003

Röthler, David: Government 2.0. Chancen und Herausforderungen. Arbeitspapier. In der Reihe „S:Z:D Arbeitspapiere Praxis“ der Robert-Jungk-Stiftung. November 2010

Schmidt, Jan. Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. Konstanz 2009

Schuler, Douglas: Deliberation that Matters. Realizing the Potential for Civic Intelligence. In: **Parycek**, Peter/**Kripp**, Manuel J. /**Edelmann**, Noella (Editors): CeDEM11. Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government. Krems 2011 17-21

Stanoevska-Slabeva, Katharina: Web 2.0 Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends. in: **Meckel**, **Stanoevska-Slabeva** (Hg.) :Web 2.0 – Die nächste Generation Internet“. 1.Auflage, Baden-Baden 2008

Steinschaden, Jakob: Phänomen Facebook. Wie eine Webseite unser Leben auf den Kopf stellt. Wien 2010

Weinberg, Tamar: Social Media Marketing. Strategien für Twitter, Facebook & Co, Köln, 2010

Zeger, Hans G.: Parallelluniversum Web 2.0. Wie Online-Netzwerke unsere Gesellschaft verändern, Wien 2009

9.2 Internetquellen

alexa.com: Top Sites, 10.11.2011 <http://www.alexa.com/topsites>

amtsgeheimnis.at (a): Startseite <http://www.amtsgeheimnis.at/> (Zugriff am 01.12.2011)

amtsgeheimnis.at (b): Diskussion <http://www.amtsgeheimnis.at/diskussion/> (Zugriff am 01.12.2011)

apps4deutschland.de (a): Startseite <http://apps4deutschland.de/> (Zugriff am 29.11.2011)

apps4deutschland.de (b): Daten <http://apps4deutschland.de/daten/> (Zugriff am 29.11.2011)

apps4deutschland.de (c): Preise <http://apps4deutschland.de/preise/> (Zugriff am 29.11.2011)

archiv.aufbruch-bayern.de: Die Schwerpunktthemen von Aufbruch Bayern.

<http://www.archiv.aufbruch-bayern.de/contestBavaria.php> (Zugriff am 29.11.2011)

at.capgemini.com: eGovernment: Österreich verteidigt seinen Spitzenplatz. Services in Europa deutlich verbessert. Pressemitteilung 21. Februar 2011

<http://www.at.capgemini.com/news-events/news/egovernment-oesterreich/> (Zugriff am 21.10.2011)

bayern.de: Pressemitteilung. Ministerrat prämiert die besten Vorschläge der Bürgerplattform www.aufbruch.bayern.de. 22.12.2010

<http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.1255.10335770/index.htm> (Zugriff am 29.11.2011)

Bäck, Gerald: Twitter in Österreich – Wer hat die meisten Follower? 31.03.2010

<http://digitalaffairs.at/2010/03/31/twitter-in-oesterreich-wer-hat-die-meisten-follower/> (Zugriff am 15.11.2011)

BITKOM: Soziale Netzwerke. Eine repräsentative Untersuchung zur Nutzung sozialer Netzwerke im Internet. BITKOM Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. Berlin-Mitte 2011

[http://www.bitkom.org/60376.aspx?](http://www.bitkom.org/60376.aspx?url=BITKOM_Publikation_Soziale_Netzwerke.pdf&mode=0&b=Publikationen)

[url=BITKOM_Publikation_Soziale_Netzwerke.pdf&mode=0&b=Publikationen](http://www.bitkom.org/60376.aspx?url=BITKOM_Publikation_Soziale_Netzwerke.pdf&mode=0&b=Publikationen) (Zugriff am 28.11.2011)

bitkom.org: Zwei Drittel aller Haushalte nutzen Ende 2010 Breitband 22.März 2010

http://www.bitkom.org/de/themen/54890_62900.aspx (Zugriff am 30.11.2011)

bka.gv.at: Web-Accessibility - Internet Zugang für alle

<http://www.bka.gv.at/site/5566/default.aspx> (Zugriff am 06.12.2011)

buergerkarte.at: Was die Bürgerkarte kann.

<http://www.buergerkarte.at/anwendungen.de.php> (Zugriff am 19.10.2011)

bundestag.de: Grundsätze des Petitionsausschusses über die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Verfahrensgrundsätze) 25.November 2009

<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a02/grundsaeetze/verfahrensgrundsaeetze.html> (Zugriff am 29.11.2011)

Bundesverfassungsgesetz: Artikel 7. [http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40045877)

[Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40045877](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40045877) (Zugriff am 06.12.2011)

bund.offenerhaushalt.de (a): Einleitung. <http://bund.offenerhaushalt.de/intro.html>

(Zugriff am 29.11.2011)

bund.offenerhaushalt.de (b): Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

<http://bund.offenerhaushalt.de/11.html> (Zugriff am 29.11.2011)

creativecommons.org: About The Licenses <http://creativecommons.org/licenses/>

(Zugriff am 29.11.2011)

data.linz.at (a): Open Data Katalog: <http://www.data.linz.gv.at/daten/> (Zugriff am

01.12.2011)

data.linz.at (b): Apps4Linz Preis <http://www.data.linz.gv.at/Apps4Linz/> (Zugriff am

01.12.2011)

data.wien.gv (a): Datenkatalog <http://data.wien.gv.at/katalog/> (Zugriff am 01.12.2011)

data.wien.gv.at (b): Anwendungen mit Open Government Data Wien

<http://data.wien.gv.at/apps/> (Zugriff am 01.12.2011)

data.wien.gv.at (c) : Mach mit! <http://data.wien.gv.at/apps/machmit.html> (Zugriff am 01.12.2011)

daten.berlin.de (a): Abschlussprüfungen Hochschulen 2009

<http://daten.berlin.de/datensaetze/abschlusspr%C3%BCfungen-hochschulen-2009>

(Zugriff am 29.11.2011)

daten.berlin.de (b): Anwendungen und Mashups <http://daten.berlin.de/anwendungen>

(Zugriff am 29.11.2011)

derstandard.at: Österreich ist Europameister im E-Government, 14.Juli 2008

<http://derstandard.at/2736988> (Zugriff am 20.10.2011)

de.statista.com (2011a): Anteil der Internetnutzer in Deutschland von 2001 bis 2011, 2011. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/13070/umfrage/entwicklung-der-internetnutzung-in-deutschland-seit-2001/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011b): Anteil der Breitband-Internetnutzer an der Wohnbevölkerung in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2011, 2011.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160669/umfrage/breitband-internetnutzung-in-deutschland-seit-2005/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011c): Anteil der Offliner in Deutschland seit 2002 nach

Geschlecht. 2011. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3492/umfrage/anteil-der-offliner-in-deutschland-nach-geschlecht/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011d): Anteil der Offliner in Deutschland seit 2002 nach Berufstätigkeit. 2011.
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3528/umfrage/offliner-in-deutschland-nach-berufstaetigkeit/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011e): Internetnutzung in Deutschland im Jahr 2011 nach Alter. 2011. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152044/umfrage/Internetnutzung-nach-alter-in-deutschland/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011f): Bekanntheit bzw. Häufigkeit des Lesens von Blogs. 2011
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/173494/umfrage/bekanntheit-bzw-haeufigkeit-des-lesens-von-blogs/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011g): Umfrage – Glaubwürdigkeit von Blogs im Internet. 2011
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/153416/umfrage/meinung-zur-glaubwuerdigkeit-von-blogs-im-internet-in-deutschland-2009/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011h): Blogs als ergänzende Informationsquelle bei interessanten Themen. 2011 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/173507/umfrage/blogs-als-ergaenzende-informationsquelle-bei-interessanten-themen/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011i): Social Media – Aktive und Passive Nutzung. 2011
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/199893/umfrage/aktive-und-passive-nutzung-von-social-media/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011j): Internetangebote aus dem Bereich Service. 2011
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/4318/umfrage/genutzte-internetangebote-aus-dem-bereich-service/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011k): Anteil der deutschen Internetnutzer, die das Internet zum Abrufen von Nachrichten über Politik nutzen, nach Altersgruppen und Geschlecht im 3. Quartal 2011. 2011

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161297/umfrage/internetnutzung-zum-abrufen-von-politknachrichten/> (Zugriff am 28.11.2011)

de.statista.com (2011l): Anteil der Internetnutzer in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die ihr Handy für den mobilen Internetzugang nutzen. 2011

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/197523/umfrage/mobile-internetnutzung-in-deutschland-oesterreich-und-der-schweiz/> (Zugriff am 30.11.2011)

de.statista.com (2011m): Durchschnittliche wöchentliche Nutzungsdauer von Social Networks nach Ländern im Jahr 2010 (in Stunden). 2011

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/166551/umfrage/nutzungsdauer-von-social-networks-nach-laendern/> (Zugriff am 30.11.2011)

de.statista.com (2011n): Soziale Netzwerke – Nutzung in Österreich. 2011

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/184936/umfrage/beliebteste-soziale-netzwerke-in-oesterreich-nach-nutzung/> (Zugriff am 30.11.2011)

de.statista.com (2011o): Grad der Online-Verfügbarkeit der 20 grundlegendsten öffentliche Dienste im europäischen Vergleich (Stand: 2007). 2011

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/72169/umfrage/online-verfuegbarkeit-oeffentlicher-dienste-in-2007/> (Zugriff am 30.11.2011)

de.statista.com (2011p): Grad der Online-Kommunikation bei europäischen Privatpersonen mit der öffentlichen Verwaltung (Stand: 2008). 2011

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/72176/umfrage/grad-der-online->

kommunikation-mit-der-oeffentlichen-verwaltung-in-europa-in-2008/ (Zugriff am 30.11.2011)

digitales.oesterreich.gv.at: Silhavy: Österreich erneut E-Government – Europameister. 20.09.2007

http://www.digitales.oesterreich.gv.at/site/cob__24825/currentpage__1/5919/default.aspx (Zugriff am 20.10.2011)

e-demokratie.org: E-Demokratie – Was ist elektronische Demokratie. <http://www.e-demokratie.org/was-ist-e-demokratie/> (Zugriff am 19.10.2011)

E-Government Gesetz: Paragraph 1 <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40095877> (Zugriff am 06.12.2011)

ehowspace.com: How many Videos are there on YouTube, 20.01.2011 : <http://www.ehowspace.com/how-many-videos-are-there-on-youtube/> (Zugriff am 30.08.2011)

europa.eu: „E-Government“: Elektronische Behördendienste, http://europa.eu/legislation_summaries/information_society/strategies/124226b_de.htm (Zugriff am 19.10.2011)

fragdenstaat.de (a): Über FragDenStaat.de <https://fragdenstaat.de/hilfe/ueber/> (Zugriff am 29.11.2011)

fragdenstaat.de (b): Schreiben Sie eine Anfrage <https://fragdenstaat.de/anfrage-stellen/> (Zugriff am 29.11.2011)

fragdenstaat.de (c): Informationsfreiheitsanfragen <https://fragdenstaat.de/anfragen/>
(Zugriff am 29.11.2011)

frankfurt-gestalten.de: Häufige Fragen. <http://www.frankfurt-gestalten.de/haeufige-fragen> (Zugriff am 29.11.2011)

Fröhlich, Stefan: Linz öffnet sich für seine Bürger: Datenportal soll erster Schritt sein. 05.Oktober 2011 <http://www.nachrichten.at/ratgeber/digital/art122,728657> (Zugriff am 01.12.2011)

futurezone.at (2011a): Deutsche Ministerin gegen Facebook in Regierung
11.September 2011
<http://futurezone.at/digitallife/4914-deutsche-ministerin-gegen-facebook-in-regierung.php> (Zugriff am 06.12.2011)

futurezone.at (2011b): Nach Anzeigen aus Wien: Facebook wird geprüft 06.
September 2011 <http://futurezone.at/netzpolitik/4825-nach-anzeigen-aus-wien-facebook-wird-geprueft.php> (Zugriff am 06.12.2011)

futurezone.at (2011c): „Open Data Preis“ für Toilettensuche. 25.November 2011
<http://futurezone.at/netzpolitik/6077-open-data-preis-fuer-toilettensuche.php> (Zugriff am 01.12.2011)

gesundheitsziele-oesterreich.at: Ideensammlung Gesundheitsziele für Österreich.
2011 <http://www.gesundheitsziele-oesterreich.at/ideen-sammlung/> (Zugriff am 01.12.2011)

GfK Austria/IFES: Perzeption Politischer Themen in den Medien. Zentrale Ergebnisse. 16.11.2011 http://www.rtr.at/de/komp/Perzeption/Zentrale_Ergebnisse.pdf

(Zugriff am 30.11.2011)

Glechner, Claudia: Open-Government-Data: Österreich hinkt nach 29.Juni 2011
<http://science.orf.at/stories/1684591/> (Zugriff am 30.11.2011)

Hack, Günter: Internetnutzung: Starkes Stadt-Land-Gefälle. 18.08.2011
<http://help.orf.at/stories/1686774/> (Zugriff am 30.11.2011)

Harm, Robert: Toilet Map Vienna – Augmented-Reality-App basierend auf Open Data der Stadt Wien 15.Mai 2011 <http://www.open3.at/2011/05/toilet-map-vienna-augmented-reality-app-basierend-auf-open-data-der-stadt-wien> (Zugriff am 20.10.2011)

hebammenverband.de: 186.000 MitzeichnerInnen unterstützen den Deutschen Hebammenverband bei der Rettung der Hebammenhilfe. 20.Juni 2010
[http://www.hebammenverband.de/index.php?id=764&tx_ttnews\[tt_news\]=53&tx_ttnews\[backPid\]=8&cHash=aa7c654028](http://www.hebammenverband.de/index.php?id=764&tx_ttnews[tt_news]=53&tx_ttnews[backPid]=8&cHash=aa7c654028) (Zugriff am 29.11.2011)

heise.de (2011): Open-Data-Portal Berlin eröffnet. 14.September 2011
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Open-Data-Portal-Berlin-eroeffnet-1342810.html> (Zugriff am 29.11.2011)

heise.de (2007): Web 2.0 Summit: Hype ums Mitmach-Web. 22.10.2007
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Web-2-0-Summit-Hype-ums-Mitmach-Web-187797.html> (Zugriff am 15.11.2011)

Integral: AIM - Austrian Internet Monitor, rep. Österr. ab 14 Jahren, Juli bis September 2011. <http://www.Integral.co.at/downloads/Internet/2011/11/AIM->

Consumer_-_Q3_2011.pdf (Zugriff am 30.11.2011)

ISA: Offliner-Studie. Qualitative Ursachenforschung zur Nicht-Nutzung des Internets in Österreich. Institut für Strategieanalysen. Wien 2011

http://www.strategieanalysen.at/offliner/gesamtbericht_offliner.pdf (Zugriff am 30.11.2011)

itunes.apple.com: Mängelmelder 2011 <http://itunes.apple.com/de/app/wer-denkt-was/id381986360?mt=8&ign-mpt=uo%3D4> (Zugriff am 29.11.2011)

jdk.de: Von Enterprise 1.0 zu Enterprise 2.0. <http://www.jdk.de/de/cms/weitere-themen/enterprise-2.0/web-1.0-vs.-2.0-uebersicht.html> (Zugriff am 10.11.2011)

Knorr, Eric: The Year of Web Services, in CIO Speical Issue: Fast Forward 2010 the fate of I.T., Dez. 15, 2003 - Jan. 1, 2004, S 90: http://books.google.com/books?id=1QwAAAAAMBAJ&printsec=frontcover&source=gbs_summary_r&cad=0_0#v=onepage&q&f=false

Kob, Stefan M.: Aufsicht: Stadt hat die Pleite abgewendet. 22.10.2010

<http://www.solinger-tageblatt.de/Home/Solingen/Aufsicht-Stadt-hat-die-Pleite-abgewendet-12f4c44e-9c29-4aa7-af1a-44b7f5cb27bd-ds> (Zugriff am 29.11.2011)

konsument.at: Amtsgeheimnis.at. Mehr Behörden-Transparenz. 12.August 2011

<http://www.konsument.at/cs/Satellite?pagename=Konsument%2FMagazinArtikel%2FDetail&cid=318878071562> (Zugriff am 01.12.2011)

Krabina, Bernhard/**Prorok**, Thomas: Open Government Vorgehensmodell.

Vorschläge zur Umsetzung von Open Government in Österreich. Version 1.1 Wien 28.September 2011 http://www.kdz.eu/de/webfm_send/1206 (Zugriff am 01.12.2011)

Kreuz, Christian: Frankfurt gestalten – offene Daten für eine partizipative Lokalpolitik. 1.März 2010 <http://opendata-network.org/2010/03/frankfurt-gestalten-offene-daten-partizipative-lokalpolitik/> (Zugriff am 29.11.2011)

Kucera, Gregor: Vor zehn Jahren platzte die Dotcom-Blase. 11.03.2010 <http://derstandard.at/1267743758206/Geldverbrennung-10-Vor-zehn-Jahren-platzte-die-Dotcom-Blase?seite=2> (Zugriff am 15.11.2011)

linz.at: Open Commons Region Linz <http://www.linz.at/leben/55472.asp> (Zugriff am 01.12.2011)

maerker.brandenburg.de (a): Das Dienstleistungsportal der Stadt Brandenburg. Maerker Brandenburg. <http://maerker.brandenburg.de/lis/list.php?page=maerker> (Zugriff am 29.11.2011)

maerker.brandenburg.de (b): Fragen und Antworten zur generellen Funktionalität von Maerker http://maerker.brandenburg.de/cms/detail.php?template=fragen_und_antworten (Zugriff am 29.11.2011)

Matzat, Lorenz: Britischer Kriminalitätsatlas in der Kritik. 3. Februar 2011 <http://blog.zeit.de/open-data/2011/02/03/grossbritannien-kriminalitatsatlas-kritik/> (Zugriff am 06.12.2011)

meineabgeordneten.at (a): Startseite <http://www.meineabgeordneten.at/> (Zugriff am 01.12.2011)

meineabgeordneten.at (b): Dossier Sonja Ablinger. <http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/Sonja.Ablinger> (Zugriff am

01.12.2011)

mitreden-u.de: Der Dialog im Überblick <http://www.mitreden-u.de/node/31> (Zugriff am 29.11.2011)

mobilfunk-talk.de: Was ist ein Smartphone? <http://www.mobilfunk-talk.de/news/lexikon/was-ist-ein-smartphone/> (Zugriff am 28.11.2011)

muenchen.de (a): Digitale Verwaltungsöffnung in München - das MOGDy-Projekt <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/IT-Beauftragte/MOGDy.html> (Zugriff am 29.11.2011)

muenchen.de (b): MOGDy-Community <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/IT-Beauftragte/MOGDy/MOGDy-Community.html> (Zugriff am 29.11.2011)

Musch, Jochen: Die Geschichte des Netzes: ein historischer Abriß, 1997 http://www.uni-duesseldorf.de/home/Fakultaeten/math_nat/WE/Psychologie/abteilungen/ddp/Dokumente/Publications/1997.Musch.Die_Geschichte_des_Netzes.html (Zugriff am 29.10.2011)

netzwelt.de: Sir Berners-Lee: Vater des Netzes gründet Web-Stiftung, 16.09.2008 <http://www.netzwelt.de/news/78556-sir-berners-lee-vater-netzes-gruendet-web-stiftung.html> (Zugriff am 29.10.2011)

open3.at: Bundesfinanzrahmen und Budgetkürzungen 2011 – 2014 <http://www.open3.at/sparpaket> (Zugriff am 30.11.2011)

opendata-network.org: 8 Open Government Data Prinzipien Vol. 2 - „Primärquelle“. 10. Februar 2010, <http://opendata-network.org/2010/02/8-open-government-data-principles-primarquelle/> (Zugriff am 20.10.2011)

O'Reilly, Tim: „Was ist Web 2.0“ (deutsche Übersetzung des Artikels „What is Web 2.0“): http://www.oreilly.de/artikel/web20_trans.html (Zugriff am 30.08.2011)

orf.at: Umfrage zeigt großes Misstrauen gegenüber Facebook 01.12.2011
<http://orf.at/stories/2092379/> (Zugriff am 07.12.2011)

ozon-info.at: Startseite <http://www.ozon-info.at> (Zugriff am 01.12.2011)

PLAN online GmbH: Zwischenbericht und Zusammenstellung der Indikatorenwerte zum Breitbandatlas 2007_01. Atlas für Breitband-Internet des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Rangsdorf 2007 <http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Redaktion/PDF/Publikationen/zwischenbericht-breitbandatlas-2007-01,property=pdf,bereich=bba,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff am 28.11.2011)

Rath, Christian: Protest per Mausclick. 08. August 2009
<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009/08/08/a0015&cHash=863c250cb3> (Zugriff am 29.11.2011)

reformdialog.at (2011a): Reformdialog Österreich. 2011
<http://www.reformdialog.at/information/#c93> (Zugriff am 01.12.2011)

reformdialog.at (2011b): Online Beteiligung. 2011
<http://www.reformdialog.at/ideensammlung/online-beteiligung/> (Zugriff am 01.12.2011)

Scheffer, Oliver: Daten & Fakten rund um soziale Medien bzw. etwas unnützes Wissen. 02. Juni 2010 <http://www.oliver-scheffert.de/blog/2010/daten-fakten-rund-um-digitale-medien-bzw-unntzes-wissen/> (Zugriff am 28.11.2011)

socialbakers.com: Facebook Statistik Weltweit. 2011
<http://www.socialbakers.com/facebook-statistics/> (Zugriff am 30.08.2011)

socialmedia-blog.de: Social Media Nutzerzahlen und Trends in Deutschland Q2/2011. 10.Mai 2011.
<http://www.socialmedia-blog.de/2011/05/social-media-nutzerzahlen-deutschland-2011/> (Zugriff am 28.11.2011)

socialmediaradar.at (2011a): Facebook – Allgemeine Daten vom 30.11.2011
<http://socialmediaradar.at/facebook.php> (Zugriff am 30.11.2011)

socialmediaradar.at (2011b): Twitter – Allgemeine Daten vom 05.12.2011
<http://socialmediaradar.at/twitter.php> (Zugriff am 10.12.2011)

Sokolov, Daniel AJ: Österreich: Unterstützung parlamentarischer Petitionen und Bürgerinitiativen online möglich. 05.Oktober 2011
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Oesterreich-Unterstuetzung-parlamentarischer-Petitionen-und-Buergerinitiativen-online-moeglich-1354594.html>
(Zugriff am 30.11.2011)

solingen-spart.de: Rechenschaftsbericht zur bürgerbeteiligten Haushaltssicherung. (a)
<http://www.solingen-spart.de/dito/web?action=content&journal=232&view=cnt>
(Zugriff am 29.11.2011)

spiegel.de: Tim Berners-Lee: Vater des WWW, Fotostrecke, 27.02.2009

<http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-40155.html> (Zugriff am 29.10.2011)

spiegel.de: Wikipedia fast so genau wie Encyclopaedia Britannica, 15.12.2005

<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,390475,00.html> (Zugriff am 30.08.2011)

Statistik Austria (2011a): Haushalte mit Internetzugang 2011. Europäische Erhebung über den IKT-Einsatz in Haushalten 2011. Erstellt am: 18.10.2011

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/022206.html (Zugriff am 30.11.2011)

Statistik Austria (2011b): Personen mit Internetnutzung für folgende private Zwecke 2011. Europäische Erhebung über den IKT-Einsatz in Haushalten 2011. Erstellt am:

18.10.2011 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/024571.html (Zugriff am 30.11.2011)

Statistik Austria (2011c): Personen mit E-Government-Nutzung für private Zwecke 2011. Europäische Erhebung über den IKT-Einsatz in Haushalten 2011. Erstellt am: 18.10.2011 c

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/022210.html (Zugriff am 30.11.2011)

Stats.wikimedia.org: Artikel- Statistik von Wikipedia.

<http://stats.wikimedia.org/DE/TablesArticlesTotal.htm> (Zugriff 30.08.2011)

sunlightfoundation.com: Ten principles for opening up government information.

11. August 2010 <http://sunlightfoundation.com/policy/documents/ten-open-data-principles/> (Zugriff am 20.10.2011)

Vetter, Tobias: Die Geschichte des Internets, 2000 <http://user.phil-fak.uni->

duesseldorf.de/~vetter/index2.html (Zugriff am 29.10.2011)

Viola, Gerald: So will Österreich eGovernment Europameister bleiben. 22.08.2011
<http://www.egovernment-computing.de/projekte/articles/327520> (Zugriff am 20.10.2011)

vodafone.de: Tarifbeschreibung SuperFlat Internet Spezial
<https://www.vodafone.de/privat/tarife/superflat-internet-spezial.html> (zugriff am 28.11.2011)

w3.org: Richtlinien für barrierefreie Webinhalte (WCAG) 2.0
<http://www.w3.org/Translations/WCAG20-de/> (Zugriff am 06.12.2011)

welt.de: Der 29.Oktober ist Internet-Tag, 29.10.2007
http://www.welt.de/welt_print/article1308095/Der_29_Oktober_ist_Internet_Tag.html
(Zugriff am 29.10.2011)

wien.gv.at (a): Online-Reservierung von Trauungsterminen,
<http://www.wien.gv.at/verwaltung/personenwesen/ehe/trautermin.html> (Zugriff am 15.10.2011)

wien.gv.at (b): Frauenberger: Heute startet Open Data-Umfrage 27.Juni 2011
<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2011/06/27007.html> (Zugriff am 30.11.2011)

wienerzeitung.at: Jedes dritte Handy in Österreich schon ein Smartphone.
08.September 2011
http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_digital/digital_news/395258_Jedes-dritte-Handy-in-Oesterreich-schon-ein-Smartphone.html (Zugriff am 30.11.2011)

Wisniewska, Iwona: 40.000 Twitter-User in Österreich, 01.03.2011

<http://digitalaffairs.at/2011/03/01/40-000-twitter-user-in-osterreich/> (Zugriff: 30.08.2011)

Wohlwill, Chris: Obamas „Open Government Directive“ vs. „WikiLeaks’ Radical Transparency“. <http://politische-bildung-web20.blogspot.com/2011/02/obamas-open-government-directive-vs.html> (Zugriff am 30.08.2011)

internetradierer.de: Infografik: Jede Minuten 48 Stunden Videos auf YouTube

26. Mai 2011 <http://www.internetradierer.de/social-media-networks/jede-minuten-48-stunden-videos-auf-youtube.html> (Zugriff am 30.08.2011)

Zumtobel, Thomas: Die Geschichte des Web 2.0, 30.06.2006 [http://koeln-](http://koeln-bonn.business-on.de/die-geschichte-des-web-2-0_id10672.html)

[bonn.business-on.de/die-geschichte-des-web-2-0_id10672.html](http://koeln-bonn.business-on.de/die-geschichte-des-web-2-0_id10672.html) (Zugriff am 10.11.2011)

ABSTRACT (DEUTSCH)

In dieser Arbeit geht es um Beispiele und Einsatzmöglichkeiten für digitale Partizipationsmechanismen und daraus resultierende Möglichkeiten zum Ausbau der Bereiche Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen Politik und Bevölkerung.

Das Web bringt viele neue Wege und Chancen, wie diese drei Bereiche ausgebaut und unterstützt werden können. Zudem bringt das heutige Web neue Nutzungsweisen und Prinzipien mit sich, die sich auch auf die Politik auswirken können.

In dieser Arbeit wird, nach einem Abriss über die historische Entwicklung des Internets mit seinen Anwendungen und Prinzipien, eine Übersicht und Definition der Begriffe E-Government, Open Government und Open Government Data im Zusammenhang mit Government 2.0 gegeben.

Anhand von konkreten Beispielen aus Deutschland und Österreich sollen Möglichkeiten für digitale Demokratieelemente beschrieben und analysiert werden.

ABSTRACT (ENGLISCH)

This paper is about examples for digital elements of participation and ways for enhancing transparency, participation and collaboration between governments and citizens.

The internet brings many new ways and possibilities to promote and support these three areas. Furthermore the web, as we know it today, brings new ways of usage as well as new principles, that can also affect politics.

After an overview of the historical development of the internet, its applications and principles, this paper gives a definition of the concepts of E-Government, Open Government and Open Government Data and puts them into relation with Government 2.0.

Concrete possibilities for digital elements of democracy will be demonstrated by giving concrete examples from Germany and Austria and analysing them.

LEBENS LAUF

Ingrid Karima Gogl

Geboren: 23.11.1985 in Jeddah, Saudi Arabien

Ausbildung:

- | | |
|--------------------------|---|
| 1995 – 2004 | Privatgymnasium der Dominikanerinnen PGRG XIII |
| 08.06.2004 | Matura |
| seit WiSe 2004/05 | Studium der Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien
(WiSe 08/09 Umstieg auf Bachelor Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) |
| seit SoSe 2005 | Diplomstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien |

Engagement:

- | | |
|-------------------------|---|
| Hochschulpolitik | 2006 -2007 Sachbearbeiterin im Referat für Wirtschaftliche Angelegenheiten in der Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) |
| Europa | 2006-2008 Vorstandsmitglied des Europäischen Dachverbands der SchülerInnenorganisationen in Europa OBESSU (Organising Bureau of European School Student Unions) |